

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/124: 16.08.2013 – 02.09.2015

16.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 16. August 2013 über den Internetspionage der USA: >>... **Verhältnis Deutschland - USA: Das ist nicht Freundschaft**

Die Internetspionage der USA verletzt Grundrechte und Souveränität der Bundesrepublik. Plädoyer für eine kontrollierte Abkühlung der deutsch-amerikanischen Beziehung. ...

Der NSA-Skandal hat nicht nur unser Vertrauen ins Internet erschüttert. Er wirft auch einen tiefen Schatten auf das Verhältnis zwischen den USA und ihrem deutschen Bündnispartner. Lange wußten wir nicht, ob der Bundesnachrichtendienst den Amerikanern nur gewaltige Datenmengen überstellt hat, die er selbst im Ausland erhoben hat, oder ob die Amerikaner auf eigene Faust in Deutschland sammeln gehen.

Neuerdings behauptet Kanzleramtschef Roland Pofalla, daß ihm amerikanische Dienststellen versichert hätten, es seien keine Grundrechte deutscher Bürger verletzt worden. Aber allein daß die Bundesregierung für diese Versicherung auf auswärtige Angaben angewiesen ist, beunruhigt. Heribert Prantl hat zu Recht in der Süddeutschen Zeitung darauf hingewiesen, daß ein Staat, der die Daten seiner Bürger nicht aus eigener Kraft schützen kann, in wesentlichen Souveränitätsrechten verletzt ist. Der Eindruck von Demütigung, mindestens Entmündigung ist so stark, daß manche sich schon gefragt haben, ob hier nicht Reste amerikanischer Besatzungsrechte auch nach der deutschen Einigung noch erhalten geblieben sind.

Gewiß ist jedenfalls, daß die Amerikaner jeden Datenverkehr im Netz abschöpfen können, der sie interessiert, und sich zu diesem Zweck die großen Internetkonzerne zu willfährigen Dienern gemacht haben. Mag sein, daß jenes ominöse Geheimgericht in den USA, das die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) kontrollieren soll, die Rechte amerikanischer Bürger schützt; aber für ausländische Bürger gilt das keinesfalls.

Was von deutschen Computern über amerikanische Server oder Internetanbieter läuft (nämlich nahezu alles), was von deutschen Telefonen und Faxgeräten über die transatlantischen Kabel geht, die durch Amerikas treuen englischen Verbündeten angezapft werden, ist dem wahlfreien Zugriff der US-Geheimdienste ausgesetzt. Wir wissen nicht einmal, ob von den militärischen Stützpunkten, die Amerika in Deutschland unterhält, auch direkt abgegriffen wird, was noch an Daten, beispielsweise im Mobilfunkverkehr, attraktiv erscheint.

Wie wurden deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben?

Nun könnte man sagen - und hat es auch sogleich gesagt -, daß wir uns glücklich schätzen sollten, wenn uns die Amerikaner mit ihrer überlegenen Technologie abnehmen, was im Kampf gegen den Terror und zur Abwehr von Anschlägen notwendig erscheint.

Es ist allerdings sehr die Frage, ob der deutsche Bürger, wenn man ihn dazu vernommen hätte, bereit gewesen wäre, wesentliche Aufgaben der Inneren Sicherheit an eine auswärtige Macht zu übergeben, vor allem wenn diese, sagen wir einmal vorsichtig: Arbeitsteilung mit erheblichen Eingriffen in seine Grundrechte verbunden ist. Daß die Amerikaner selbst wenig Lust

haben, sich zum Schutz ihrer Sicherheitsinteressen auf deutsche Grundrechtsimperlichkeiten einzulassen, mag man ihnen gerne zugestehen. Aber die deutsche Regierung ist verpflichtet, die Souveränität des Staates zu wahren, zu der Hoheit über die Innere Sicherheit und Schutz der Grundrechte zwingend gehören.

So sparsam sich die Kanzlerin und ihr Kabinett bisher dazu geäußert haben - die Brisanz der Frage und die dahinter lauende Verfassungskrise scheinen allen Politikern bewußt. Auch wenn man die Übertreibungen des Wahlkampfes abzieht, bleibt ein erhebliches Gift in den Vorwürfen, mit denen sich die Mitglieder der gegenwärtigen und der früheren Regierung überziehen. Wer hat wann und warum und in welchem Umfang deutsche Hoheitsrechte an amerikanische Geheimdienste abgegeben? Kann es sein, daß die jahrzehntelange Gewöhnung an die gutmütige Vormundschaft der amerikanischen Besatzungsmacht alle Reflexe der Vorsicht und des gesunden Mißtrauens erstickt hat? Oder existieren tatsächlich aus der Zeit von Besatzung und Kaltem Krieg noch immer geheime Rechte, über die nicht gesprochen werden soll?

Mit dem schönen blinden Vertrauen in die Güte der USA (für das man sich nicht schämen müßte) scheint es indes bei den deutschen Politikern nicht weit her zu sein. Ihre Verblüffung hielt sich in Grenzen, als im Zusammenhang mit dem NSA-Skandal bekannt wurde, daß deutsche EU-Vertretungen von amerikanischen Geheimdiensten verwandt wurden - und wahrscheinlich bis heute abgehört werden. Offenbar sind unsere Politiker abgeklärt genug für die Erkenntnis, daß auch enge Verbündete, die sich rituell als Freund bezeichnen, zu Mitteln der Spionage greifen. Man kann nur hoffen und beten, daß der BND ähnlich abgebrüht genug ist, seinerseits den amerikanischen Freund ordentlich zu bespitzeln und abzuhören.

Lächerlich wären Ermahnungen an die Adresse einer Supermacht

Aber wie abgebrüht und ausgekocht auch immer unsere Politiker und Dienste längst sein mögen - die deutsche Bevölkerung jedenfalls ist mit ihrer Desillusionierung über den Charakter der deutsch-amerikanischen Freundschaft noch nicht so weit.

Selbst dort, wo kein traditioneller Antiamerikanismus zu Hause und kein antikapitalistisches Ressentiment am Werk ist, breitet sich jetzt Entgeisterung aus über die offenbare Geringschätzung und Verachtung der deutschen Eigenstaatlichkeit. Ähnlich könnte sich Kolonialisierung anfühlen - man wird vom Subjekt zum rechtlosen Objekt. Die politischen Folgen würden allerdings fatal sein, wenn sich das Mißtrauen, das schon im letzten Irakkrieg entstand, von den Lügen über den Kriegsgrund bis zu den Verbrechen in Abu Ghraib, nach und nach in Haß wandelte. Was tun? Muß man die Amerikaner dringend ermahnen, etwas vorsichtiger und korrekter mit dem deutschen Verbündeten umzugehen?

Erwachsener Partner, kein Säugling

Nichts könnte törichter - und lächerlicher sein. Amerika ist eine Supermacht, die sich nimmt und tut, was sie in ihrem Interesse für richtig hält. Charmant oder gar besorgt um die Gemütslage ihrer Verbündeten muß sie sich dabei nicht zeigen. Schon für die Mitglieder des Attischen Seebundes war klar, daß Athen bestimmt - zu diesem Zwecke hatte Athen ja den Seebund geschaffen. Nicht anders verhält es sich mit der Nato und mit der ganzen sogenannten westlichen Wertegemeinschaft. Die berühmte deutsch-amerikanische Freundschaft ist ein Bedürfnis der Deutschen, nicht der USA. Diese könnten auf freundschaftliche Gefühle auch gestrost verzichten.

Deutschland braucht tatsächlich eine Desillusionierung. Sie sollte sich allerdings nicht auf das richten, was Amerika tut und immer zu tun versuchen wird, weil es nun einmal viel größer und mächtiger als Deutschland ist. Wir brauchen vielmehr eine Desillusionierung über den Charakter unserer Beziehung.

Das Gerede von Freundschaft muß ein Ende haben und der nüchternen Einsicht in gegenseitigen Nutzen und gemeinsame Interessen weichen - und zwar dort, wo sie wirklich bestehen.

Namentlich die heißen Gefühle der Liebe und Bewunderung für den starken Bruder, die unsere transatlantischen Kommentatoren predigen, müssen auf ein bekömmliches Maß heruntergekühlt werden - damit sie nicht stets aufs Neue Enttäuschung produzieren, wenn der Heißgeliebte sich ab und zu und verständlicherweise mal als weniger liebenswert erweist. Respekt für Amerika, Vorsicht im Umgang - und viel Distanz - wären das Gebot der Stunde.

Übrigens wäre es auch aus pädagogischen Gründen hilfreich, wenn sich Deutschland emotional von Amerika etwas abnabeln würde. Das Land, nun schon seit zwei Jahrzehnten in die volle Selbstständigkeit entlassen, muß lernen, auch sicherheitspolitisch, auch in der Terrorabwehr auf eigene Verantwortung zu handeln. Selbstverständlich im Bündnis mit den USA, selbstverständlich als loyaler Verbündeter und gerne auch etwas großzügiger und weniger ängstlich als in der Vergangenheit. Aber als erwachsener Partner und nicht als alter Säugling, der noch immer nach der Mutterbrust greift und wehklagt, wenn Mama mal was anderes zu tun hat oder sich über das Quengeln des kleinen Schreihalses kalt hinwegsetzt.<<

17.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. August 2013 (x887/...): >>Opfer politisch Korrekter

Kieler Landtag unterwirft Pommern-Ausstellung der Zensur

Sicherlich gehörten sie zu den treuesten Wählern der CDU, die inzwischen in die Jahre gekommenen Pommern und Ostpreußen, die bei Kriegsende ihre Heimat verlassen mußten und in großer Zahl in Schleswig-Holstein landeten. Und daher glaubten sie wohl, daß es unproblematisch sei, wenn sie die vom Heimatpolitischen Arbeitskreis der Pommerschen Landsmannschaft entwickelte Ausstellung "Vertrieben und vergessen?" dem Kieler Landtag anbieten, damit sie einige Tage lang im Landeshaus in Kiel der Öffentlichkeit präsentiert wird, zumal der Landtagspräsident, der CDU-Politiker Klaus Schlie, als konservativ gilt.

So stellten sie bereits im Frühjahr beim damaligen Landtagspräsidenten Torsten Geerds, ebenfalls CDU, einen Antrag, das Landtagsgebäude für die Ausstellung nutzen zu können. Umgehend erhielten sie einen Nutzungsvertrag. Vom 5. bis zum 9. August 2013, also zum "Tag der Heimat", sollte die Ausstellung, bestehend aus 30 Tafeln, gezeigt werden. Auf ihnen sollte die pommersche Geschichte dargestellt werden, beginnend mit den ersten Besiedlungen durch germanische und slawische Volksstämme, über die deutsche Ostsiedlung, die Schwedenzeit, schließlich bis zur Einbettung Pommerns in den preußischen und deutschen Staatsverband.

Im zweiten Teil wollten sie die Vorgeschichte der Vertreibung dokumentieren und dann im dritten Teil die Nachkriegsgeschichte der geflohenen und vertriebenen Pommern in West- und Mitteldeutschland. Dabei lag der Schwerpunkt auf sechs Zeitzeugenberichten, "welche die Schrecken der Vertreibung veranschaulichen", wie es in dem Konzept der Landsmannschaft hieß.

Anstandslos war die Ausstellung bereits im von Grünen und Sozialdemokraten regierten Baden-Württemberg sowie im ebenfalls von der SPD regierten Nordrhein-Westfalen gezeigt worden.

Zur Verblüffung der Pommern erhielten sie aus Kiel die Aufforderung, sie mögen zunächst das Prospektblatt dem Landtag zur Kontrolle vorlegen, mit dem zur Ausstellung eingeladen werden sollte. Das taten sie und erfuhren, daß der Landtag das Werbemittel nicht genehmigen werde. Was darin zu lesen ist, stehe der deutsch-polnischen Versöhnung entgegen.

Anstoß genommen hatten, das ging aus einem Gespräch hervor, die im Namen des Landtagspräsidenten Schlie (CDU) fungierenden Angehörigen der Landtagsverwaltung, daß in der Ausstellung auch auf die Vorgeschichte der Vertreibung eingegangen werden sollte. Besonders empfindlich reagierte man auf die in der Einladung genannten Ursachen: "Deutsche Ambitionen vom neuen Siedlungsraum im Osten und der Unterdrückung slawischer Völker gehö-

ren ebenso in diese Darstellung wie polnische Träume von einem großpolnischen Reich bis zur Elbe."

Gegen den ersten Teil der Aussage – die Geschichte von den deutschen Ambitionen – hatte das Landtagspräsidium keinen Einwand, während die Erwähnung der polnischen Großmachtträume auf heftigen Widerspruch stieß. Offenbar auf den Wink des im Urlaub weilenden Landtagspräsidenten – was sind heute schon Entfernungen? – verlangten seine Mitarbeiter plötzlich, nun müßten die Pommern auch alle Bilder der Ausstellung zur Prüfung vorlegen ebenso wie die Texte, die zu den Bildern gehörten. Ein Haar in der Suppe entdeckten die Landtagsbediensteten, daß in der Ausstellung festgestellt wird, die Polen hätten mit der Vertreibung bereits vor dem sogenannten Potsdamer Abkommen begonnen, eine Tatsache, die jedem, der sich mit der jüngsten osteuropäischen Geschichte befaßt hat, bekannt ist.

Das müßten die Pommern erst einmal beweisen, so die Landtagsverwaltung. Die Pommern verwiesen auf das von ihnen erarbeitete Begleitbuch zur Ausstellung, in dem viele Quellen für diese historische Tatsache benannt werden. Leider sei das Buch noch nicht fertig ... Antwort: Dann könne man die Ausstellung erst recht nicht genehmigen, es sei denn, die Landsmannschaft erkläre sich damit einverstanden, daß der schleswig-holsteinische Landtag in Gestalt des Präsidenten Klaus Schlie jedes Bild der Ausstellung kontrolliere und gegebenenfalls die in seinen Augen nicht korrekten aussortiere.

"Auf bestimmte Themen müsse man dann eben verzichten", erfuhren die Pommern. Sie wurden belehrt, daß der schleswig-holsteinische Landtag Partnerschaften geschlossen habe mit den Parlamenten in Stettin und Danzig, und deren Abgeordnete dürfe man nicht vergrätzen.

Als die Landtagsverwaltung auf der Zensur beharrte, hatten die Pommern Charakter genug zu antworten, daß die Ausstellung nicht zu den Auflagen des Landtages zur Verfügung stehe "Die Ausstellung kann nur komplett mit allen Tafeln gezeigt werden; eine Herausnahme von einzelnen oder mehreren Tafeln würde die Geschichte des Landes Pommern und der Vertreibung der Pommern nur verfälscht wiedergeben," erwiderten sie.

Der Landtag beziehungsweise der Landtagspräsident verwies auf sein Recht, die Ausstellung auf ihren Inhalt zu prüfen und Teile aus der Ausstellung auszuschließen. Die Preußische Allgemeine Zeitung bat den Landtagspräsidenten Schlie um eine Stellungnahme, erhielt aber keine Antwort.

Nun fällt die Ausstellung "Vertrieben – und vergessen?" in Kiel aus. Der Landtagspräsident braucht nicht mehr zu befürchten, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD, der wegen seiner rüden Art gefürchtete Abgeordnete Ralf Stegner, ihn des Revanchismus beschuldigt.<<

24.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. August 2013 (x887/...): >>Freiheit des Andersdenkenden

Ist ein Rundfunkjournalist schutzlos, wenn er von einer etablierten überregionalen Tageszeitung in einem halbseitigen Artikel als "Grenzgänger" zum "Rechtsextremismus" ausgemacht wird, weil während seiner Vortragsveranstaltung bei der alten Prager Burschenschaft Thessalia zu Bayreuth unter seinen Zuhörern jemand sein könnte, der unerwünschtes Gedankengut hat? Insbesondere wenn die "Süddeutsche Zeitung" ("SZ") dabei offen die Frage stellt, ob "so jemand", nämlich der beim "Deutschlandfunk" tätige Journalist Bernd K., für diesen Sender noch tragbar sei und nicht vielmehr gekündigt werden müsse?

Beim Vorwurf, eine "rechte Meinungstendenz" zum Ausdruck zu bringen, hört die berühmte "Zivilcourage" auf und es springt keiner für die Freiheit des Andersdenkenden ein. Auch von einer CSU hat der Journalist Bernd K. keinen Schutz zu erwarten, obwohl er sich dieser Partei nahe sieht; denn ihr Verfassungsschutz gab erst die Stichworte für den Kampf gegen Meinungspluralismus und Meinungsfreiheit.

Die bayerischen Verfassungsschützer sehen nämlich in einer gut zehn Mitglieder umfassenden

Activitas der Burschenschaft Danubia eine Bedrohung für die "Verfassungsordnung", weil dort Meinungen vertreten würden, von denen man annimmt, daß sie die CSU selbst vertritt, nämlich "Liebe zum Nationalstaat".

Der von der "SZ" attackierte Bernd K. ist nämlich Mitglied der Danubia, zwar nicht bei der besagten Activitas, aber - wie zahlreiche CSU-Mitglieder - als "alter Herr" tätig. Diese burschenschaftliche Mitgliedschaft begründet dann den Vorwurf der "Grenzgängerschaft".

Immerhin sind wir im Zeitalter des Internets. Dieses verschafft dann doch die Chance, daß ein Beitrag, welcher der antipluralistischen Haltung etwa der "SZ" entgegentritt, Verbreitung findet und den ansonsten der Schweigespirale Unterworfenen damit zu Bewußtsein bringt, daß sie der freiheitsfeindlichen Haltung der Linksjournaille nicht schutzlos ausgeliefert sind. Dieses aufgrund des Internets mögliche Gegengewicht trägt dann wesentlich zur Wahrung der Meinungsfreiheit bei. Im konkreten Fall hat sich die vom Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter betriebene Internetseite "www.links-enttarnt.net" des Falles angenommen, genauer des Artikels des "SZ"-Sportjournalisten Sebastian Krass.

Die "SZ" trete, heißt es auf der Internetseite, für Gesinnungskontrolle und gegen den vollen politischen Pluralismus im öffentlich-rechtlichen Rundfunksystem ein. Sie fände die dabei dargestellten Diskriminierungsmaßnahmen des Deutschlandfunks gegen ihren Redakteur nicht empörend, sondern bedauere, daß mangels rechtzeitiger Gesinnungskontrolle bei der Einstellung nunmehr ein "komplizierter" Fall vorliege; denn schließlich müsse ja doch das "hohe Gut der Meinungsfreiheit" mit der "Extremismusbekämpfung" abgewogen werden.

Da man unter Letzterem jedoch die Bekämpfung von unerwünschten Auffassungen verstünde, bleibe bei dieser Art von "Bekämpfung" von der Meinungsfreiheit nicht mehr allzu viel übrig, zumindest im Falle von "rechts". Und dies, obwohl das Grundgesetz garantiere, daß man eine rechte politische Auffassung haben könne.

Außerdem wende sich die vom "SZ"-Redakteur begrüßte "Extremismusbekämpfung" nicht "gegen links", was noch deutlicher mache, daß es gegen die Meinungsfreiheit gehe, nämlich um die Ausschaltung einer rechten politischen Richtung.<<

31.08.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 2013 (x887/...): >>Zypern gewährt Grundeinkommen

Nikosia - Laut Zyperns Präsident Nicos Anastasiadis wird künftig allen Bürgern seines Landes ein Grundeinkommen staatlich garantiert. Damit solle sichergestellt werden, daß jeder "das Minimum für ein würdevolles Leben in einem europäischen Land" erhalte. Neben Ernährung, Bekleidung, Strom oder Wasser sollen auch dringende Reparaturen am Eigenheim vom Staat finanziert werden.

Einen Teil der Kosten trage die Europäische Union.<<

07.09.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. September 2013 (x887/...): >>Negativpreis für den Duden

... Seit 1880 gilt der Duden als "maßgebend in allen Zweifelsfällen". Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat dem Standardwerk zur deutschen Sprache und Rechtschreibung nun seine jährlich vergebene Negativauszeichnung "Sprachpanscher des Jahres 2013" verliehen.

Grund sind die nach Ansicht des VDS zu vielen "lächerlichen Angeber-Anglizismen", die mittlerweile Eingang in das Wörterbuch gefunden hätten. Der Duden trage "wie kaum eine andere Organisation dazu bei, daß sich sprachliches Imponiergehabe im Glanze einer quasi amtlichen Zustimmung sonnen dürfe", so der Vereinsvorsitzende Walter Krämer. Die Sprachschützer vom VDS kämpfen gegen die unnötige Verdrängung der deutschen Sprache durch englische Ausdrücke.<<

28.09.2013

Frankreich: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 28. September 2013 (x887/...): >>**Che bleibt geehrt**

UNESCO sieht Revolutionsführer als Welterbe

In diesem Sommer wurde Kuba eine überraschende Ehre zuteil. Die UNESCO, die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur, hat das "Leben und Werk" des kubanischen Revolutionsführers Che Guevara in das Weltdokumentenerbe, Memory of the World, aufgenommen.

Die UNESCO und ihre Generaldirektorin Irina Bokova begründeten die Auszeichnung damit, daß Ernesto Guevara de la Serna (1928-1967) eine herausragende Kombination von Praxis und Ideen verkörpere und das politische Denken Lateinamerikas für immer beeinflusst habe. Sein Beitrag zur revolutionären Aktion und Theorie befähigten ihn, dem Marxismus kreative, antidogmatische und humanistische Elemente beizufügen. Seine Werke und seine ethische Symbolik sind nach Bokovas Meinung von dauerhaftem Wert für jeden alternativen Prozeß des Wandels, den die Menschheit unternehme.

Die UNESCO-Entscheidung stieß umgehend auf Kritik, weil Guevara keineswegs verharmlost werden solle. Nach dem Sturz des Diktators Batista 1959 und der Besetzung der Hauptstadt Havanna ordnete Guevara persönlich die Hinrichtung von Hunderten Gefangenen, angeblichen Volksfeinden, an. Als bekennender Stalinist führte er Umerziehungslager ein. Als Industrieminister verstaatlichte der ausgebildete Arzt Industrie und Landwirtschaft und verschrieb der Insel eine Planwirtschaft, die aus Kuba ein ruiniertes Land machte. Selbst einen Atomkrieg wollte er notfalls führen.

Aus Sicht der Kritiker gibt es auch Monate nach der Entscheidung keine moralische Rechtfertigung der UNESCO, die Werke des Mörders Guevara in das dokumentarische Erbe der Menschheit aufzunehmen. Mit ihrer Entscheidung verneine die Organisation zudem ihren Grundsatz, daß der Friede, wenn er nicht scheitern soll, in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschen verankert sein muß. Doch die UNESCO hat die Kritik bisher nicht zum Anlaß genommen, die eigene Entscheidung zu revidieren.<<

04.11.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. November 2013 (x887/...): >>**Euro-Austritt als letzte Chance?**

Frankreichs Wettbewerbsfähigkeit wird immer schlechter - Regierung kopiert Front National

Nach der deutschen Wiedervereinigung war Frankreichs damaliger Präsident François Mitterrand die treibende Kraft zur europäischen Währungsunion. Wird François Hollande, Mitterrands sozialistischer Nachfolger im Elysée-Palast, nun derjenige sein, der das Ende des Euro einläutet?

Es ist schon ein sehr besonderes Geburtstagsgeschenk, das Frankreichs Industrieminister Arnaud Montebourg dem Euro gemacht hat. Fast genau zum 20. Geburtstag des Maastricht-Vertrages, der am 1. November 1993 unterzeichnet worden war, fordert Montebourg an die Adresse der Europäischen Zentralbank (EZB), der Euro müsse "italienischer, dafür aber weniger deutsch" werden. Daß derlei den meisten Medien in Deutschland kaum eine Meldung wert war, dürfte gute Gründe haben. Montebourgs Äußerung bringt so offen wie nur selten auf den Punkt, was von dem zu halten ist, was vor 20 Jahren in Maastricht unterschrieben wurde, vor allem aber den Deutschen versprochen worden war.

Montebourgs dreiste Forderung, den Euro endgültig in eine neue Variante der schwindsüchtigen Lira zu verwandeln, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Bankrotterklärung. Frankreichs Wirtschaft hat es unter den Bedingungen der Währungsunion nicht geschafft, so wettbewerbsfähig wie die deutsche Konkurrenz zu werden.

Im Nacken sitzen dem Industrieminister und seiner Parti Socialist allerdings nicht nur die de-saströse Wirtschaftslage Frankreichs. Noch entscheidender dürfte sein, daß Präsident Hollande kaum noch Chancen hat, ein zweites Mal in den Elysée-Palast einzuziehen. Von der Schwäche der Sozialisten profitiert zudem nicht der übliche Konkurrent, die gaullistische UMP, sondern die Front National (FN). Die Partei von Marine Le Pen ist auf dem besten Weg, in Frankreich zur stärksten Partei zu werden.

Wie düster inzwischen die Aussichten für die Sozialisten sind, machen aktuelle Umfragewerte deutlich. Demnach halten 46 Prozent die FN-Chefin für den besten Herausforderer von Präsident Hollande. Weit abgeschlagen sind die Kandidaten der UMP. In den kommenden Kampf um die Macht gehen die Sozialisten freilich unter miserablen Bedingungen: Die linkspopulistische Wirtschaftspolitik Hollandes ist seit seiner Machtübernahme im Rekordtempo entzaubert worden, dazu laufen bisherige Wähler der Parti Socialist in Scharen zur FN über.

Einen Hinweis, wie die Sozialisten dem Abwärtsstrudel entkommen wollen, liefern die Vorgänge um die Abschiebung einer Roma-Familie in den Kosovo, die vom französischen Innenminister Manuel Valls durchgesetzt wurde. Während der Elysée-Palast angesichts von Protesten bereits in Panik verfallen war und die Abschiebung rückgängig machen wollte, blieb der Innenminister hart. "Die Roma-Familie habe in Frankreich nichts zu suchen, auch wenn protestierende Oberschüler das forderten", so Valls.

Die Haltung hat sich ausgezahlt: Laut einer Umfrage stimmen 65 Prozent der Franzosen der Abschiebung zu. Mit seiner Politik, die teilweise Eins-zu-Eins bei der FN abgeschaut sein könnte, wird Valls zunehmend zur treibenden Kraft im Kabinett Hollandes.

Verliert Hollandes übrige Ministerriege noch weiter an Zustimmung, ist durchaus denkbar, daß die Sozialisten noch eine weitere Anleihe bei der FN nehmen: Frankreichs Ausstieg aus dem Euro. Ein Szenario, für das inzwischen die Wortschöpfung "Frexit" (French exit) steht. Was angesichts aktueller Forderungen nach einem "italienischen" Euro derzeit noch weit hergeholt erscheint, frißt sich als Idee längst in den Kern der politischen Elite Frankreichs. Für erheblichen Wirbel sorgt derzeit etwa das Buch "Das Ende des europäischen Traumes" von François Heisbourg.

Der Grundgedanke des ehemals überzeugten Euro-Anhängers: Der Euro muß beendet werden, bevor das "Projekt EU" Schaden nimmt. Heisbourg vergleicht den Euro mit nichts weniger als einem "Krebsgeschwür", das entfernt werden muß, um die EU vor dem Untergang zu retten.

Dem Buch kommt Signalwirkung zu. Heisbourg ist kein politischer Außenseiter, sondern Teil des politischen Establishments in Paris. Der Professor war hochrangiger Mitarbeiter im Pariser Außenministerium und stand später an der Spitze der renommierten Denkfabrik "International Institute für Strategic Studies" (IISS).

Daß inzwischen nicht nur bei der FN, sondern auch bei etablierten politischen Kräften über ein Verlassen der Währungsunion nachgedacht wird, macht nicht nur im Kampf um die politische Macht in Frankreich Sinn. Ersetzt man den Begriff vom "Projekt EU" durch eine Konstante der französischen Außenpolitik, nämlich das "Droit de regard" - das angemäße Mitspracherecht in Bezug auf Deutschland - dann ist der Euro aus Pariser Sicht auch hier gescheitert.

Von Mitterrand war der Euro dazu geplant, die deutsche Wirtschaftskraft zu schwächen. Inzwischen ist aber unübersehbar, daß Frankreich selber in der von ihm gestellten Euro-Falle gefangen sitzt.<<

21.08.2013

Schweiz: Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtet am 21. August 2013: >>**Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik**

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten vertraglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren. Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner

Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für

Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes

ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß

ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Udemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglie-

der.

2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.

6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

22.11.2013

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 22. November 2013 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Union (x903/...): >>Hintergründe der "europäischen Integrationsbewegung"

Am Beginn der sogenannten europäischen Integrationsbewegung stehen zwei besonders einflußreiche Gestalten: Der Österreicher Richard Graf Coudenhove-Kalergi (1894-1972) und der Franzose Jean Monnet (1888-1979).

I.

Coudenhove-Kalergi trat schon 1922 mit seiner Pan-Europa-Idee hervor, die er 1924 in einem Buch publizierte. Darin propagierte er die "Vereinigten Staaten von Europa", einen zentralen Bundesstaat, der von einem neuen geistigen Adel geführt werden sollte. Im selben Jahr gründete er die Paneuropa-Union, um dieses Ziel organisatorisch zu verfolgen. Das traf offenbar in Amerika auf ähnliche Gedanken. So wurde er nach eigenen Angaben schon 1924 auf Anregung von Louis Rothschild von den Finanzmagnaten Max Warburg "mit 60.000 Goldmark

zur Ankurbelung der Bewegung während der drei ersten Jahre" unterstützt. Durch dessen Vermittlung traf er sich in Amerika mit den Finanziers Paul Warburg und Bernhard Baruch. ("Ein Leben für Europa", Seite 124-125)

In seinem 1925 erschienenen Buch "Praktischer Idealismus" bezeichnete Kalergi die Demokratie als "ein klägliches Zwischenspiel" zwischen zwei aristokratischen Epochen, der des Blutadels und des neuen, von jüdischem Geist geprägten Geistesadels. Die moderne Demokratie durchschaute er als praktisches Instrument der Plutokratie:

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." (S.39)

Ihm schwebte vor, den "plutokratischen Demokratismus" durch die Aristokratie eines neuen Geistesadels zu ersetzen, in der die verschiedenen Völker in einer "eurasisch-negroiden Zukunftsrasse" aufgehen sollen (S. 22, 23).

Im April 1948 lud Kalergi in New York zu einem Kongreß ein, auf dem das American Committee for a United Europe (ACUE) gegründet wurde. Geschäftsführer wurden die berüchtigten US-Geheimdienst-Bosse: William "Wild Bill" Donovan und Allan Dulles. Die Finanzierung übernahmen die Ford Foundation, die Rockefeller-Stiftung und weitere regierungsnahe Unternehmensgruppen.

Das Committee unterstützte die *Europäischen Bewegung*, die im Juli 1947 von Winston Churchill und Duncan Sandys initiiert wurde und vom 7. bis 11. Mai 1948 den Haager Europa-Kongreß in Den Haag veranstaltete, an dem unter dem Vorsitz Churchills über 700 Delegierte aus ganz Europa und Beobachter aus den USA und Kanada teilnahmen.

Damit gelang die entscheidende Weichenstellung für die Gründung der Europäischen Bewegung. Man arbeitete an einem Entwurf für eine Verfassung der *Vereinigten Staaten von Europa* und gründete 1948 durch den Vertrag von London den Europarat, eine internationale europäische Organisation von heute 47 Staaten, in der wiederum Kalergi einen großen Einfluß ausübte.

Das American Committee for a United Europe (ACUE) war bis in die 1960er-Jahre ein wichtiger Geldgeber der *Europäischen Bewegung* (50 %), der *Union Europäischer Föderalisten (UEF)* und besonders deren *European Youth Campaign* (100 %). Damit konnte Einfluß auf die Führer der "Europäischen Bewegung" Robert Schuman, Paul-Henri Spaak und Józef Rętinger genommen werden (s. alle Nachweise bei Wikipedia)

Das ist der Humus der hauptsächlichsten internationalen Organisationen, welche die heute bis zur EU entwickelte europäische Integrations-Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben. Ein kleines Beispiel: 2012 wurde überraschend der Friedensnobelpreis an die EU verliehen, offenbar wegen des "friedenstiftenden" Euros, der in immer mehr EU-Staaten die Menschen verzweifelt auf die Straßen und die Völker auseinander treibt.

Ein englischer Kritiker meinte, warum sie nicht auch noch wegen der großartigen "Euro-Rettungspolitik" den Wirtschaftsnobelpreis erhalten habe. Wie kam es zu dieser Preisverleihung? Der Vorsitzende des Nobelpreiskomitees, der Norweger Th. Jagland, ist gleichzeitig Generalsekretär des "Europarates", also der großen europäischen, von amerikanischen Geheimdiensten mitfinanzierten EU-Förderorganisation, die so eng mit ihr verbunden ist, daß sie dieselbe Flagge und Hymne verwendet. Die EU hat sich also, dank CIA, den Friedens-

nobelpreis quasi selbst verliehen.

Winston Churchill hatte schon 1946 in einer Rede an der Universität Zürich vor Studenten "eine Art Vereinigte Staaten von Europa" gefordert, d.h. er las ein Manuskript vor, das Kalergi für ihn geschrieben hatte (s. Wikipedia). Am 14.5.1947 verriet Churchill in einer Rede in London noch tiefere angloamerikanische Ziele mit Europa:

Wir geben uns natürlich nicht der Täuschung hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa die letzte und vollständige Lösung aller Probleme der internationalen Beziehungen darstelle. Die Schaffung einer autoritativen, allmächtigen Weltordnung ist das Endziel, das wir anzustreben haben. Wenn nicht eine wirksame Welt-Superregierung errichtet und rasch handlungsfähig werden kann, bleiben die Aussichten auf Frieden und menschlichen Fortschritt düster und zweifelhaft. Doch wollen wir uns in Bezug auf das Hauptziel keiner Illusion hingeben: Ohne ein Vereinigtes Europa keine sichere Aussicht auf eine Weltregierung. Die Vereinigung Europas ist der unverzichtbare erste Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles. (Speeches of Winston Churchill, New York 1974)

Hier klingt auf, was sonst mehr verklausuliert unter dem Namen "Neue Weltordnung" als "Eine Welt" angestrebt wird und überall da bemerkbar ist, wo die Völker "durch ein immer engmaschigeres Netz multilateraler Vertragssysteme und Organisationen aneinander gebunden und auf das je spezifische Regelwerk festgelegt" werden. (Manfred Kleine-Hartlage: "Neue Weltordnung - Zukunftsplan oder Verschwörungstheorie?", S. 13) Solche Organisationen sind die UNO, der IWF und die Weltbank, Nato, Internationaler Strafgerichtshof usw. und eben die EU, um die bisher hauptsächlichen zu nennen.

II.

Die zweite der einflußreichsten Gestalten, Jean Monnet, stand ähnlich wie Kalergi zeit seines Lebens unter dem Einfluß führender britischer und amerikanischer Kreise. Er war "ein Erfinder und Lenker von Institutionen einer übernationalen Zusammenarbeit" und "ein Zentrum (insbesondere) angelsächsischer Einflußnahme auf dem Kontinent". (Andreas Bracher: Europa im Amerikanischen Weltsystem, Basel 2001, S. 81).

Während des ersten Weltkrieges koordinierte er nach Wikipedia maßgeblich "die kriegswirtschaftliche Güternachfrage und -logistik der westlichen Alliierten." 1919 findet man Monnet in der französischen Delegation in Versailles.

Von 1919 bis 1923 ist er stellvertretender Generalsekretär beim Völkerbund in Genf, der - in Versailles gegründeten - Vorläuferorganisation der heutigen UNO. In den 20er und 30er Jahren ist er in führenden Stellungen in amerikanischen Banken tätig, gründet auch selbst in New York eine Investmentbank, die, wie andere amerikanische Banken auch, Geschäftsbeziehungen mit Hitler-Deutschland unterhielt.

1938 wechselt er wieder in die gleiche Rolle wie im ersten Weltkrieg: Er beschäftigt sich mit den alliierten Vorbereitungen für den drohenden Krieg. Nach der deutschen Eroberung Frankreichs 1940 "wird er von Churchill nach Washington geschickt, um Rüstungseinkäufe zu tätigen. Dort wird er praktisch in die Regierung übernommen und eine der entscheidenden Figuren bei dem Unternehmen, die Maschine in Gang zu bringen, die den Krieg gewinnen sollte", wie Monnet selbst in seinen Memoiren schreibt (Bracher S. 83).

Nach dem Krieg gehen auch von Monnet entscheidende Initiativen zur europäischen Einigung aus. Von ihm stammt der Plan zur Schaffung einer übernationalen Behörde, die die Stahlindustrien Westeuropas, also auch Deutschlands verwalten und kontrollieren sollte. Der Plan wurde 1950 als Schumann-Plan bekannt, stammte aber von Monnet.

Das neue Gebilde, die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl", war der entscheidende Keim der heutigen Europäischen Union. Er war von vornherein als voller Staat angelegt: mit einer Exekutivbehörde, einem Parlament und einem Gerichtshof. Von 1953 bis 1955 war Monnet der erste Präsident.

1955 gründet er, teilweise vom CIA finanziert, das "Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa". Es "blieb der Öffentlichkeit zwar weitgehend verborgen, war aber bis zu seiner Auflösung 1975 das wohl wichtigste Zentrum, von dem aus jenes Unternehmen vorangetrieben wurde, dem sich Monnet verschrieben hatte: der europäische Einheitsstaat." (Bracher, S. 84) So wird Monnet von 1950 bis weit in die sechziger Jahre hinein das "eigentliche intellektuelle und politische Zentrum der europäischen Einigungsbemühungen", wofür er mit dem Titel "Vater eines vereinten Europa" bedacht wurde (S. 80).

Zwei Bewunderer von Monnet, Merry und Serge Bromberger, legten in ihrem Buch: "Jean Monnet und die Vereinigten Staaten von Europa" seinen Plan dar:

"Allmählich sollten die supranationalen Behörden, die vom Europäischen Ministerrat in Brüssel und dem Europaparlament in Straßburg überwacht werden, die gesamte Politik des Kontinents bestimmen. Der Tag würde kommen, da die Regierungen gezwungen wären, zuzugeben, daß ein integriertes Europa eine vollendete Tatsache ist, ohne daß sie bei der Festlegung seiner Grundlagen auch nur das Geringste zu sagen hätten. Alles, was ihnen noch bliebe, wäre, ihre sämtlichen autonomen Institutionen zu einer einzigen Bundesverwaltung zu verschmelzen und dann die Vereinigten Staaten von Europa zu verkünden."

Laut Focus 34/ 2010 sagte Monnet:

"Europas Länder sollten in einen Superstaat überführt werden, ohne daß die Bevölkerung versteht, was geschieht. Dies muß schrittweise geschehen, jeweils unter einem wirtschaftlichen Vorwand."

Dieses Ziel haben seine Genossen und Nachfolger nie aus dem Auge verloren - bis heute.

Aus den *Erinnerungen* von Hans-Dietrich Genscher geht hervor, daß die Fortführung der europäischen Integration zu einem Bundesstaat zu den Bedingungen der USA für eine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung 1989 gehörte.

In genau der Linie Monnets liegt auch, wie Jean-Claude Juncker laut Spiegel 52/1999 seinen EU-Kollegen die richtige demokratische Vorgehensweise erklärte:

"Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

Das Ziel europäischer Bundesstaat war der europäischen Integrationsbewegung also von Anfang an immanent. Darauf weist auch das Bundesverfassungsgericht in einem historischen Abriß seines "Lissabon-Urteils" vom 30. Juni 2009 deutlich hin:

"Bestrebungen richteten sich auf die Gründung Vereinigter Staaten von Europa und die Bildung einer europäischen Nation. Man wollte mit einer Verfassung den europäischen Bundesstaat begründen. ... Der Idee der Verfassung für die Vereinigten Staaten von Europa standen von vornherein kräftige nationalstaatliche Orientierungen gegenüber... Mit der Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Scheitern der Europäischen Politischen Gemeinschaft wurde deutlich, daß sich der europäische Bundesstaat nicht direkt verwirklichen ließ. ... Über eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Verflechtung über einen gemeinsamen Markt sollte die praktische Notwendigkeit politischer Vergemeinschaftung herbeigeführt werden, und es sollten Handels- und Wirtschaftsbedingungen entstehen, die eine politische, auch außen- und sicherheitspolitische Einheit dann als allein folgerichtig erscheinen lassen würden...."

Zu diesen Wirtschaftsbedingungen gehört auch die Einführung des Euro und die Euro-Krise, die, wie in einem Artikel dieses Blogs dargelegt wird, offensichtlich planmäßig herbeigeführt worden ist.

Weitere Belege bringt ein Video der "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" vom 4. Juni 2012 mit dem Titel "Die EU ist nicht Europa, sondern seine Zerstörung". Darin wird Jaques Attali,

vormals Berater des französischen Präsidenten Mitterand, zitiert, der "bei den Verhandlungen 1990 dabei (war), als Bundeskanzler Kohl die Aufgabe der D-Mark als Preis für die Wiedervereinigung aufgezwungen wurde.

Laut Attali soll damals Mitterand mit einer Wiederbelebung der 'Tripple Entente' (Militärbündnis von 1907 zwischen Großbritannien, Frankreich und Rußlands gegen Deutschland) gedroht haben. Im Januar letzten Jahres (also 2011) ließ Attali die Katze aus dem Sack. In einer Rede über die Eurokrise sagte er, die Krise sei nicht nur vorhersehbar gewesen, man habe sie sogar bewußt geplant, um eine starke europäische Haushaltsföderation zu schaffen.

"Alle diejenigen, die wie ich das Privileg hatten, bei der Abfassung der ersten Version des Maastricht-Vertrages die Feder zu führen, taten alles, um sicherzustellen, daß ein Austritt unmöglich wäre. Wir haben einen Artikel, der (einem Mitgliedstaat) den Austritt erlaubt, absichtlich 'vergessen'. Das war nicht sehr demokratisch. Doch es war eine große Garantie dafür, die Dinge schwieriger zu machen, damit wir gezwungen waren, weiter voranzuschreiten".

Weiter wird in dem Video Guiliano Amato zitiert, ehemaliger Vizepräsident des "Europäischen Konvents" für eine europäische Verfassung, der in einem Interview mit "La Stampa" am 12. Juli 2000 erklärte:

"Deshalb ziehe ich es vor, langsam vorzugehen und die Souveränität Stück für Stück zu zerbrechen und dabei plötzliche Übergänge von den nationalen zu den Befugnissen des Bundes zu vermeiden. ... Ohne Souveränitäten (der Einzelstaaten) werden wir keinen Totalitarismus haben. Demokratie braucht keinen Souverän."

Er übergeht, daß uns dafür - ohne einen demokratischen Souverän - der viel größere bürokratische Totalitarismus der EU aufgezwungen wird, die mit imperialistischen Weltmacht-Ambitionen den früheren Nationalismus der Einzelstaaten auf einer größeren Ebene als Europa-Nationalismus nur fortsetzt.

Unverblümt in dieser Richtung sind die Worte des Briten Robert Cooper, vormaliger Berater Tony Blairs und jetziger Top-Berater von Lady Catherine Ashton, der "Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitsfragen", die er in seinem Buch "The Breaking of Nations" (2003) geschrieben hat:

"Beim Umgang mit der altmodischen Sorte von Staaten außerhalb der postmodernen Grenzen müssen sich die Europäer auf die rauheren Methoden früherer Zeiten zurückbesinnen: Gewalt, ... Angriffe, Täuschung, was immer auch für diejenigen notwendig ist, die noch in der Welt des 19. Jahrhunderts gefangen sind, wo jeder Staat für sich existierte. Im Dschungel muß man sich an die Gesetze des Dschungels halten."

Mit diesem Artikel könnte auch der letzte Zweifler erkennen ... "Neue Weltordnung" ist keine Verschwörungstheorie, sondern wenn man so will eine globale Reform (Neuordnung). Die wohl wie auch schon immer in der Geschichte, von einigen wenigen erdacht und für alle anderen gültig.

EU-Vision

Was haben sie vom Menschen-Ich verstanden?

Sie schwimmen mit Konsum Europas Fluren,

Erstickten seiner Völker Hochkulturen

Und schlugen ihren Geist in feste Banden.

Es ist das Ich, das die Entwicklung treibt,

Aus dem Kultur- und Geistesblüten sprossen.

Sie haben es in Normen eingeschlossen,

In denen es sich innerlich zerreibt.

So phrasenhaft ward "Freiheit" nie verwendet.

Die äußere Leibes-Sicherheit verdeckt,

Wie Vormundschaft die Selbstbestimmung schändet;

Unendliche Verordnungsflut bedeckt
Europaweit des Menschen eig'ne Wege.
Er irrt in eines Monsterstaats Gehege.

(hl)<<

23.11.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. November 2013 (x887/...): >>Wider die Alleinschuldthese

Historiker belegt, daß Deutschland nicht den Ersten Weltkrieg angezettelt hat und es sogar Friedensgespräche suchte

Der 100. Jahrestag des Ausbruches des Ersten Weltkrieges ist der Grund, daß zwei Bücher über den Ersten Weltkrieg erschienen sind, die die größte Aufmerksamkeit besonders in Deutschland verdienen. Da ist zum einen das voluminöse Werk des australischen Historikers Christopher Clark, das den Titel "Die Schlafwandler" trägt ... Und da ist zum anderen das schmale, aber inhaltsreiche Buch des emeritierten Professors für Neue und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg im Breisgau Hans Fenske "Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914 bis 1918".

Beide Autoren widersprechen den Behauptungen politisch angepaßter Historiker und Journalisten, die allein Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuschieben. Davon könne keine Rede sein, meinen unabhängig voneinander die beiden Historiker.

Obwohl Fenskes Hauptthema die Bemühungen der Reichsregierung während des Krieges sind, mit den Gegnern in Verhandlungen über ein Kriegsende einzutreten, schaltet er ein Kapitel vor, in dem er knapp, aber faktenreich über den Beginn des Krieges berichtet und beweist, daß Behauptungen von einer deutschen Alleinschuld nichts anderes sind als beflissene Übernahme alliierter Propagandathesen. Dann zählt er sachlich die Versuche auf, die es während des Krieges mit dem Ziel gegeben hat, die Kriegführenden zu Verhandlungen über die Einstellung der Feindseligkeit zu bewegen. Und solche Versuche gab es fast nur von deutscher Seite. Sie erfuhren eine schroffe Ablehnung vor allem von englischer Seite, die sogar beleidigende Formen annahm.

Die Friedensinitiative des Papstes vom 1. August 1917 wurde zwar von der deutschen Regierung begrüßt, von den Alliierten aber sofort abgelehnt. Nach der bolschewistischen Revolution in Rußland schlug der kommunistische Volkskommissar für Auswärtiges, Leo Trotzki, den Westmächten vor, sich an Friedensverhandlungen zu beteiligen. Er blieb ohne Antwort.

Als Ursachen für die strikten Ablehnungen vor allem durch Großbritannien führt Fenske die Kriegsziele der Westalliierten an. Sie wollten den unter der politischen Führung Bismarcks vier Jahrzehnte zuvor gegründeten kleindeutschen Nationalstaat zerschlagen, um in Mitteleuropa wieder einen Flickenteppich von Kleinstaaten - wie vor 1871 - zu schaffen, die sich jederzeit den Einmischungen der sie umgebenden Länder beugen sollten.

London beobachtete Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung mit zunehmender Ablehnung, entwickelte sich das Deutsche Reich doch zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Der britische Premierminister Lloyd George erklärte, England werde kämpfen, "bis der preußische Militarismus auf ewig zerstört" sei, eine geradezu absurde Behauptung angesichts der Tatsache, daß England seit dem 17. Jahrhundert weitaus mehr Kriege geführt hatte als Preußen/Deutschland und sich damit ein Viertel der Erdoberfläche untertan gemacht hatte.

Die haßerfüllte Haltung setzte sich durch, als 1918 Deutschland unter der Übermacht zusammenbrach und die Sieger im Versailler Vertrag, den Fenske einen Gewaltfrieden nennt, die Bedingungen diktierten. Jede Verhandlung lehnten die Siegermächte, an der Spitze Frankreich und England, ab und sie drohten, die Kämpfe wieder aufzunehmen, wenn Deutschland nicht bedingungslos unterzeichnete.

Alle deutschen Parteien von links bis rechts lehnten ab, die Sieger-Behauptung durch Unterschrift zu bestätigen, Deutschland trage am Krieg die Alleinschuld. Aber die Drohungen der Sieger ließen keine Wahl: Berlin mußte unterschreiben.

Die Folgen spüren wir bis heute. Fenske führt auf, welche Gebiete Deutschland an die Sieger abtreten mußte, was Deutschland abzuliefern und zu zahlen hatte - eine wichtige Zusammenstellung, weiß doch heute kaum noch ein Deutscher, was das Land damals zu erleiden hatte. Sein Buch schließt mit der Bemerkung, daß er das Manuskript am 12. Oktober 2010 abgeschlossen habe, "zwölf Tage, nachdem die Bundesrepublik Deutschland die letzte Zahlung im Zusammenhang mit den dem Deutschen Reich im Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen geleistet hatte" - 92 Jahre nach Unterzeichnung des Diktats. ...<<

07.12.2013

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 7. Dezember 2013 (x887/...): >>Jetzt kommt es dicke

Landessozialgericht NRW ermöglicht Einwanderungswelle in deutsches Sozialsystem
EU-Bürger haben nach einem Gerichtsurteil Anspruch auf Sozialhilfe, wenn sie mindestens ein Jahr in Deutschland leben. Städte und Gemeinden fürchten eine Einwanderungswelle vor allem aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten.

Erneut hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen rumänischen Staatsangehörigen Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) zugesprochen. Geklagt hatte eine rumänische Familie mit einem Kind, die seit 2009 in Gelsenkirchen wohnt und zunächst vom Verkauf von Obdachlosenzeitschriften und Kindergeld gelebt hatte.

Das Jobcenter lehnte den im November 2010 gestellten Hartz-IV-Antrag mit der Begründung ab, Ausländer, deren Aufenthaltsrecht sich allein aus dem Zweck der Arbeitssuche ergebe, könnten keine Grundsicherungsleistungen erhalten. Diesen im Sozialgesetzbuch II enthaltenen Leistungsausschluß sieht das Landessozialgericht als europarechtswidrig an und erkannte den Klägern die beantragte Leistung zu.

Erst kürzlich hatte ein anderer Senat desselben Gerichts in einem ähnlich gelagerten Fall einer rumänischen Roma-Familie Sozialhilfe zugesprochen, da EU-Bürger ein Anrecht darauf hätten, wenn sie seit mehr als einem Jahr erfolglos eine Arbeitsstelle suchten. In diesem Fall seien sie nicht mehr als "nicht arbeitssuchend" einzustufen, da das Bemühen um eine Arbeitsstelle "objektiv aussichtslos" sei.

Zugleich schoben die Richter der Einwanderung in den deutschen Wohlfahrtsstaat jedoch einen Riegel vor, indem sie deutlich machten, daß die Antragsteller bei Dauerarbeitslosigkeit "EU-Bürger ohne Aufenthaltsgrund" seien und abgeschoben werden könnten (siehe PAZ 42/2013). Mit seinem jüngsten Urteil ist das Landessozialgericht weit über diese und weitere frühere Entscheidungen hinausgegangen.

Es vertritt nun die Auffassung, der Leistungsausschluß "in dieser ausnahmslosen Automatik" widerspreche dem zwischen den EU-Staaten vereinbarten gesetzlich wirksamen Gleichbehandlungsgebot. Soweit die sogenannte Unionsbürgerrichtlinie es den Mitgliedstaaten erlaube, einschränkende Regelungen zur Vermeidung von sogenanntem Sozialtourismus vorzusehen, sei dies "nicht in der im Sozialgesetzbuch II enthaltenen unbedingten und umfassenden Form" möglich. Die Unionsbürgerrichtlinie verlange "eine bestimmte Solidarität" des aufnehmenden Staates Deutschland mit den anderen EU-Mitgliedstaaten.

Durch dieses Urteil bekommen Befürchtungen, die großzügige Gewährung von Sozialhilfe könnte ein Anreiz für den weiteren Zuzug von Zigeunerfamilien nach Deutschland sein oder Ansprüche der rund 130.000 bereits in Deutschland lebenden Rumänen und Bulgaren begründen, neue Nahrung. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit bekommt schon heute jeder zehnte Rumäne und Bulgare in Deutschland staatliche Leistungen, die weitere Kosten für Unterkunft und Krankenversorgung nach sich ziehen.

Mit der Anfang kommenden Jahres in Kraft tretenden uneingeschränkten Freizügigkeit von Rumänen und Bulgaren innerhalb der EU wird diesen der Zuzug nach Deutschland erheblich erleichtert. Der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München warnt daher vor einer Einwanderungswelle in die hiesigen Sozialsysteme. Er lehnt zwar eine Einschränkung der Freizügigkeit ab, fordert aber, daß derjenige, der in seinem Heimatland steuerfinanzierte Sozialleistungen erhalten könne, in einem anderen Land darauf keinen Anspruch haben dürfe.

Auch die Kommunen, aus deren Kassen die finanziellen Wohltaten kommen, fürchten einen Sozialtourismus nach Deutschland. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, erwartet "wirksame Maßnahmen gegen die ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger". Schon jetzt seien viele Kommunen "mit der Finanzierung der Unterbringung und Versorgung dieses Personenkreises" überfordert, so seine Begründung.

Der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl, der schon früher von der EU-Kommission Maßnahmen "gegen Sozialmißbrauch und Arbeitsmigration" gefordert hatte, sieht das genauso: "Wer tatsächlich gar keine Chance hat, als Arbeitnehmer oder Selbstständiger erfolgreich tätig zu sein, ist nicht von der Freizügigkeit geschützt. Für diese Gruppe müssen Sozialleistungen ausgeschlossen sein."

Die designierte Bundesregierung hat den Zündstoff, den die Sache birgt, offensichtlich erkannt. In ihrem Koalitionsvertrag stellen Union und SPD fest: "Die Armutswanderung führt in einzelnen großstädtisch geprägten Kommunen zu erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Wir erkennen die Belastung der Kommunen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben an."

Die "Akzeptanz für die Freizügigkeit in der EU" wollen sie aber unbedingt erhalten und deshalb "der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch EU-Bürger entgegenwirken" sowie "im nationalen Recht und im Rahmen der europarechtlichen Vorgaben durch Änderungen erreichen, daß Anreize für Migration in die sozialen Sicherungssysteme verringert werden".

Dies tun sie indes weniger aus Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahmen als wohl vielmehr weil sie befürchten, "rechtspopulistische" Kräfte könnten sich das Thema kommenden Jahr im Europawahlkampf zunutze machen.<<

2013

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>Schöne neue Welt

_ von Jürgen Elsässer

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen

Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab's statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.

"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.

Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.

Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"

Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.

Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...

"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebell. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).

Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.

Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernst-

haft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.

Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elementarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.

"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krauwatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. ... Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."

Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.

Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.

Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.

Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu

kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.

Mit der Vorherrschaft der Egomane und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.

"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Lebensaltern mehr geben.

In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".

Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<

2014

So schön und einfach ist mein Leben: Geben, immer nur geben.

Inscription eines alten Dorfbrunnens

04.01.2014

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Januar 2014 (x887/...): >>**Verrat an der Freiheit**

Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf

Bei deutschen Politikern ist Politik die Kunst, die Bevölkerung so schnell über den Tisch zu ziehen, daß die Bürger glauben, die dabei entstehende Reibungshitze sei Nestwärme."

Dieses auf die Euro-Einführung bezogene Bonmot verwendete Udo Ulfkotte in seinem Buch "Raus aus dem Euro. Rein in den Knast", welches im März 2013 erschien.

Nun, ein reichliches halbes Jahr später, veröffentlichte der Vielschreiber gemeinsam mit dem Wirtschaftsjournalisten Michael Brückner das nächste Werk, welches als Anklageschrift gegen die Zumutungen der sogenannten Politischen Korrektheit konzipiert ist. Und wieder findet sich darin der zitierte Satz - nunmehr bei der Erwähnung der zigtausend Kälteopfer, die es in den vergangenen europäischen Wintern trotz der angeblichen Klimaerwärmung gab. Diese Arbeitsweise ist typisch für Ulfkotte: Er bastelt seine im schnellen Takt erscheinenden Veröffentlichungen oft aus den immer gleichen Fakten und Aussagen, was natürlich bei all jenen Lesern Frustration auslöst, welche die älteren "Ulfkottes" schon kennen.

Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dummlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon

vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. Dabei wird auch der Vorwurf der Feigheit laut: Viele Menschen wüßten sehr genau, wie viel Unsinn im Namen der Politischen Korrektheit fabriziert werde, verhielten sich aber dennoch wie "Waschlappen" und "Hossenscheißer".

Derart starke, jedoch nicht unberechtigte Worte findet man vor allem in der furiosen Einleitung aus der Feder beider Autoren. Im Anschluß daran widmet sich Brückner dann zunächst erst einmal der mehr oder weniger subtilen Gehirnwäsche in punkto Wirtschaft und Finanzen, die mittlerweile dazu geführt hat, daß der Durchschnittsdeutsche mit lethargischer Staatsgläubigkeit zuschaut, wie er sukzessive enteignet wird - sei es durch die "Umverteilungskartelle" hierzulande, sei es durch das verantwortungslose Gebaren der Euro-Retter in Brüssel und anderswo.

Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. So lebten fast 100 Prozent der nach Deutschland gekommenen Kosovo-Albaner von Hartz IV, während zugleich pro Jahr 175.000 ausgebildete Deutsche, die Leistungsträger sein könnten, auswanderten.

Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdictatur zu erwachsen drohe.

Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden."

Michael Brückner und Udo Ulfkotte: "Politische Korrektheit. Von Gesinnungspolizisten und Meinungsdictatoren", ... Rottenburg 2013 ...<<

26.05.2014

USA: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 26. Mai 2014 über den IPCC-Weltklimarat - <https://www.eike-klima-energie.eu/2014/05/26/wer-oder-was-ist-eigentlich-der-welt-klimarat-ipcc-und-was-tut-er/> -: >>Wer oder was ist eigentlich der "WELT-KLIMARAT" (IPCC) und was tut er?

von C. O. Weiss

Der Weltklimarat (IPCC) wird der Öffentlichkeit als ein Gremium von Wissenschaftlern dargestellt, welches, streng sachlich, die wissenschaftlichen Ergebnisse der Klimaforschung sichtet und diese in unregelmäßigen Abständen in umfangreichen Berichten zusammenfassend darstellt. ...

Der Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt wird stets, daß der IPCC keineswegs ein Gremium von Wissenschaftlern ist. Tatsächlich gehören ihm 195 Vertreter der Regierungen aller Länder an und üben Einfluß aus.

... Dabei kämpfen natürlich die Politikvertreter darum, genehme Sachverhalte zu betonen. Selbst wenn sie durch den wissenschaftlichen Teil nicht gedeckt sind. So wird z.B. im diesjährigen Bericht festgestellt, mit 95 %-iger Wahrscheinlichkeit sei die Erderwärmung der letzten 100 Jahre menschengemacht.

Diese Feststellung beruht nicht auf Ergebnissen des Hauptteils sondern auf einer "Befragung". Wer befragt wurde, wurde nicht mitgeteilt, und unbequeme Ergebnisse möglichst zu verschweigen. So geschehen beim diesjährigen Bericht AR5:

Bei der Formulierung des "summary" kämpfte beispielsweise die deutsche Regierungsvertreterin, die Wissenschaftsministerin, darum, den Stillstand der Erderwärmung der letzten 15 Jahre (trotz starken Anstiegs der CO₂ Konzentration in der Atmosphäre) zu verschweigen. Mit der Begründung, sonst würde die sogenannte "Energiewende" in Deutschland gefährdet. Eine breite Zustimmung der Regierungsvertreter zu Katastrophenszenarien, vor allem der kleineren Länder mit wenig Industrie, wird erreicht durch Gelder aus dem "Hilfsfond für Anpassung an den Klimawandel".

Je dramatischer die negativen Aussichten beschrieben werden, desto höher die Zahlungen des Hilfsfonds an die entsprechenden Länder. Kurz gesagt wirken daher die Hilfsfondgelder als Bestechung der Regierungsvertreter. ...

Für den jetzigen IPCC Bericht AR5 wählten die IPCC Wissenschaftler aus 28.000 Publikationen etwa 11.000 zur Auswertung aus. Es versteht sich, daß diejenigen Arbeiten, welche, veröffentlicht, klar und unwidersprochen belegen, daß CO₂ das Erdklima höchstens in vernachlässigbarem Maße beeinflusst, oder daß die Modelle, die eine Erderwärmung durch CO₂ beweisen sollen, bei allen Tests durchfielen, keine Erwähnung finden. (Beispiele solcher Arbeiten sind unten zitiert).

Das ist auch konsequent, denn anders als der Öffentlichkeit dargestellt, hat der IPCC keineswegs die Aufgabe zu prüfen ob CO₂ einen Einfluß auf das Erdklima hat, sondern "das Drohen einer menschengemachten Klimakatastrophe nachzuweisen". Eine klare politische Vorgabe, jenseits jeder Wissenschaftlichkeit, mit welcher der IPCC praktisch eine Propagandaorganisation ist. ...

Wie kommt es nun, daß eine derartige merkwürdig konstruierte Institution existiert, und zu wessen Interesse wurde sie geschaffen?

Dazu der Bericht eines Mannes (Hartmut Bachmann), der zur Zeit der Gründung des Weltklimarates anwesend war.

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe". Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete: Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?" Augstein: "Aufwecken, munter machen." Ich: "Und Angst machen". Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden. ...

Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist (welche Umweltorganisationen wie Green-

peace oder Club of Rome in breitem Maße finanziert), geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben:

Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegenggeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist. ...

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Abgeordneten in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say "1.000 scientists signed" or "150 signed". No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion – Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!"

So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, **voll von Klimadatenfälschungen.**

Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfäßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit?: Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen.

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Clever, nicht wahr? Klima - CO2?

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den EURO nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren. ...

Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige (und in gigantischem Maße Energie vergeuende) Solarnutzung? Geld, Geld, Geld.

Sir Nikolas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der Britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen € Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so, wie der Michel.

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln.

Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich auftreiben läßt.

Zweitens, weil in einer solchen Situation - zum Geldkassieren - gelogen wird, daß sich die

Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten, via UNO - UNEP - IPCC - Abkommen von Kyoto - überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung.

(Bericht von H. Bachmann - Details in: "Die Lüge der Klimakatastrophe - und wie der Staat uns damit ausbeutet") ...<<

13.06.2014

BRD: Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtet am 13. Juni 2014 (x893/...): >>**Freimaurerei treibende Kraft bei Neuer Weltordnung - Kirche unterwandern**

Der Gründer von *Noticias Globales*, Monsignore Juan Claudio Sanahujo, enthüllte in einem Interview für *Infovaticana* den "Schlüssel zum Verständnis der neuen Weltordnung", so Sanahujo, die man gerade dabei ist zu errichten. Das Hauptinstrument dazu seien die Vereinten Nationen. Das eigentliche Ziel ist es jedoch, so Sanahujo, "die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren". Dazu bediene man sich zahlreicher Instrumente und versuche andere zu instrumentalisieren, darunter auch die Religion.

Monsignore Sanahujo ist Argentinier und damit ein Landsmann von Papst Franziskus, er gehört der *Priestergemeinschaft vom Heiligen Kreuz der Personalprälatur des Opus Dei* an.

Noticias Globales ist ein wichtiger Bezugspunkt, um zu verstehen, was auf internationaler Ebene geschieht. Wie entstand diese Initiative?

Noticias Globales entstand 1998. Wir sahen die Notwendigkeit, zu informieren. Man kennt nicht die inneren Mechanismen der UNO und verwechselt zum Beispiel die Vollversammlung und die internationalen Konferenzen mit den Kommissionssitzungen. Wir verfügten über viele Informationen und begannen diese Informationen weiterzugeben.

Neben dem Nachrichtenbulletin haben wir eine Reihe von Büchern veröffentlicht. "*El Gran Desafío. La Cultura de la Vida contra la Cultura de la Muerte*" (*Die große Herausforderung. Die Kultur des Lebens gegen die Kultur des Todes*) erschien bereits vor dem Bulletin. "*El Desarrollo Sustentable. La Nueva Ética Internacional*" (*Nachhaltige Entwicklung. Die neue internationale Ethik*) und "*Poder Global y religión universal*" (*Globale Macht und Welteinheitsreligion*). Demnächst erscheint eine verbesserte und erweiterte Ausgabe von "*Die große Herausforderung*".

Ethik ohne Gott?

Einer der großen Schwerpunkte der modernen Welt ist eine große säkulare Ethik. Ist eine Ethik ohne Gott möglich?

Es ist unmöglich, ohne Gott eine starke und damit tragende Ethik aufzubauen. Ethik bezieht sich auf transzendente Grundsätze und diese Grundsätze können nur von Gott kommen. Es gibt Versuche, eine sogenannte säkulare Ethik aufzubauen, aber alle diese Versuche stehen ausnahmslos im Dienst neuheidnischer Ideologien und sind leicht widerlegbar. Mit der Unterstützung durch die Massenmedien scheinen sie jedoch vorherrschend zu sein, was dazu führt, daß viele hilflose Menschen, die auf der Suche nach etwas sind, an das sie glauben können, auf sie hineinfallen.

Ist es vorstellbar, daß man die nicht verhandelbaren Werte achtet, ohne eine christliche Welt-sicht zu haben?

Es ist nicht unmöglich, aber sehr schwierig. Letztlich muß dahinter immer eine transzendente Welt-sicht stehen. Die nicht verhandelbaren Werte sind ja das Ergebnis einer jüdisch-christlichen Welt-sicht.

Neo-Malthusianer und "Selektive Kinderlosigkeit"

Was wollen die Neo-Malthusianer wirklich? Könnte man sagen, daß die Zielsetzungen der UNO am besten im Wort "Kinderlosigkeit" zusammengefaßt sind?

Die Weltgesundheitsorganisation WHO präsentierte in den frühen 90er Jahren das neue Ge-

sundheitsparadigma, das lautet: der Bürger der neuen Weltordnung ist der gesunde und produktive Erwachsene. Nur diejenigen, die gesund und produktiv sind, haben wirklichen Anspruch auf die Menschenrechte. Alle anderen, die diesen Standards nicht entsprechen, müssen am Rande der Geschichte bleiben, sollen erst gar nicht geboren werden, und wenn sie doch geboren werden, soll für sie kein Cent investiert werden. So gesehen ist es zutreffender, die Zielsetzungen der UNO mit dem Wort "selektive Kinderlosigkeit" zusammenzufassen.

In wieweit ist die Einbindung der Frauen in die Berufswelt Teil dieser globalen Strategie der Unfruchtbarkeit?

Man wird mir heftig widersprechen, weil jede Kritik an diesem Punkt als Angriff auf die "Selbstbestimmung" der Frau ausgelegt wird, weil man es Frauen und Männern seit Jahrzehnten so einredet. Dennoch: Der Zusammenhang ist offensichtlich. Die Forderung findet sich in den Dokumenten der *Konferenz von Dhaka* von 1969 der *International Planned Parenthood Federation* (IPPF) auf Vorschlag des Vorsitzenden des 1952 von John Rockefeller III. gegründeten *Population Council* Dr. Bernard Berelson, das seine Wurzeln in der rassistisch-eugenetischen Bewegung hat.

Konkret lauteten die Schlußforderungen dieser Konferenz: "das Bild der Familie verändern durch Umlenkung der Frauen auf den Arbeitsmarkt" und durch "Förderung der Homosexualität". An der Umsetzung dieser Ziele wird also seit fast 50 Jahren gearbeitet.

Umweltschutz als Religionsersatz instrumentalisiert

Es wird viel über Umweltschutz gesprochen. Welche Rolle spielt der Umweltschutz in der modernen Anthropologie?

Für die Vereinten Nationen und andere Organisationen ist der Umweltschutz ein praktischer Ersatz. Zum Beispiel kann man den Leuten nicht einfach sagen, daß es die Zehn Gebote nicht gibt, ohne einen Ersatz dafür zu bieten. Mit dem Druck der Medien können sie den Menschen einreden, daß jemand, der Müll trennt oder sich in einer bestimmten Weise ernährt, Solidarität mit der Welt und künftigen Generationen übt. Das ist gut und recht, aber bestenfalls eine Konsequenz aus einer Haltung.

Für die "neuen Ethiker" liegt darin jedoch ein entscheidendes Element, denn durch den Schutz der Erde sehen sie sich in ihrem Handeln gerechtfertigt: Die Erde nimmt den Platz Gottes ein. Es geht dabei nicht um die Frage, daß es nicht wichtig wäre, die Erde auf der wir leben zu schützen. Das ist wichtig, da sie uns von Gott anvertraut wurde und Christen aus ihrer Glaubenshaltung heraus verantwortungsbewußt mit der Natur umgehen. Hier geht es jedoch um die richtigen Prioritäten. An erster Stelle kommt das Gesetz Gottes, kommen die Zehn Gebote.

Auf dem Weg zur Weltregierung

Gibt es einen Plan zur Errichtung einer Weltregierung? Ist die Freimaurerei in diesem Bereich aktiv?

Die Pläne für eine Weltregierung spielen in der Freimaurerei eine wichtige Rolle und gehen bereits auf den Ersten Weltkrieg zurück oder sogar schon etwas früher.

Welche Rolle hat der internationale Zionismus in diesem Plan?

In diesen Plänen sind durch sogenannte Konsentische eine enorme Reihe von Einrichtungen, Organisationen und Gruppen eingebunden. Der Zionismus kann einige von ihnen beeinflussen. Um konkret zu werden und hinter die Kulissen zu blicken, gilt es die Aufmerksamkeit auf das dichte Netzwerk der Nichtregierungsorganisationen zu lenken, die die Agenda der UNO bilden.

Zum Beispiel den *Club of Madrid*, den *Club of Budapest*, den *Club of Rome*, die *The Elders*, die *Erd-Charta* und die darum kreisenden Organisationen, die *Bilderberger*, die multireligiöse Organisation *World Conference of Religions for Peace* und die darum kreisenden Organisationen, ebenso die *United Religions Initiative*, *State of the World Forum* und *Commission on*

Global Governance, dann natürlich das *Council of Foreign Relations*, die *Interparlamentarische Union* und so könnte man die Liste lange fortsetzen.

In allen übt die Freimaurerei einen wichtigen Einfluß aus. Einige dieser Organisationen sind zwar mehr auf den Dialog ausgerichtet, aber alle haben dasselbe Ziel: Die Macht in wenigen Händen zu konzentrieren durch Abschaffung der nationalen Souveränität und die Instrumentalisierung der Religionen, das heißt, sie für die eigenen Zielsetzungen dienstbar zu machen.

Die Naivität der Katholiken

Denken Sie, daß unter den Katholiken Naivität vorherrscht, was die Zielsetzungen der UNO anbelangt?

Ich will damit antworten, was Erzbischof Luigi Negri von Ferrara dazu sagte: Weite Teile der katholischen Gemeinschaft sind von einem "übereifrigen Irenismus" untergraben, "der seit Jahrzehnten seine Wühlarbeit leistet und dessen Hauptsorge nicht die eigene Identität ist, sondern der Dialog um jeden Preis, mit dem Ziel auch die entfernteste Position irgendwie vereinbar erscheinen zu lassen. Die Verschiedenheit der kulturellen und religiösen Standpunkte zum höchsten Gut erhoben, die von der Überzeugung einer substantiellen Gleichwertigkeit der verschiedenen, auch religiösen Positionen ausgeht, läßt die Katholizität ihre absolute Sonderstellung verlieren.

Dieser Irenismus, Offenheitswahn, Wille zum Dialog um jeden Preis wird aber auf die einzige Weise belohnt, mit der die menschliche Macht seit jeher ein solch ungeordnetes Kompromißverhalten belohnt: mit Verachtung und Gewalt."

Die Gefahr für die Kirche besteht daher in erster Linie innerhalb und nicht außerhalb. Vor langer Zeit hörte ich den Heiligen Josemaria Escriva sagen: "Wenn die Welt im Dunkeln ist, dann weil die Kirche aufgehört hat, Licht zu sein".

Es geht um eine übertriebene Suche nach den "Zeichen der Zeit", die in der Regel im Widerspruch zur katholischen Lehre stehen. Statt immer neu zu versuchen, den Menschen umzuwandeln, einen nach dem anderen für Christus zu gewinnen, wollen sie einen schnellen, bequemen Weg gehen, indem sie die Lehre der Situation anpassen wollen, die oft bedauerlich ist, wie im Fall der wiederverheirateten Geschiedenen. Aus demselben Grund sagen sie auch nichts zu den Homosexuellen, denn die scheinen inzwischen unantastbar zu sein.

Auf unkritische Weise akzeptiert man jede Behauptung als wahr, Hauptsache sie kommt über bestimmte, vermeintlich "neutrale" Kanäle: das gilt ebenso für die Katastrophenmacherei der Grünen, die Unwahrheiten über die Anzahl der Todesfälle durch Abtreibung, die Ausbreitung von AIDS. Dazu gehört auch die unkritische Akzeptanz der angeblich harmlosen Millenniums-Entwicklungsziele und die künftige Agenda für nachhaltige Entwicklung.

Eingeschleuste und nützliche Idioten in der Kirche

Hat diese globale Strategie Verbündete innerhalb der katholischen Kirche?

Ja, auf die eine und auf die andere Weise: Es gibt in die Kirche Eingeschleuste und es gibt "nützliche Idioten".

Unter einigen Kardinälen herrscht eine gewisse Sorge wegen der Ausführungen von Walter Kasper beim Konsistorium im vergangenen Februar. Denken Sie, daß die Kirche am Ende die wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion zulassen wird?

Ich denke nicht, daß es dazu kommt, daß die Kirche die wiederverheirateten Geschiedenen ermächtigt, die Kommunion zu empfangen. Würde sie es tun, würde sie aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein.

Der Katechismus der Katholischen Kirche ist eindeutig: "Darum dürfen sie, solange diese Situation andauert, nicht die Kommunion empfangen. Aus dem gleichen Grund können sie gewisse kirchliche Aufgaben nicht ausüben. Die Aussöhnung durch das Bußsakrament kann nur solchen gewährt werden, die es bereuen, das Zeichen des Bundes und der Treue zu Christus verletzt zu haben, und sich verpflichten, in vollständiger Enthaltensamkeit zu leben" (KKK, Nr.

1650).

Homo-Lobby

Sie haben gesagt, daß die Homo-Lobby in Spanien versucht, ihre Zielsetzungen in den Religionsunterricht einzuschleusen. Denken Sie, daß es eine bedeutende Präsenz der Homo-Lobby in der Kirche Spaniens gibt? Und im Vatikan?

Die Homo-Lobby haben wir zum großen Teil leider selbst erst groß werden lassen. Ich verweise auf das, was ich bereits zur Naivität der Katholiken gesagt habe.

Es ist unglaublich, aber in vielen Kreisen kann man heute nicht mehr sagen, daß Homosexualität eine "objektiv ungeordnete" Neigung ist (in der deutschen Übersetzung des Katechismus fehlt diese Wertung, weshalb sie stark defizitär ist, Anmerkung der Redaktion), wie der *Katechismus der Katholischen Kirche* in der Nr. 2358 sagt. Praktisch alle lehramtlichen Erklärungen der Kirche ab einschließlich der Erklärung *Persona Humana* von 1975 von Papst Paul VI. werden versteckt.

Gleichzeitig wird die Kirchengzucht gelockert. Bestimmte Teile der kirchlichen Hierarchie lassen es zu, daß Männer mit solchen Neigungen zu Priestern geweiht werden oder Zugang zu verantwortungsvollen Ämtern in den kirchlichen Strukturen erhalten, zum Beispiel im Religionsunterricht oder an katholischen Schulen und Internaten usw. Auf diese Weise hat man die Ausbreitung einer Art von schlechter Toleranz und falscher Barmherzigkeit gefördert, die nicht wenig zur heutigen Situation beigetragen hat.

Dazu kommt der externe Druck auf die Kirche, diese Verhaltensweisen zu akzeptieren. Kardinal Ratzinger warnte 1995 davor, indem er sagte, daß es *Pressure Groups* gibt, die darauf hinarbeiten, die öffentliche Meinung zu ändern, damit Homosexualität als normale Form der Sexualität angesehen wird, und im nächsten Schritt fordern sie, daß die Kirche ihr Urteil über sie revidiert. Diese Gruppen, sagte der Kardinal, beschuldigen jeden der Diskriminierung, der nicht so denkt wie sie.

In Spanien fordern sie Gefängnis für Kardinal Sebastián, weil er daran erinnerte, daß Homosexualität eine Krankheit ist. Gibt es Hoffnung? Was bringt die Zukunft den Katholiken?

Persönlich empfehle ich, die Nummer 675 des *Katechismus der Katholischen Kirche* zu lesen, über die ich oft nachgedacht habe. Sie spricht vom zweiten Kommen Jesu Christi: "Vor dem Kommen Christi muß die Kirche eine letzte Prüfung durchmachen, die den Glauben vieler erschüttern wird (vgl. Lukas 21,12; Johannes 15,19-20). Die Verfolgung, die ihre Pilgerschaft auf Erden begleitet, wird das ‚Mysterium der Bosheit‘ enthüllen: Ein religiöser Lügenwahn bringt den Menschen um den Preis ihres Abfalls von der Wahrheit eine Scheinlösung ihrer Probleme."

Ich sage nicht, daß wir am Vorabend der Wiederkunft des Herrn stehen, aber dieser Text hilft, sich zu orientieren. Er hilft, sich zu vergegenwärtigen, daß wir nicht dafür bestimmt sind, was die Menschen Erfolg nennen oder um von den Massen bejubelt zu werden. Unser Triumph ist ein anderer. Unser Triumph ist es, uns mit dem Kreuz Christi zu vereinen, uns Ihm anzugleichen, um nach dem Tod in den Himmel zu kommen. Unsere Hoffnung ist im Kreuz und in der Auferstehung.

Juan Claudio Sanahuja wurde 1947 in Buenos Aires geboren. Nach dem Studium der Kommunikationswissenschaften an der Universität von Navarra, studierte er Theologie in Rom und erwarb 1973 das Doktorat in Theologie an der Universität von Navarra. 1972 wurde er zum Priester geweiht, seither gehört er dem Klerus der Personalprälatur des *Opus Dei* an. Er ist Professor des Studium Generale der Prälatur des *Opus Dei* in Argentinien.

Im Januar 2011 verlieh ihm Papst Benedikt XVI. für seinen Einsatz für das Lebensrecht und die Familie den Titel eines *Kaplans Seiner Heiligkeit*.

Er ist Autor mehrerer Bücher, von denen einige am Beginn des Interviews genannt werden. 1998 gründete er die Internet-Nachrichtenagentur *Noticias Globales*, die neben internationalen

Entwicklungen seit 2001 gesondert auch über die Entwicklungen in Argentinien berichtet. Er war korrespondierendes Mitglied der *Päpstlichen Akademie für das Leben* (1998-2011), arbeitete an verschiedenen Projekten des *Päpstlichen Rats für die Familie* mit und ist Vorstandsmitglied der *Stiftung Nueva Cristianidad*.<<

Die "New York Times" berichtet am 17. Oktober 2014 über das "US-Imperium" (x342/10):
>>... "So funktioniert die Welt nicht mehr", fuhr (der hochrangige Berater George W. Bushs) fort. "Wir sind jetzt ein Imperium, und wenn wir einschreiten, erschaffen wir unsere eigene Realität. Und während Sie diese Realität noch analysieren - so umsichtig wie Sie wollen - schreiten wir wieder ein, schaffen andere, neue Realitäten. Die können Sie auch analysieren, und so werden die Dinge laufen.

Wir sind die Akteure der Geschichte ... und Sie, Ihr alle, könnt einfach nur analysieren, was wir tun".<<

31.10.2014

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den

demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich

Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früherer Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglösch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die

deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber

eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Aus-*

wärtige Politik (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt.

...<<

22.11.2014

BRD: Die "Badische Zeitung" berichtet am 22. November 2014: >>>Blindgänger: Tausende Fliegerbomben liegen noch unter der Erde

Deutschland ist Bombenland. Fast 70 Jahre nach Kriegsende liegen noch abertausende Blindgänger im Boden. ...

Es ist ein drückender Sommertag vor fünf Jahren, als Baggerfahrer Georg Neumaier auf ein mit Dreck verschmiertes Etwas stößt. Kies hatte er hier im Freiburger Westen eigentlich erwartet, Erde natürlich, aber doch nicht das, was jetzt ein paar Meter vor ihm auf der Schaufel liegt. Es dauert ein paar Sekunden, bis er versteht, was er ausgebuddelt hat. Seine Augen werden groß, sein Blick weicht nicht von diesem Objekt, das so aussieht wie eine, na ja, eine Bombe? Er steigt von seinem Bagger, geht ein paar Schritte in Richtung Schaufel, inspiziert sie. Die Gewißheit kommt schnell. Das, was so aussieht wie eine Bombe, ist auch tatsächlich eine. Er klettert zurück auf den Bagger, schaltet den Motor aus, plötzlich ist alles still. Dann rennt er ins Büro, alarmiert die Polizei. Eine Bombe, Wahnsinn.

Später sagt man ihm, daß er einen 500-Kilogramm schweren Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg aus dem Boden gefördert hat, einen Mords-Brummer. Daß das Ding scharf war. Daß er gewaltiges Glück hatte. Was alles hätte passieren können! Daran muß er heute noch häufig denken.

Im Januar dieses Jahres fehlte einem Baggerfahrer in Euskirchen dieses Glück. Er war gerade damit beschäftigt, Bauschutt zu zerkleinern, als der Greifarm seines Gefährts auf einen Blindgänger stieß – und diesen zur Explosion brachte. Deren Wucht tötete den Familienvater auf der Stelle und verletzte mehrere Menschen im Umkreis.

In Deutschland herrscht bizarre Sorglosigkeit, wenn es um Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg geht. Die explosive Altlast liegt unter unseren Füßen, sie wird von Jahr zu Jahr gefährlicher, aber niemanden kümmert das. Dabei vergeht keine Woche, ohne daß irgendwo in der Bundesrepublik ein Blindgänger auftaucht. Meist ist es ein Zufallsfund. Und oft ist es pures Glück, daß die Bombe nicht auch anrichtet, wofür sie dereinst gebaut worden ist: Häuser zerstören, Menschen töten.

Auch unter dicht besiedelten Großstädten schlummern solche Gefahren. Selbst gut besuchte Volksfeste wie der Dom in Hamburg und das Oktoberfest in München finden wahrscheinlich auf Bombenboden statt. Diesen beunruhigenden Verdacht legen Luftbilder aus dem Zweiten Weltkrieg nahe. Und bereits geborgene Blindgänger bestätigen es.

In Südbaden wurde während des Zweiten Weltkriegs besonders Freiburg stark bombardiert. Nächste Woche jährt sich der tödliche Angriff zum siebzigsten Mal. Die Stadt erinnert sich an die Toten, die Trauer, die Zerstörung. Und nebenbei wird ins Gedächtnis gerufen, welche Geschosse immer noch unter der Stadt liegen. Zuletzt fanden Bauarbeiter im Sommer 2012 einen Blindgänger auf dem Schulhof der Merianschule am nördlichen Ende der Altstadt. Ein Zufallsfund.

Präventiv nach den tödlichen Geschossen gesucht wird in Deutschland selten. Vor Blindgängern verschließt der Staat konsequent die Augen. Nach dem Motto: Was liegt, liegt. Solange es keinen begründeten Verdacht gibt, existiert auch keine Gefahr. Und damit für die Behörden kein Handlungsbedarf. Es ist ein Spiel auf Zeit.

Denn auch unentdeckt bleiben all die Minen, Bomben und Granaten unter deutschen Städten real. Das weiß niemand besser als der Kampfmittelexperte Wolfgang Spyra von der Technischen Universität Cottbus. Er hatte einen europaweit einzigartigen Lehrstuhl für Altlasten inne, bis dieser vor drei Jahren aufgelöst wurde. "Die Gefahr, die von Blindgängern ausgeht, wird allgemein unterschätzt", sagt er. Es sei außerordentliches Glück, daß bisher nur wenige Menschen verletzt oder getötet worden seien. Womöglich ist das der Hauptgrund, warum die Deutschen sich nicht darum scheren, was unter ihnen liegt.

Rund 1,4 Millionen Tonnen hochexplosives Material warfen Briten und Amerikaner im Zweiten Weltkrieg auf das Deutsche Reich ab. Dabei wurden etwa 160 Städte und 850 kleinere Orte aus der Luft angegriffen. Schwerpunkte waren Berlin, Hamburg, Köln und das Ruhrgebiet. Auf Baden-Württemberg fielen 90.000 bis 100.000 Tonnen Kampfmittel, die Hälfte davon auf die großen Industriezentren Mannheim und Stuttgart. Wie viele Bomben auf Südbaden abgeworfen wurden, weiß niemand genau. Aber es werden in ganz Baden-Württemberg noch Tausende Blindgänger im Erdreich vermutet.

Warum sie nicht explodiert sind? Je nach Angriffsziel setzten die Alliierten unterschiedliche Abwurfmunition ein. Auf deutsche Städte wurden hauptsächlich Sprengbomben abgeworfen. Wenn sie zündeten, deckte die Druckwelle die Dächer ganzer Häuserblocks ab. In die freigelegten Dachstühle warf man schließlich Brandbomben ab, und ein tödlicher Feuersturm breitete sich aus.

Besonders perfide war die Wirkung von Langzeitzündern

Der Zünder sollte die Detonation einer Bombe hinauszögern, von wenigen Minuten bis zu mehreren Tagen, wenn die Zivilbevölkerung wieder aus Kellern und Bunkern hervorgekommen war. Ziel war es, mit Explosionen ohne Vorwarnung die Moral der Menschen endgültig zu brechen. Am häufigsten wurden dafür chemische Zeitzündern eingesetzt. Sie bestehen aus einer mit Aceton gefüllten Glasampulle und einem Zelluloidplättchen, das eine gespannte Fe-

der zurückhält. Gedacht war das so: Zerbrach das Glas, begann ein chemischer Zersetzungsprozeß, das Aceton zerfraß das Plättchen langsam. Konnte es die Feder nicht mehr halten, schnellte sie mit einem Metallbolzen in Richtung Sprengstoff – die Bombe explodierte.

Blieb aber die Glasampulle intakt oder zersetzte sich das Zelluloidplättchen nicht, wurde aus der Bombe ein Blindgänger. Die Blindgängerquote der hochempfindlichen Langzeitzünder lag bei 15 Prozent. Was damals Glück war, ist heute ein Problem.

Hunderttausende scharfe Bomben aus britischer und amerikanischer Produktion vermuten Experten noch im deutschen Untergrund. Jedes Jahr explodieren ein bis zwei Bomben mit Zeitzünder ohne Vorwarnung – zum Beispiel an einem Radweg in München (2011) und auf einer Wiese in Buseck bei Gießen (2013). Je länger die Bomben unter uns liegen, desto gefährlicher werden sie. Sprengstoff rostet nicht. Aber wo sind sie? Und warum birgt und entschärft man sie nicht endlich?

Sprengstoff rostet nicht – die Bomben können jederzeit explodieren

Eine systematische Suche scheitert an den horrenden Kosten, aber auch am Allgemeinen Kriegsfolgengesetz, das eine paradoxe rechtliche Situation schafft. Demnach kommt der Bund einzig für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf. Das bedeutet: Bei Bombenfunden ist die Nationalität des Sprengkörpers entscheidend. Für – selten gefundene – deutsche Bomben zahlt der Bund, für amerikanische und britische nicht. Deshalb fühlt sich niemand verantwortlich, das ganze Land nach Blindgängern abzusuchen. So sind die Kampfmittelräumer lediglich zuständig für Bergung, Entschärfung und Entsorgung von zufällig gefundenen Blindgängern – nicht aber für eine systematische, vorbeugende Suche. Bombenexperte Wolfgang Spyra schimpft: "Diese Regelung ist grotesk."

Bomben sind Ländersache. Deshalb unterhalten die meisten Länder einen eigenen Kampfmittelräumdienst. Vor drei Jahren versuchte der Bundesrat, die Gesetzeslage zu ändern und den Bund stärker in die Verantwortung zu nehmen. Schwarz-Gelb lehnte den Antrag ab. Begründung: kein Geld. Für Einsätze von Polizei und Feuerwehr kommen in der Regel die Kommunen auf. Für den Rest haftet der Grundeigentümer – etwa für die Schäden durch eine kontrollierte Sprengung, wenn also keine Entschärfung möglich ist und sofern es sich nicht um eine deutsche Bombe handelt. Da ist eine gute Gebäudeversicherung ratsam.

In manchen Städten wie Hamburg sind die Bauherren verpflichtet, ihre Grundstücke vorsorglich nach Kampfmitteln abzusuchen, ehe sie nur einen Stein bewegen. Die Kosten hierfür sind hoch und können manche Bauvorhaben ganz gefährden. Deshalb meiden manche Investoren stark bombardierte Flächen und bauen lieber woanders an. "Das ist ein Witz. Der Bürger muß Verantwortung übernehmen, die der Staat nicht übernimmt", sagt Spyra. Die meisten Deutschen wüßten von dieser bizarren Rechtslage nichts. Im Gegenteil: Wenn der Kampfmittelräumdienst anrücke und eine Bombe entschärfe, seien sie äußerst dankbar. "Die Anwohner denken: Alles gut gegangen, der Staat kümmert sich um die Sicherheit seiner Bürger." Auf die Frage, wie lange es beim derzeitigen Tempo dauern werde, bis Deutschland bombenfrei sei, antwortet er: "Generationen ist wohl die richtige Formulierung."

In Baden-Württemberg ist das prophylaktische Absuchen von Kampfmitteln auf Grundstücken Privatsache. Es existiert kein Gesetz, vor dem ersten Spatenstich eine Neubau-Fläche nach möglichen Bomben abzusuchen. Lediglich die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft schreibt vor, eine Kampfmittel-Expertise einzuholen. Sonst kann der Versicherungsschutz erlöschen.

Um nach Jahrzehnten noch festzustellen, wo in Deutschland Blindgänger liegen, bedarf es umfangreicher Recherchen. Stark bombardierte Städte leisten sich dafür sogenannte Abteilungen für Gefahrenerkundung, die mit Hilfe historischer Luftbilder Fliegerbomben aufzuspüren versuchen. Die Idee dahinter: Je mehr Sprengkörper auf einen Ort niedergingen, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, Blindgänger zu finden. Experten sind in der Lage, auf diesen Luft-

bildern Einschlagkrater zu erkennen und dadurch besonders gefährdete Gegenden zu lokalisieren. Zudem ist eine bereits gefundene Bombe ein starkes Indiz dafür, daß noch weitere im Boden schlummern. Schließlich werden alle Verdachtspunkte in eine Karte eingetragen.

Auch Baden-Württemberg unterhält in Stuttgart eine Abteilung für Luftbildauswertung. Fünf Mitarbeiter suchen Aufnahmen der Alliierten nach Blindgängern ab, einer davon ist der Freiburger Thomas Mertens. Mertens weiß, welche Flugrouten die Alliierten wählten, um Freiburg zu treffen; und er weiß, daß es in einem anderthalb Kilometer breiten Streifen von Betzenhausen-Lehen bis zum Schloßberg (darunter viele Wohngebiete) besonders viele Bomben hagelte. Derzeit laufen die Vorbereitungen, um im Frühjahr vier Blindgänger unter der B 3 bei Gundelfingen zu bergen. Bis dahin läuft der Verkehr weiter. Angst müsse man nicht haben, sagen die Behörden.

"Es ist schon wichtig, daß niemand verrückt gemacht wird", sagt Wolfgang Müller von der Luftbilddatenbank Dr. Carls in Estenfeld bei Würzburg, die historische Luftaufnahmen aus britischen und amerikanischen Archiven besorgt und sie an deutsche Behörden weiterverkauft. Verdrängt werden dürfe das Problem allerdings nicht. Etwa die Hälfte aller verfügbaren Aufnahmen seien mittlerweile geborgen, schätzt Müller, zwei Millionen weitere noch nicht. Die Länder seien recht unterschiedlich an der Gefahrenerkundung von oben interessiert. Als vorbildlich bezeichnet Müller Hamburg, das alles, was bekannt sei, aufgekauft habe. Bayern hingegen habe bis heute ein Drittel der verfügbaren Aufnahmen nachgefragt und sei bis zum Jahr 2006 kaum interessiert gewesen.

Penibel haben die Alliierten ihre Bombardierungswellen auf deutsche Städte dokumentiert. Ihre Pläne verzeichnen nicht nur die Angriffsziele der Luftwaffe, sondern auch die sichtbaren Schäden. Allein aus Luftaufnahmen auf Blindgänger zu schließen ist eine Kunst für sich, das Ergebnis nicht immer eindeutig. Deshalb geben die Angriffspläne des ehemaligen Feindes wertvolle Hinweise auf bisher unentdeckte Bomben.

Der Hamburger Feuerwerker Peter Bodes ist Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Kampfmittelräumdienste. Er weiß zwar, wie die Bomben ticken, aber auch er weiß nicht, wo. Bodes versteht nicht, warum sich der Bund aus der Verantwortung stiehlt. "Nach unserer technischen Auffassung gehen die Bomben mit Langzeitzünder irgendwann alle hoch", sagt er. Deshalb müsse man versuchen, "den Mist endlich aus dem Boden zu holen". Das sei aufwendig, aber möglich.

Die Auswertung von Luftbildern und historischen Archivalien ist also der wichtigste Schritt, um Blindgänger systematisch aufzuspüren. Erhärtet sich ein Verdacht, wird die fragliche Stelle mit Metalldetektoren und Magnetometern abgesucht. Das erfordert Fachwissen: Da vor allem in der Nachkriegszeit Löcher im Boden mit Schutt und Schrott zugeschüttet wurden, können die Signale der Detektoren auch mal von alten Kohleöfen herrühren. Je tiefer ein Sprengkörper liegt, desto schwieriger ist er zu ermitteln.

Eine einzige Stadt in der ganzen Bundesrepublik versucht seit einigen Jahren, die Gefahr aus dem Boden endgültig zu beseitigen. Es handelt sich um Oranienburg. Auch hier mußte erst eine öffentliche Debatte für den nötigen Druck sorgen, aber jetzt wird dort etwas getan. Als Rüstungsstandort war die Kleinstadt nördlich von Berlin Ziel intensiver Angriffe. Vor sechs Jahren hat Altlasten-Professor Wolfgang Spyra ein Gutachten über die Gefahr im Oranienburger Untergrund verfaßt: Über 300 scharfe Bomben sollen aktuell noch im Boden des Stadtgebiets liegen. Nach diesen Blindgängern wird nun systematisch gefahndet, um sie unschädlich zu machen.

Eine solche Suche ist in Baden-Württemberg nicht geplant. Aber sie wäre möglich, wenn man das nötige Geld investierte. "Dann könnte man die Städte systematisch durcharbeiten und das Gros der Bomben bewältigen", sagt Luftbildauswerter Thomas Mertens. Das allerdings wird von Jahr zu Jahr riskanter.<<

27.11.2014

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 27. November 2014: >>**Ausländer belasten deutschen Staatshaushalt übermäßig**

Ausländer in Deutschland zahlen deutlich weniger Steuern und Sozialabgaben als Deutsche. Dies geht aus einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung hervor. Unter Berücksichtigung aller Staatsausgaben betrage das "Finanzierungsdefizit 79.100 Euro je Ausländer".

Bei Deutschen liegt dieser Wert bei minus 3.300 Euro. Auch die Arbeitslosenquote von Ausländern liege mit 16,7 Prozent deutlich über der von Deutschen (5,9 Prozent). Zudem kam das ZEW zu dem Ergebnis, daß 2012 in Deutschland geborene Ausländer ohne weitere Integrationsanstrengungen bis an ihr Lebensende 44.100 Euro mehr an Sozialleistungen erhalten, als sie an Steuern und Sozialabgaben zahlen würden.

Nur wenn die allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Infrastruktur und Militär, sowie die künftige demographische Entwicklung nicht berücksichtigt werden, entsteht ein leichter Überschuß im Verhältnis von gezahlten Steuern und erhaltenen Sozialausgaben. Er lag 2012 bei Ausländern bei 3.300 Euro und bei Deutschen bei knapp 4.000 Euro. Die Studie kommt zu dem Schluß: "Deutschland profitiert finanziell also beachtlich von seiner ausländischen Wohnbevölkerung."

Wie rechnet die Studie?

Auf der Einnahmenseite führt die Studie folgende Zahlungen von Deutschen und Ausländern an Staat und Sozialversicherungen auf: die Lohn- und Einkommensteuer auf Arbeitseinkommen (einschließlich Solidaritätszuschlag), die Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Steuern auf Kapital sowie die Steuern auf den Konsum (Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Kfz-Steuer und sonstige Verbrauchsteuern).

Bei der Ausgabenseite werden folgende Leistungen berücksichtigt: die Leistungen der gesetzlichen Renten-, Arbeitslosen-, Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung, die Transferzahlungen der sozialen Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohngeld), Kindergeld und Elterngeld sowie die Aufwendungen im Bereich der Bildung (Jugendhilfe, Schulen, Universitäten).

Was die Studie allerdings unterschlägt, ist, daß von den allgemeinen Steuern (etwa Lohnsteuer) vom Staat nicht nur Sozialleistungen aufgebracht werden müssen, sondern auch die Ausgaben für Militär, Infrastruktur, Forschung, Integration, Subventionen, Entwicklungshilfe, Zinsen etc.

- Berechnet man alle Ausgaben mit ein, kommt man auf ein Defizit von 79.100 Euro je Ausländer. Läßt man bestimmte Staatsausgaben unberücksichtigt, wird die Zahlungsbilanz je Ausländer leicht positiv.<<

2014

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/24-26): >>**1815, 1914 und heute**

_ von Willy Wimmer

Das Attentat auf den österreichischen Thronfolger 1914 zerstörte die europäische Friedensordnung des Wiener Kongresses. 80 Jahre später wurde auf dem Balkan erneut die Stabilität auf dem Kontinent von Kugeln durchsiebt. Beide Mal war Großbritannien der heimliche Nutznießer der Destabilisierung.

Hundert Jahre ist es her, daß in Sarajevo die Hoffnungen des Habsburger-Reiches förmlich zerschossen worden sind. Die Eindrücke, die uns in diesem Gedächtnisjahr 2014 vermittelt werden, werden intensiv sein. Man wird förmlich den Flug der Kugeln verfolgen können, die die Leben von Kronprinz Franz-Ferdinand und seiner Frau aus gelöscht haben. Wie sagte es

doch einen Krieg später ein Spitzenmilitär der Wehrmacht, dem die Beteiligung am Attentat nahegelegt wurde: Es werde sich doch noch ein Hauptmann mit einer Pistole finden.

In Sarajevo hat man die jungen Leute gefunden, und sie hatten durchaus Gewissensbisse. Ihre Handlangerdienste sind aber der Hinweis darauf, daß es im Jahr des Gedenkens angebracht ist, sich über die Umstände und Hintergründe in angemessener Weise die Gewißheit zu verschaffen, die heute möglich ist. Der englische Historiker John Keegan hat in *Die Schlacht um die Geschichte* eindrucksvoll klargemacht, wie wenig ein Kriegsende die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit über die Geschehnisse beendet. Nach Sarajevo 1914 war das nicht anders. Oder wie soll man den Funkspruch werten, den das britische Geschwader nach Verlassen der "Kieler Woche" an seine Gastgeber von der kaiserliche Marine kablete: "Freunde heute, Freunde morgen, Freunde für immer."

Das war einen Tag nach den tödlichen Schüssen am 28. Juni 1914 in Sarajevo und wenige Wochen vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten. Perfides Täuschen oder die Hoffnung, die Pläne, die sich in der eigenen Schublade befanden, nicht umsetzen zu müssen? Scharen von Historikern werden jeden Stein wenden, der mit diesem Krieg verbunden ist. Sie machen es sich hoffentlich nicht so leicht wie jener geistliche Redner an der Gefallenengedenkstätte der Bundeswehr auf dem Gelände des Bendlerblocks in Berlin, als er anlässlich der Einweihung eines Mahnmals großzügig Deutschland die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg beimaß.

Friedensarchitekt Metternich

Sarajevo 1914 war gleichsam der Endpunkt einer Entwicklung, die fast einhundert Jahre zuvor begonnen hatte: im Jahr 1815, nach einem Krieg, von dem jeder in Europa hoffte, niemals mehr werde sich dieses Maß an Vernichtung vor allem in Mitteleuropa wiederholen. Diese Hoffnung, die auf dem Wiener Kongreß 1815 zum Ausdruck kam, war nicht nur die Konsequenz des Wütens der französischen Heere, die Europa in Schutt und Asche gelegt hatten. Denn als das Verhängnis Napoleon um 1800 über Europa hereingebrochen war, hatte sich das "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" gerade erst von den Verlusten des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) erholt, der in vielen Gebieten die Bevölkerung bis zu 75 Prozent vernichtet und im Allgemeinen fast der Hälfte der Deutschen den Tod gebracht hatte.

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat sich die angelsächsische Propaganda nicht verändert.

Das sollte nie mehr geschehen, und so erklären sich die Beschlüsse des Wiener Kongresses, die den friedlichen Ausgleich von Interessen und die Verhinderung künftiger Kriege zum Inhalt hatten.

Die 1815 geschmiedete "Heilige Allianz", untrennbar mit dem Namen des österreichischen Außenministers Fürst Clemens von Metternich verbunden, war durch und durch modern. Vom besiegten Frankreich wurde nicht die bedingungslose Kapitulation ("unconditional surrender") gefordert. Nein, der Kongreß nahm Frankreich gleichberechtigt in den Kreis der Siegermächte auf. Auch die Vorschläge des Zaren über die internationale Zusammenarbeit wurden in Wien übernommen.

Metternich, das war das Bekenntnis zur europäischen Rechtsordnung und damit zum Völkerrecht, wie es sich gerade nach dem Westfälischen Friedensschluß von 1648, nach den Verträgen von Münster und Osnabrück entwickelt hatte. Damit war für das Jahrhundert nach dem Wiener Kongreß festgeschrieben: Sollte es nicht möglich sein, durch Zusammenarbeit und Ausgleich den Frieden in Europa zu sichern, waren die Generalstäbe der mitteleuropäischen Staaten immerhin gezwungen, Kampfhandlungen auf deutschem Territorium zu vermeiden, um einen verheerenden Flächenbrand auch auf dem Rest des Kontinents zu verhindern.

Divide et impera

Metternich, der russische Zar und die anderen Staatsmänner auf dem Wiener Kongreß - sie waren Helden, weil sie uns Europäern das Schicksal ersparen wollten, erneut in verheerenden

Kriegen hinweggerafft zu werden. Sie hatten allerdings die Rechnung ohne England gemacht, das sich außerstande sah, dem Gedanken des friedlichen Interessenausgleichs und damit der "Heiligen Allianz" beizutreten. Schließlich hatte London über Jahrhunderte auf dem Kontinent ein stehendes englisches Heer unterhalten, mit dem sich so trefflich die eigenen Interessen durchsetzen ließen.

Die Erfahrungen aus dieser Periode besagten: Ein Ausgleich auf dem Kontinent war schlecht für die britische Dominanz, ein Kontinentalblock sogar verheerend.

Bei der Suche nach Möglichkeiten für die Spaltung Europas wurden britische Diplomaten auf dem Balkan fündig, wo sich im 19. Jahrhundert die christlichen Untertanen gegen die Besatzungspolitik des osmanischen Sultans wehrten. Die Kampf begriffe der damaligen Zeit kommen uns seltsam modern vor.

Überall dort, wo England in Südosteuropa die Initialzündung vornahm, um die Völker für englische Interessen gegeneinander zu treiben, war von "Schutzverantwortung" und auch "humanitärer Intervention" die Rede. Als es 1999 gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ging, mußte man in Washington nicht einmal etwas Neues erfinden, um dem eigenen Tun den Mantel der Scheinlegitimation umzuhängen.

Schon vor 150 Jahren waren diese Begriffe geeignet gewesen, Anhänger hinter sich zu scharren, die interessierte Presse auf die eigene Seite zu ziehen und den Gegner in ein schlechtes Licht zu rücken.

Henry Kissinger, Madeleine Albright und ihre Anhänger mußten 1999 nur auf den Fundus des britischen Imperialismus zurückgreifen, um dem US-gesteuerten Faustrecht quasi legale Völkerrechtsstrukturen aufzuschminken. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird das heute im digitalen Idiom wiederholt: Man schreibt dort von R2P, Responsibility to Protect (Schutzverantwortung), wenn man einer NATO-Intervention das humanitäre Mäntelchen umhängt. Wie die Vereinten Nationen und vor allem die blockübergreifende OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) am Ende des 20. Jahrhunderts konnte auch die "Heilige Allianz" in diesem aggressiven Milieu nicht überleben - und das war gewollt. Die Schüsse von Sarajevo galten irgendwie Metternich und seinem Friedensprojekt.

Euroshima

Noch bis in die 1980er Jahre war die Angst vor einer Vernichtung Mitteleuropas manifest, wie sich in der berühmten "Petition Schneider" zum unbegrenzten Atomkrieg in Mitteleuropa zeigte. In dieser Petition an den Bundestag hatte der Leiter der Rechtsabteilung des Bonner Verteidigungsministeriums, Reinhard Schneider, 1984 darauf aufmerksam gemacht, daß die einschlägigen Rot-Kreuz-Abkommen das nukleare Austoben in Mitteleuropa erlaubten - nur westlich der deutschen Grenze war der Atomwaffeneinsatz als völkerrechtswidrig geächtet.

Es war der Horror vor diesem Szenario, der den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl im Frühjahr 1989 veranlaßte, die NATO-Übung Wintex/Cimex zu verlassen, weil schon das Planspiel den atomaren Untergang Deutschlands postulierte.

Krieg auf dem Balkan

Eine ferne Zeit? Gewiß nicht, denn es jährt sich 2014 nicht nur zum hundertsten Mal der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, sondern zum fünfzehnten Mal auch der NATO-Angriff auf Jugoslawien.

Dabei war doch die Konferenz von Paris 1990 ein Fanal der Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges gewesen. Alle Verantwortlichen hatten alles eingesehen und auch begriffen. Es führte kein Weg mehr an Zusammenarbeit vorbei, und das war auf dem festen Fundament der Ost-West-Abkommen von Helsinki (Schlußakte der KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - von 1975) machbar gewesen. Deutschland war wieder vereint, Abrüstung war angesagt, Friedensdividende möglich. Wohin man blickte, Völkerrecht überall.

Die Konzepte, wie es besser gemacht werden konnte, jagten einander. Heute, wo bei zukunftsweisenden Konzepten Grabesstille herrscht, mutet das verwegend an.

R2P ist das neumodische Kürzel für NATO-Intervention.

Man hätte hellhörig werden müssen, als Henry Kissinger international, aber auch in großen deutschen Zeitungen, die völlige Abkehr von der in Europa bestehenden Völkerrechtsordnung forderte.

Schon in den Jahren nach 1990 hatten die USA, im Verbund mit Großbritannien, die damalige KSZE (die heutige OSZE) lahmgelegt. Nichts sollte sich mehr entwickeln, weil Zusammenarbeit auf dem Kontinent den eigenen Manövrierraum und die globalen Interessen der Amerikanisierung schmälerte. Wohin sollten die KSZE und EU-Europa für die USA führen? Man übernahm statt dessen Verhaltensweisen, wie sie die inzwischen verschwundene UdSSR praktiziert hatte. Bei der Konferenz der Ostsee-Anrainer wollten die USA mit am Tisch sitzen. Kein Wort sollte zwischen Staaten gewechselt werden ohne Kenntnis der USA! Mitgliedschaft bei der Rhein-Main-Donau-Konvention?

Nichts wie her für die USA. Es war faszinierend.

Aber ein Meisterstück mußte noch her, um die Völkerrechtsordnung für Europa zu beseitigen und dem Faustrecht wieder den gebührenden Platz einzuräumen. Als die amerikanische Außenministerin Albright 1999 Freischärler-Führer der kosovo-albanischen Untergrundarmee UCK öffentlich herzte, war der europäische Frieden suspendiert. Da brauchten die Bomben auf Belgrad, Bagdad oder Kabul erst gar nicht zu fallen. Mit Zusammenarbeit hatte man das Ende des Kalten Krieges erreicht, um anschließend dem Faustrecht und dem Krieg wieder Tür und Tor zu öffnen. Da war Metternich von anderem Kaliber.

_ Willy Wimmer, Jahrgang 1943, trat 1958 in die CDU ein und war von 1976 bis 2009 Abgeordneter des Bundestages. Von 1988 bis 1992 war er als Staatssekretär für Verteidigung Mitglied der Bundesregierung. Neuerscheinung im September 2014: "Wiederkehr der Hasardeure: Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure von 1914 bis heute" von Wolfgang Effenberger und Willy Wimmer (Zeitgeist-Verlag ...).<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/27-29): >>Der Krieg der Werte

_ von *Ulrich Schacht*

Rußland sei immer noch zu sowjetisch, klagt die Europäische Union. Dabei droht der Totalitarismus heute viel eher aus Brüssel als aus Moskau. und die Konstellation des Kalten Krieges hat sich umgekehrt.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß ich heute auf einer Konferenz zusammen bin mit Valentin Falin, einem Mann jenes Systems, dem ich noch als politischer Widerstandskämpfer bis zu meiner Verhaftung in der DDR radikal gegenüberstand.

Es entspricht aber eben auch einer gewissen Logik, daß wir heute auf dieser Konferenz zusammen sind, denn ich war ja damals mit anderen zusammen kein Widerstandskämpfer aus falschen Motiven gegen Rußland, sondern gegen die totalitäre Gesellschaft der Sowjetunion heraus.

Mein politisches Ziel und das anderer in diesem Zusammenhang war die Hoffnung und das Mitarbeiten und Mittun daran, daß Rußland eines Tages Abschied nehmen kann von der Sowjetunion. Das ist zwischenzeitlich gelungen. Und es gibt keinen Grund mehr, Ressentiments oder negative Erfahrungen in einen nach-totalitären Zusammenhang in Europa zu perpetuieren, sondern es gibt nur die Aufgabe hinzuschauen: Was versucht dieses neue Rußland, um sich zu stabilisieren vor dem Hintergrund der großen, schrecklichen totalitären Erfahrung?

Gegenläufige Entwicklungen

Die schrecklichen Erfahrungen des modernen Rußlands sind ja Erfahrungen mit dem Import eines Ideensystems aus dem Westen. Das bolschewistische basiert auf dem jakobinischen Sy-

stem.

Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, nicht nationalistisch.

Lenin hat sich als Exekutor und Anwender jener terroristischen Glücksdiktatur des Maximilien de Robespierre und anderer verstanden und sie unter den Bedingungen Rußlands angewendet. Wie kommen wir heute dazu, den Russen ein weiteres Mal zu empfehlen, sich aus dem Westen ein System zu importieren - was ihnen das vorige Mal die größte Katastrophe der nationalen Geschichte serviert hat?

Um welches System geht es aktuell? Das heutige Rußland rekonstruiert sich national, aber nicht nationalistisch, religiös, aber nicht fundamentalistisch, etatistisch, aber sich nicht in eine amorphe, von internationalen Konzernen betriebene Größenordnung auf den geopolitischen Feldern der Nachkriegsordnung bewegend. Jene drei Essentials der russischen Politik der Gegenwart, Rekonstruktions-Essentials, stoßen auf den fanatischen Widerstand jener Funktionseliten in Westeuropa, welche sich in diesem neuen Hegemonialzentrum zu Brüssel konstituiert haben, die postnational, postsäkular und postetatistisch sind.

Der Glaube, die Nation, die Familie - das muß zerstört werden.

Postetatistisch heißt: Zivilgesellschaft. Wir alle sind Zeugen der Entwicklung, daß eine Zivilgesellschaft, wie sie uns dort vorgeschlagen wird, mehr an raffinierter Unterdrückung zu praktizieren versucht, wenn es um die Beschneidung der freien Meinungsäußerung und anderer Dinge geht, als man sich das im freien Diskurs des gegenwärtigen Rußlands auch nur vorzustellen vermag. Ich bin tief davon überzeugt, und nicht nur überzeugt durch Spekulation, sondern auch durch Wissen, daß der historische Diskurs, der politische, der philosophische Diskurs unverstellter, unbehinderter in Rußland vor sich geht, als zur Zeit in dieser großen liberalen Demokratie hierzulande.

Die Liberalität des Westens, für die wir unter den Bedingungen der Teilung Europas mit der Existenz einer totalitären Gesellschaft und Großmacht wie der Sowjetunion gekämpft haben, jene Liberalität existiert nicht mehr. Was existiert, ist eine liberale Phrase, die Menschenrechts-Phrase, die genutzt wird, was mit Bezug auf sie besonders schäbig ist, um Unrecht zu praktizieren, international und national.

Es gibt einen geradezu extremen Haß in den "Katakomben zu Brüssel" - anders kann man die selbstisolationistischen Tendenzen, den Autismus dieses Institutes, das dort versucht, ein homogenes Europa herbeizumanipulieren, anders kann man ja die Dinge nicht bezeichnen.

Totalitäres Menschenexperiment

Das ist ein Angriff auf das, was diesen europäischen Kontinent immer schon qualifiziert hat: Die Vielfalt seiner Sprachen, seiner Kulturen, seiner Literaturen, seiner Kunst. Es gibt eine genau umgekehrte Rechnung. Denn: Die großen totalitären Gesellschaften des 20. Jahrhunderts, die kommunistische in der Sowjetunion, die nationalsozialistische in Deutschland, sind eben gerade nicht - was uns immer wieder suggeriert wird - Ausdruck gewesen von verrückt gewordenem Nationalismus, sondern von verrückt gewordenem Universalismus. Das ist genau der Unterschied.

Was läuft hier, abschließend gesagt, für ein übles Spiel? Es ist der dritte Versuch aus dem totalitären Quellgebiet des Westens - wurzelnd im zweiten Teil der Aufklärung, diesen gottlosen Versuchen, die Ordnung des Menschen, seine innere anthropologische und ideelle Stabilität zu zerstören und zu vernichten -, es ist der dritte Versuch, den Menschen geschichtlich umzubauen.

Es ist der neue Mensch das Ziel dieses neuen totalitären Versuches. Der jetzt allerdings, und zum ersten Mal in der Geschichte, zu einer eigenartigen, auch das kann man genau nachprüfen, Logik und Synthese geführt hat, denn der internationale, entfesselte Kapitalismus ist der beste Zuarbeiter dieser Tendenz. Worum geht es? Es geht darum, alles abzuschleifen, was diesem Prozeß, den man auch schon in nuce im Kommunistischen Manifest nachlesen konnte,

dem großen Verwertungsprozeß in der Geschichte der Menschheit, im Wege steht: der Glaube, die Nation, die Familie und und und.

Das muß abgeschliffen werden. Das muß zerstört werden. Und der progressive Liberalismus, die progressive Linke, die progressiven Konservativen, sie alle sind nichts Anderes als bewußte oder unbewußte Agenten dieses Verwertungsprozesses, der über die ganze Welt geschoben werden soll.

Das größte Opfer des Bolschewismus waren die Russen selber.

Das betrifft diese Währungsgeschichte, die wir gerade erleben. Das betrifft eine fanatische, obskure Idee wie die Gender-Ideologie, die ja nicht das Ziel hat, Gerechtigkeit herzustellen - diese Phrase ist durchschaut, wie ein ganz zerschlissener Vorhang. Sondern es geht darum, aus einem Menschen fünf zu machen. Was heißt das? Jeder Mensch ist eigentlich biologisch präformiert, Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber: Die neue Gender-Philosophie ist sozusagen die direkteste Agentur des kapitalistischen Profitstrebens.

Ein Mensch, der fünf Geschlechter hat, der kauft sich in der Woche fünf Mal verschiedene Klamotten, Kleider ... Es ist ein durchschaubares Prinzip. Das Verrückte ist nur: Schon wieder fallen die Umbauer der Menschheitsgeschichte darauf herein, beziehungsweise fühlen sich davon ermutigt. Dahinter steht, vielleicht als letzter Satz - als Theologe darf ich mir das erlauben - der Größenwahn aller modernen Philosophien: Die Welt besser zu machen, als der liebe Gott sie vielleicht in ihrem Grundformat geschaffen hat. Dieser Größenwahn hat zu den größten Verbrechen der Menschheit geführt.

Eurokraten im Niemandsland

"Wir haben es in den EU-Institutionen mit Leuten zu tun, die von Kultur reden, aber den tiefsten Charakter von Kultur, die Differenz, nicht verstehen. Der Pluralismus dieser Leute besteht darin, daß sie in den Hauptstädten Europas von einer Shopping-Mall in die andere stolpern. Daß sie nicht mehr wissen, wo sie sind. Daß sie bei Grenzübertritten immerzu dasselbe Schild sehen, und wenn sie zu schnell fahren, wissen sie gar nicht, was in der Mitte zwischen den Sternen steht. - Wo bin ich? Heiteres Länderraten im befriedeten Europa." (Ulrich Schacht)

Eine Bitte an Rußland

Wir sollten diesen Größenwahn als europäische Völker zurückweisen und zwar - das wäre die neue Perspektive, die ich einbringen würde - zusammen mit Rußland. Denn Rußland ist heute in seiner Rekonstruktionsphase eines russischen Staates.

Russische Souveränität, die Wiederkehr der Ikone als inneres Stabilitätsmoment seiner Geschichte und Identität, die Rückkehr zur Orthodoxie - was im Übrigen die Säkularisten im Westen und in unseren Feuilletons zum Wahnsinn treibt, kann man jeden Tag lesen, wenn man die Zeitung liest - das alles sind Vorbilder für deutsche Gegenwarts politik.

Rußland, das heutige Rußland unter Putin, hat sich nicht zu entschuldigen bei irgendwem für irgendwas. Das heutige Rußland kann fragen: "Wie halten Sie es denn, Frau Merkel, in Ihrem Land mit den Menschenrechten? Wie werden denn Parteien, die Ihnen nicht passen, behandelt - erhalten sie Zugang zu den Medien?"

Wir könnten das abendfüllend ausweiten, jeder in diesem Saal weiß, wovon ich spreche. Nein - einen Hinweis an die russischen Vertreter habe ich dann doch: Bei all dieser neuen Übereinstimmung können wir natürlich eins nicht ausblenden - was noch eine Replik auf meinen Vordrner Valentin Falin wäre, der geäußert hat: "Es kommt darauf an, nichts Schlechtes über Tote oder Lebende zu sagen." Rußland muß natürlich verstehen, daß die Sowjetunion nicht neutral gesehen werden kann - nicht von den baltischen Staaten, vielleicht auch nicht von Polen und anderen. Es hat schon etwas stattgefunden, was nicht so schnell zu vergessen ist.

Aber heute sind gerade die Länder, die nach dem Zusammenbruch des Imperiums ihre Souveränität zurückgewonnen haben, schon wieder in einem Souveränitätskonflikt. Sie sollen Sou-

veränität an Brüssel abgeben. Und wir wissen ja, wenn wir die Äußerung des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Klaus hören, wir wissen ja, wenn wir Viktor Orban in Budapest hören, und wenn wir sozusagen über einige baltische Probleme hören, daß diese Rechnung nicht nahtlos aufgegangen ist. Rußland hätte hier eine große Chance, zu einer Form von Bündnis zu kommen bei der Verteidigung der Souveränität - unter Gleichberechtigten aufgrund einer gemeinsamen negativen Erfahrung.

Denn das größte Opfer des bolschewistischen Totalitarismus waren die Russen selber. Und das ist die verbindende Linie, das ist die Basis für jene Gemeinsamkeit, die auch heute hier in dieser Halle stattfinden kann. Dafür plädiere ich, und vielleicht kommen wir ja gemeinsam ein Stück weiter. Dankeschön.

_ Ulrich Schacht erblickte 1951 in der DDR im Frauengefängnis Hoheneck, wo seine Mutter inhaftiert war, das Licht der Welt. Der Student der evangelischen Theologie wurde 1973 in der DDR wegen "staatsfeindlicher Hetze" zu sieben Jahren Haft verurteilt und 1976 in die Bundesrepublik abgeschoben. Er arbeitete später als Redakteur für "Die Welt" und als Autor für die "FAZ", "Focus", "Weltwoche" und andere. 1994 war er zusammen Heimo Schwillk Herausgeber des Sammelbandes "Die selbstbewußte Nation", einem Manifest patriotisch-demokratischer Selbstvergewisserung.

Schacht lebt heute in Schweden, veröffentlicht aber weiter in großen Zeitungen und Verlagen. 2011 erschien sein Buch "Vereister Sommer. Auf der Suche nach meinem russischen Vater" (Aufbau-Verlag ...). - Die hier gekürzt wiedergegebene Rede wurde auf der COMPACT-Souveränitätskonferenz am 24. November 2012 an der FU Berlin gehalten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 über die Außenpolitik Rußlands (x350/32-34): >>**Schlachtfeld Deutschland**

_ von *Valentin Falin*

Die Einkreisung Rußlands war nicht erst ein Projekt des 20. Jahrhunderts, sondern begann schon vor über 250 Jahren. Großbritannien war oft der Motor dieser Aggressionspolitik, ihre Frontlinie lief vielfach durch Mitteleuropa.

Napoleon 1812 - das war eine europäische, nicht nur eine französische Invasion.

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) zwischen Rußland und Preußen fand nicht nur zwischen den genannten Staaten statt, sondern war ein Weltkrieg. An Preußens Seite waren Großbritannien und einige italienische Fürsten, an Rußlands Seite war Frankreich. Und dieser Krieg war nicht entstanden, weil die Zarin Elisabeth Friedrich II. nicht mochte, sondern sie hatte Österreich gebeten, Rußland gegen Preußen zu verteidigen, weil Preußen Schlesien von Österreich erobert hatte.

Der erste Eiserner Vorhang

Frankreich hat diesen Krieg und alle seine Besitzungen in Indien verloren, und was schrieb Ludwig XV. danach? Ich zitiere aus einem vertraulichen Papier: "Einziges Ziel meiner Politik gegenüber Rußland sei es, Rußland soweit wie möglich von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten.

Alles, was Rußland im Haus und im Dunkeln treibt, ist mir nützlich." So organisierte er eine Abmachung mit Schweden, Polen und dem Osmanischen Imperium; und dieses Projekt hieß: "Errichtung einer Ostbarriere", also eines "Cordon sanitaire" oder eines "Eisernen Vorhanges", und das war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Man sieht den Eisernen Vorhang im Westen immer als "Initiative Sowjet-Moskaus". Dabei hat der französische Premier Georges Clemenceau 1919 vorgeschlagen, "einen Eisernen Vorhang rund um den Bolschewismus aufzuziehen, damit die Bolschewisten das zivilisierte Europa nicht stören".

Zu dieser Zeit hat auch ein bekannter Demokrat, Winston Churchill, gefordert: "Sowjet-Rußland muß von einem Ring wütender stürmischer Nachbarn umzingelt werden". Ich könnte

eine dicke Mappe solcher Äußerungen bringen, aber das spare ich mir.

Als Dank für unsere russische Hilfe im Siebenjährigen Krieg haben neben Österreich auch andere, vor allem die Türkei, versucht, die Interessen Rußlands nicht nur zu beeinträchtigen, sondern gegen uns aggressiv vorzugehen. Aber alle Rekorde hat Großbritannien gebrochen. Die Jakobiner waren noch nicht an der Macht, da versuchten die Briten schon, Polen, Schweden, die Türkei und Österreich zu bewegen, gegen Rußland eine aggressive Position einzunehmen.

Und in eben jener Zeit, 1787, waren in den gerade gegründeten Vereinigten Staaten auch schon die Federalist Papers (Föderalistenartikel, eine Art Verfassungserläuterung) in Kraft. Was hatten sie zum Inhalt? Ihre Autoren haben Folgendes geschrieben: "Irgendwann werden die Vereinigten Staaten ökonomisch und militärisch so mächtig sein, daß sie die Alte und die Neue Welt beherrschen und regieren werden." Interessant, nicht wahr?

Zum Thema Napoleon und zu seinem Rußland-Feldzug 1812 gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen: In den napoleonischen Armeen bildeten Franzosen nur die Hälfte aller Streitkräfte, die andere bestand aus Österreichern, Preußen und Soldaten aus verschiedenen deutschen Teilstaaten.

Das war also nicht nur eine französische, sondern eine europäische Invasion. Ich möchte nicht die Geschehnisse im Einzelnen erwähnen. Entscheidend ist der Beitrag Rußlands für die Niederlage Napoleons, dieser wird heute kaum erwähnt, obwohl er von den Historikern mit Recht nicht in Frage gestellt wird. Und wie war die weitere Entwicklung?

Am 22. Dezember 1814 unterzeichnen Frankreich, Großbritannien und Österreich einen Vertrag über ihre Allianz mit dem Ziel, "Rußland in seine Grenzen zurückzutreiben für die Ehre, Gerechtigkeit und Zukunft Europas".

Die russischen Revolutionen

Wer hat den Krieg Japans gegen Rußland 1904/05 entfesselt? Großbritannien! Und es hat alle Schiffe für die japanische Kriegsmarine gebaut, diese Schiffe wurden von amerikanischen Banken finanziert. Im Rahmen dieses Krieges hat England versucht, Tibet unter seine Kontrolle zu bringen. Es geschah auch etwas in Bhutan und Nepal, diese zwei Staaten gerieten ebenfalls unter britische Vorherrschaft. Im Kontext dieses Krieges haben die USA und Japan einige ihrer Angelegenheiten geregelt. So bekam Japan Korea unter Verletzung amerikanischer Garantien für Korea, und die USA bekamen die Philippinen. Die "Demokratisierung" dieser Inselgruppe brachte den Tod für ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Deshalb ist die antiamerikanische Stimmung der Philippinos bis heute so stark.

"Einziges Ziel sei es, Rußland von europäischen Angelegenheiten fernzuhalten." Ludwig XV.

Einige Bemerkungen (zu Fakten), die Ihnen nicht bekannt sein dürften, zur russischen Revolution. Die erste Revolution 1905 bis 1907 wurde von Japanern finanziert, sie hatte auch Unterstützung von Briten und Franzosen. Vor dem Sturz von Zar Nikolaus II. 1917 bekommt der britische Botschafter in Sankt Petersburg die Instruktion, daß die oppositionelle Gruppe gegen den Zaren zu unterstützen und zu finanzieren sei. Das Ergebnis war die Abdankung von Zar Nikolaus II. Eines der Ziele des Ersten Weltkrieges war erreicht. Rußland sollte nie wieder so erstehen, daß es für das britische Königreich eine Gefahr werden kann. Wer waren die Ausführenden dieser Entscheidung? Wer hat den Schuß auf den Zaren-Berater Grigori Rasputin abgegeben? Ein Agent des amerikanischen Geheimdienstes!

Kampf um Rußland

1756-1763 Siebenjähriger Krieg.

1812 Einfall Napoleons in Rußland.

1813/1815 Niederlagen Napoleons in der Völkerschlacht bei Leipzig und in Waterloo.

1815 Wiener Kongreß.

1853-1856 Krimkrieg. Osmanisch-britisch-französisch-sardinische Allianz gegen Rußland.
1904-1905 Russisch-japanischer Krieg.
1905-1907 Erste Revolution gegen den Zaren.
1914-1918 Erster Weltkrieg.
1917 Februarrevolution (Sturz des Zaren), Oktoberrevolution (Machtergreifung der Bolschewiki und Austritt Rußlands aus der Kriegsallianz).
1922 Nach Lenins Tod wird Stalin Generalsekretär der KPdSU.
1939 Hitler-Stalin-Pakt. Beginn des Zweiten Weltkrieges.
1941 Deutsche Truppen fallen in Rußland ein.
1945 Ende des Zweiten Weltkrieges, Aufteilung Deutschlands in provisorische Besatzungszonen.
1949 Gründung von BRD und DDR.

Stalin und Deutschland

Wir registrieren meist, dies oder das hat Rußland oder die Sowjetunion nicht getan. Man versteht kaum Josef Stalins Politik vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dazu eine Tatsache, die Ihnen unbekannt ist: Vor dem Verlassen der Münchner Konferenz (zur Sudetenfrage) hat der britische Premier Neville Chamberlain am 30. September 1938 noch ein Treffen mit Adolf Hitler gehabt und zu ihm gesagt: "Sie haben genug Bomber, um Rußland anzugreifen, besonders jetzt nach dem Münchner Abkommen, weil sowjetische Flugzeuge nicht auf tschechoslowakischen Flugplätzen plaziert werden können."

Unsere Aufklärung hat all diese Dokumente an Stalin weitergeleitet. ...

Stalin hat nach unserem unglücklichen Krieg mit Finnland 1939/40 angefangen, die sowjetische Armee durchgreifend zu reformieren, und seine Pläne sollten in groben Zügen bis Herbst 1942 vollendet werden. Die Reaktion Hitlers war dieselbe wie die Reaktion von Wilhelm II. vor dem Ersten Weltkrieg. Zar Nikolaus II. plante 1913 eine Reform seiner Armee, die 1914 beginnen und 1917 beendet werden sollte. Die Reaktion von Wilhelm II. war: "Warum sollen wir warten, bis Rußland stark wird, wir sollten sofort handeln."

Genauso war es mit dem Angriff Hitlers auf Rußland. All die Legenden des Buchautors Viktor Suworow lassen Sie beiseite, aber Folgendes ist wichtig: Als die Wehrmacht vor den Toren Moskaus steht, sagt Stalin in seiner Rede am 6. November 1941: "Die Hitlers kommen und gehen, Deutschland und das deutsche Volk bleiben bestehen." Das war in einer für die Sowjetunion schlimmen Situation, denn wenn Moskau gefallen wäre, hätte ihr sofort Japan den Krieg erklärt, die Türkei hätte sie mit ihren 27 Divisionen attackiert und Schweden hätte sich der Hitler-Allianz angegliedert. ...

Valentin Michailowitsch Falin (*1926) war Berater des sowjetischen Partei- und Regierungschefs Nikita Chruschtschow sowie des Außenministers Andrei Gromyko. Von 1971 bis 1978 war Falin Botschafter der UdSSR in Bonn, leitete anschließend die Nachrichtenagentur Nowosti und war zweimal Direktor des Internationalen Ausschusses des Zentralkomitees der KPdSU, bis zu deren Auflösung 1991. Er ist bis heute ein gefragter Kommentator in russischen Medien. - Der obige Text ist die leicht redigierte und gekürzte Fassung des Vortrages, den Falin auf der "Souveränitätskonferenz" von COMPACT Magazin Ende November 2012 in Berlin hielt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Jahre 2014 im COMPACT-Spezial Nr. 4 (x350/41-43): >>**Stalin und die Chance zur Einheit**

_ von Klaus Höpcke

Friedensvertrag für Deutschland, Neutralität und freie Wahlen - das Angebot der sowjetischen Führung von 1952 wird im Westen bis heute als Bluff abgetan. Zu Unrecht, wie die Auswertung der Dokumente zeigt.

Am 10. März 1952 veröffentlichte die Regierung der UdSSR eine Note an die Regierungen

der USA, Großbritanniens und Frankreichs über die Grundlagen eines mit Deutschland abzuschließenden Friedensvertrages.

Das ist 60 Jahre her. Ich hatte seinerzeit mein Studium in Leipzig aufgenommen und bin als Student zum Zeitzeugen geworden. Uns frappte damals besonders der Wagemut, der darin bestand, für Gesamtdeutschland Parlamentswahlen anzubieten. Aufgrund des Übergewichtes der Bevölkerungs- und somit Wählerzahlen in der westdeutschen Bundesrepublik gegenüber dem Stimmenpotential im Osten fragten wir uns, ob in Betracht gezogen worden war, daß bei einem solchen Urnengang die Entwicklung, die wir in der DDR in Gang gebracht hatten, beeinträchtigt werden könnte. Dies hielten wir für nicht unproblematisch, versuchten es aber als Beitrag für das Gelingen eines Friedensvertrages zu verstehen.

Vor diesem Hintergrund war uns auf den ersten Blick um so unverständlicher, warum die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 25. März 1952 die "Stalin-Note" zurückwiesen. Bei der Suche nach Antworten wurden wir schon zehn Tage danach im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung fündig. Dort wurde aus einem Rechenschaftsbericht zitiert, den General Dwight D. Eisenhower, seinerzeit Oberkommandierender der NATO-Streitkräfte in Europa, am 2. April 1952 vorgetragen hatte.

Halbes Deutschland

Darin stand zu lesen: "Hier im Herzen Europas liegt ein 246.000 Quadratkilometer großes Gebiet mit einer Bevölkerung von annähernd 50 Millionen fleißiger und hochqualifizierter Arbeitskräfte.

Das an Bodenschätzen und Industrie reiche Westdeutschland erreicht allein die Hälfte der Jahresproduktion an Stahl der übrigen westeuropäischen Staaten zusammen. Die Kohlevorkommen des Ruhrgebietes und die Industriezentren, die es mit Energie versorgt, gehören zu den wichtigsten wirtschaftlichen Gegebenheiten in Europa überhaupt."

"Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb."

Konrad Adenauer

Und weiter: "Mit Westdeutschland auf unserer Seite würden die NATO-Streitkräfte in Mitteleuropa eine feste und durchgehende Front von der Ostsee bis zu den Alpen bilden." Nicht bekannt war uns zu jener Zeit die Kurzfassung der Eisenhower'schen Argumentation in dem Konrad Adenauer zugeschriebenen Satz "Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb."

Während in früheren Jahrzehnten die Erschließung von Quellen zur "Stalin-Note" sehr zu wünschen übrig ließ, kam es vor zehn Jahren zu einer spürbaren Erweiterung der Dokumentenbasis. Erstmals wurde ein Anfang März 2002 im Münchner R. Oldenbourg Verlag erschienen Buch dem deutschsprachigen Publikum mit Akten aus den Moskauer Archiven, vor allem dem des einstigen sowjetischen Außenministeriums, zur Entstehung der Note zugänglich gemacht. Wilfried Loth hat die Edition der Dokumente besorgt und kommentiert (Die Stalin-Note vom 10. März 1952: Neue Quellen und Analysen).

Bei der Lektüre wird für viele überraschend sein, wie anstoßgebend und mit welcher bemerkenswerter Beharrlichkeit das damals an der Spitze der DDR agierende Triumvirat aus Staats-, Regierungs- und Parteichef in Sachen Friedensvertrag Wünsche an die Regierung der UdSSR vorgebracht hat. In den Dokumenten kann man nachlesen, wie die sowjetischen Emisäre wieder und wieder an Josef Stalin und Wjatscheslaw was Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht für notwendig hielten.

Zweitens fällt auf, wie ernsthaft und stetig die sowjetische Seite westlichen Bedenken entgegenkam. Der Umfang der dokumentierten Berücksichtigung von Einwänden übertrifft das auch von mir Erinnerung und Erwartung deutlich. Friedensvertrag - Abzug aller Besatzungstruppen - gesamtdeutsche Wahlen zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden und neutralen Deutschlands: Um dieses dreifachen Zieles willen war die Regierung der

UdSSR zu einer Reihe von Zugeständnissen bereit, die erhebliche Abstriche von ihren ursprünglichen Entwürfen bedeuteten.

So wurde der Vorschlag, als erstes einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat zu bilden, fallen gelassen und empfohlen, daß die Regierung der DDR im Unterschied zu ihren früheren Konzepten an die Bonner Regierung die Forderung nach paritätischer Vertretung als Vorbedingung einer Beratung über Wahlen nicht mehr erhebt.

Östliches Entgegenkommen

Vergleicht man die veröffentlichte Fassung der Friedensvertragsgrundlagen mit vorherigen Varianten, stößt man auch da auf Zeichen des Entgegenkommens.

Ursprünglich ins Auge gefaßte Verbote wurden gestrichen, so etwa das Monopolverbot, das Verbot der Integration des Ruhrgebietes in die entstehende westeuropäische Kooperation und das Verbot des Dienstes deutscher Staatsbürger in ausländischen Armeen und Polizeieinheiten. Zur Militärfrage hieß es nur noch, Deutschland solle die Streitkräfte haben, "die für die Verteidigung des Landes notwendig sind".

Von fortgesetzten Reparationsleistungen war nicht mehr die Rede.

Von der Verpflichtung zu fortgesetzten Reparationsleistungen an die Siegermächte war ebenfalls nicht mehr die Rede. So spricht die "Aktenlage" Blatt für Blatt eine deutliche Sprache:

In Moskau waren vor 60 Jahren Politiker am Werke, die mit großem Ernst den Friedensvertrag mit Deutschland, den Abzug der Besatzungstruppen und gesamtdeutsche Wahlen zur Bildung eines vereinten demokratischen Deutschlands zu erreichen trachteten.

Nach Wortlaut, Sinngehalt und obwaltenden Bedingungen engen die in Loths Quellenedition enthaltenen Dokumente den Spielraum jener ein, die der "Stalin-Note" ihre Seriosität absprechen und sie als Trick darstellen wollen. So urteilt auch Loth in seinem Kommentar: "Ob es angemessen war, den (sowjetischen) Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands abzulehnen, wird man weiter kontrovers diskutieren können. Daß Stalin wirklich wollte, was er sagte: ein vereintes Deutschland außerhalb des westlichen Blocks, das die historische Entwicklungsstufe der sozialistischen Revolution noch nicht erreicht haben würde, daran kann nach der Rekonstruktion der Entstehung der sowjetischen Noteninitiative vom 10. März 1952 jedoch kein Zweifel mehr sein."

Friedensvertrag, gesamtdeutsche Wahlen, neutrales Deutschland.

Als Gegenkommentatoren kommen in dem Band des R. Oldenbourg Verlages Hermann Graml und Gerhard Wettig zu Wort. Zur Sache selbst haben sie wenig zu sagen. Keine einzige der von Loth gegebenen Deutungen der Dokumente findet sich bei ihnen vom Text her widerlegt. Statt dessen versucht Graml sich darin, Loth zu belehren, die von letzterem als "hochrangig" oder "denkbar prominent" angesehenen sowjetischen Politiker, die an der Ausarbeitung der Dokumente beteiligt waren, könnten bloß als "viertrangige Funktionäre" betrachtet werden. Des Weiteren streitet er mit Loth darüber, ob Stalin im Sommer 1951 zögerte oder nicht, wobei erkennbar ist, daß Graml für seine Version keineswegs mehr oder einleuchtendere Anhaltspunkte hat als Loth für seine Ansicht, ein Zögern habe es gegeben.

Westliche Abwehrreflexe

Über ein Hick-Hack zu derartigen, vom Gegenkommentator als "Kleinigkeiten" bezeichneten Stoffen läßt sich ein Sachdiskurs kaum zustande bringen. Darauf kommt es Graml und Wettig offenkundig auch gar nicht an. Da die Dokumente, wie sie nun einmal vorliegen, für die Leugnung der Ernsthaftigkeit des Friedensvertragsangebotes nichts hergeben, versuchen sich die beiden anders zu behelfen. Loth beschäftige sich zu sehr mit den Details, heißt es. Der Blick auf die Selbstgewißheit der harten Bolschewiki fehle. Die hätten beabsichtigt, das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der DDR auf Westdeutschland zu übertragen.

Der Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands im Hinblick auf Militärblockzugehörigkeit sei "mit der Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein identisch gewesen". Wet-

tig macht sich mit der Interpretation eines Lächelns lächerlich.

Darin, daß Außenminister Andrei Wyschinskis Gesicht sich bei der Entgegennahme der Absagen der Westmächte nicht verdüsterte, sondern aufhellte, wie dem US-Geschäftsträger Hugh S. Cumming, einem der Überbringer schlechter Nachrichten, auffiel, sieht er nun nicht etwa einen Ausdruck vielleicht von Ironie aus einem Gefühl der Überlegenheit heraus, sondern allen Ernstes einen Beweis dafür, daß die UdSSR-Führung eine konstruktive Aufnahme ihres Angebotes gar nicht wollte. ...

Und immer wieder: "lediglich als Manöver im Propaganda-Krieg gedacht", der "propagandistische Effekt", "ein Mehr an propagandistischer Brauchbarkeit". "Dogmatiker aller Systeme, vereinigt euch!" könnte als Sammelüberschrift über solchen Einlassungen stehen. In ihnen kann nicht sein, was nicht sein darf. In diesem Fall: Daß Spitzenpolitiker der Sowjetunion und der DDR Anfang der 50er Jahre für ein einheitliches demokratisches Deutschland eingetreten sind.

Scholastisch wie die Weigerung, Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, ist die von Graml und Wettig vorgenommene Gegenüberstellung von ernst gemeinten politischen Lösungsversuchen einerseits und der östlichen Beeinflussung der öffentlichen Meinung andererseits. Letzteres wird mit verurteilenswerter Propaganda gleichgesetzt und als Beleg für fehlende Ernsthaftigkeit politischer Absichten genommen. Und das schreiben Leute aus einem politischen Milieu, in dem psychologische Kriegsführung zum A und O des Politik-Machens gehört.

Keine Kriegs- oder Kalte-Kriegs-Handlung der USA ohne "War of Wits" (Krieg der klugen Köpfe). ... Das galt damals und gilt bis in die jüngsten Tage.

Die Stalin-Note

- Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt.
- Sämtliche Streitkräfte der Besatzungsmächte müssen spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrages aus Deutschland abgezogen werden.
- In Deutschland muß den demokratischen Parteien und Organisationen freie Betätigung gewährt sein; sie müssen das Recht haben, über ihre inneren Angelegenheiten frei zu entscheiden, Tagungen und Versammlungen abzuhalten, Presse- und Publikationsfreiheit zu genießen.
- Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat.
- Deutschland werden für die Entwicklung seiner Friedenswirtschaft, die der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes dienen soll, keinerlei Beschränkungen in Bezug auf den Handel mit anderen Ländern, die Seeschifffahrt und den Zutritt zu den Weltmärkten auferlegt.
- Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu besitzen, die für die Verteidigung des Landes notwendig sind.

_ Klaus Höpcke war von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, 1990 Volkskammerabgeordneter der PDS und von 1990 bis 1999 PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen. Er gehört dem Sprecherkreis des Marxistischen Forums in der Partei Die Linke an.<<

2015

Der Dumme schließt die Tür schlecht, der Faule lehnt sie nur an, und der Narr läßt sie offenstehen.

Sprichwort aus Japan

07.01.2015

USA: Herbert Ludwig berichtet am 7. Januar 2015 in seinem Internet-Blog "fassadenkratzer.wordpress.com" über die anglo-amerikanischen Elitenzirkel (x942/...): >>>**Die anglo-amerikanische Lenkung der Welt durch Elitenzirkel. Die Entstehung von Chatham**

House und Council on Foreign Relations

Es ist inzwischen vielen Beobachtern des Weltgeschehens keine Neuigkeit, daß die Außenpolitik der USA und damit ihre imperialistische Ausbreitung über die ganze Welt vom *Council on Foreign Relations* (Rat für auswärtige Beziehungen) mit Sitz in New York und Washington gesteuert wird.

Weniger bekannt ist seine enge historische, personelle und intentionale Verflechtung mit dem entsprechenden elitären Zirkel in England, dem *Royal Institute of International Affairs*, nach seinem Sitz auch *Chatham House* genannt. Der Historiker Markus Osterrieder ist in seinem umfangreichen Werk "Welt im Umbruch" der Entstehung und Zielsetzung beider Einrichtungen, die sich als private Think Tanks geben, detailliert nachgegangen.

Gemeinsamer Ursprung

Die Überzeugung, daß den Englisch-sprechenden Völkern, der "englischen Rasse", ein globaler Führungsanspruch gehöre, der sich in einer ständigen Weltherrschaft realisieren müsse, wurde in elitären Kreisen des britischen Empire und der USA schon seit Jahrhunderten gepflegt. Diese Idee nahm in vielfältigen persönlichen und institutionellen Verbindungen immer konkretere Gestalt an.

Im späten 19. Jahrhundert *hegten zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA den weitgefaßten Gedanken, daß sich in der westlichen Hemisphäre des Planeten ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden muß, eine "Atlantische Gemeinschaft" der Anglo-Saxon race oder auch, synonym gebraucht English-speaking peoples, welche den Führungsanspruch verwirklichen und damit "die Welt beständig beherrschen würde".*

Zu diesen Kreisen zählt insbesondere die 1909 um Lord Alfred Milner gegründeten Round Table-Gruppe. Zentrale Gestalten dieser Gruppe, die intensiv für einen Krieg gegen Deutschland gearbeitet hatte, waren auch an den "Friedensverhandlungen von Versailles" beteiligt. Milner selbst, ab 1916 Mitglied des englischen Kriegskabinetts, war kurz Kriegsminister und gehörte als Kolonialminister zu den Unterzeichnern des Versailler Vertrages.

Sein enger Vertrauter und Schüler Philip Kerr war als Sekretär von Premier Lloyd George an der Ausarbeitung des Versailler Vertrages beteiligt, und von ihm stammte die Formulierung des Alleinschuld-Paragraphen 231, der "Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich" machte, "die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben."

Trotzdem entsprach die 1919/20 entstandene Nachkriegsregelung nicht den Erwartungen des Milner-Kreises. Seine Pläne einer anglo-amerikanisch geführten wirtschaftlichen und politischen Ordnung der Welt hatten durch den Rückzug der USA in eine wieder mehr isolationistische Position einen herben Rückschlag erlitten. Europa sollte im eigenen Saft schmoren, war die Stimmung in der amerikanischen Politik, und der Senat lehnte die Ratifizierung der Pariser Friedensverträge und der Satzung des Völkerbundes ab. Damit war das Vorhaben, eine "Atlantische Gemeinschaft" zu schaffen, im ersten Anlauf gescheitert.

Doch viele der britischen und amerikanischen "Experten" hatten bei den Verhandlungen in Paris Kontakte geknüpft und Freundschaften geschlossen, die zu den im *Round Table* schon bestehenden hinzukamen. Der von der US-Bank J. P. Morgan & Co als Präsidentenberater nach Paris entsandte Thomas W. Lamont und Lord Robert Cecil vom Round Table faßten *den Entschluß, die künftige anglo-amerikanische Zusammenarbeit auf eine feste und dauerhafte institutionelle Grundlage zu stellen, um eine bessere politische Koordination zu ermöglichen und "Material zur Verfügung zu stellen, mit dessen Hilfe diejenigen, die am einflußreichsten sind und am meisten Wissen, Verständnis und perspektivisches Denken in außenpolitischen Angelegenheiten entwickeln, die öffentliche Meinung formen können."*

Am 30. Mai 1919 trafen sich im Pariser Hotel Majestic, dem Hauptquartier der britischen Delegation, eine britische und eine amerikanische Gruppe unter der Federführung der Briten und Round Table - Mitglieder Lionel Curtis, Philip Kerr, Lord Robert Cecil, Geoffrey Dawson und anderen sowie die Amerikaner Thomas W. Lamont, Tasker Bliss (Ex-Generalstabschef der US-Armee), Oberst Edward House (engster Vertrauter außenpolitischer Berater Präsident Wilsons) neben weiteren und einigten sich darauf, *auf privater Grundlage eine forschende und beratende politikwissenschaftliche Einrichtung mit Niederlassungen in London und New York entstehen zu lassen, welche die Formulierung einer gemeinsamen anglo-amerikanischen Politik anregen, fördern und lebendig erhalten sollte.* ...

Nachdem Robert Cecil und Thomas Lamont die Gemeinsamkeiten von Briten und Amerikanern gepriesen hatten, betonte Lionel Curtis anschließend in seiner Rede: Der zukünftige Frieden "würde davon abhängen, inwieweit die öffentliche Meinung in diesen Ländern richtig oder falsch wäre. Die richtige öffentliche Meinung wird in der Hauptsache von einer kleinen Zahl von Menschen hervorgebracht, die in wirklichem Kontakt zu den Tatsachen stehen und die Angelegenheiten durchdacht haben."

Ein Komitee, bestehend aus dem Briten Lionel Curtis und den Amerikanern Isaiah Bowman, Whitney Shepardson und James T. Shotwell, sollte das weitere Vorgehen im Detail ausarbeiten, *um ein gemeinsames anglo-amerikanisches "Zentrum der maßgeblichen Meinung" zu begründen. In jedem der beiden Länder sollte ein Institut eingerichtet werden, "das als eine Telefonzentrale zwischen ein paar hundert Menschen in jedem Land tätig sein würde. Diese würden die Außenpolitik verwalten und die öffentliche Meinung zum Thema erzeugen."*

Der Lebensraum von Lionel Curtis, von früh auf ein glühender Jünger Alfred Milners, ging in Erfüllung. Was unter dessen Führung zehn Jahre zuvor als Strategie konzipiert und im Round Table weiter bearbeitet worden war, begann konkrete Gestalt anzunehmen. In den USA herrschte allerdings in der Öffentlichkeit eine antibritisch aufgeladene Stimmung, die es den amerikanischen Kumpanen vorerst nicht geraten erscheinen ließ, in dieser Situation eine anglo-amerikanische Einrichtung zu gründen.

Royal Institute of International Affairs

In London dagegen wurde am 5. Juli 1920 das British (seit 1926 Royal) Institute of International Affairs (RIIA) gegründet. Es war von Anfang an fest in den Händen der Milner-Gruppe, insbesondere von Lionel Curtis, der sich gemeinsam mit D. M. Gathorne-Hardy um die Organisation kümmerte, und zum Beirat der Einrichtung zählten stets zahlreiche Personen, die dem Round-Table-Kreis nahestanden. "Zu dem kleinen Stab von festen Angestellten gehörte von der ersten Stunde an der Historiker Arnold J. Toynbee."

Die Mitgliederzahl wuchs von 300 Personen im Jahr 1920 auf 2.414 im Jahr 1936. Dank der Initiative von Lionel Curtis konnte RIIA 1923 die Räumlichkeiten des "Chatham House" auf dem Londoner St. James Square beziehen. Seit 1927 wurde die Hauszeitschrift unter dem Titel "International Affairs" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. ...

In Chatham House wurden in den folgenden Jahren Konferenzen und Diskussionsrunden abgehalten. Studiengruppen zu bestimmten weltpolitischen Themen eingerichtet, deren Thesen die hauseigene Zeitschrift veröffentlichte. "Politik" wurde in den Rang einer "objektiven" Wissenschaft erhoben, um an Autorität in der Öffentlichkeit zu gewinnen und den regierenden Kreisen faktische Orientierung zu gewährleisten.

Seit 2004 nennt sich das Institute "Chatham House" und ist auch heute noch der führende britische "Think Tank", wie die verschleierte Sprachregelung heißt. Von den bearbeiteten Themen werden "einzelne Schlüsselprojekte von der Rockefeller Stiftung, der Bill & Melinda Gates Foundation, der Konrad Adenauer Stiftung, der Nato oder der EU finanziert und gesponsert", berichtet Wikipedia, worin sich die Weite des bestimmenden atlantischen Einflusses auf die westliche Politik spiegelt. Aber die Verflechtung reicht noch weiter:

"Neben den *Corporate Members*, bestehend aus 75 Großkonzernen, Investmentbanken, Energiekonzernen und 263 weiteren Firmen, zählt das Chatham House derzeit 2.770 international tätige Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Diplomatie, Wissenschaft, Politik und Medien aus 75 Ländern zu seinen Mitgliedern und verfügte im Jahre 2012 über ein aus Wirtschaft, Stiftungen und Mitgliederbeiträgen generiertes Budget von 12 Mio. Euro" (Wikipedia).

Council on Foreign Relations in den USA

Im *Round-Table* schaute man 1920 mit Sorge nach Amerika. Man sah die Gefahr, daß die USA für die britischen Dominions ein gefährlicher Rivale auf den Weltmeeren werden könnten, woraus ein "Sog in Richtung Wettbewerb mit einem unweigerlichen Ende, einem weiteren Weltkrieg", entstünde, wie Philip Kerr in einem Brief schrieb.

Daher nannte sein Freund Robert Brand als ein Haupt-Motiv der Round-Table-Politik die Stärkung der Bande zwischen den englischsprechenden Völkern. Kerr und Curtis waren der Auffassung, die Amerikaner müßten zu ihrer Aufgabe in der Welt erzogen werden, "denn sie hätten noch 'einen kindlichen Glauben in die Tugenden der Demokratie und des Laissez-faires'." Das in den USA noch zu gründende Institut müsse wie Chatham House die Aufgabe haben, die "öffentliche Meinung" zu erziehen.

1921 war es auch in den USA soweit. Bereits am 1. Juni 1918 hatte hier der Morgan-Partner Elihu Root anlässlich eines Abendessens für dreißig geladene Gäste aus der Finanz- und Anwaltswelt im New Yorker Metropolitan Club einen außenpolitischen "Dinner-Club" mit Namen Council on Foreign Relations gegründet. Wenige Monate später schlugen ihm Isaiah Bowman und Whitney Shepardson vor, seinen Club mit dem Vorhaben der 21 Experten aus Paris zusammenzulegen.

"Aus dieser Fusion entstand in New York am 29. Juli 1921 das amerikanische Pendant des RIIA, das private Council on Foreign Relations (CFR) mit der Hauszeitschrift *Foreign Affairs*, das personell wie finanziell eng an J. P. Morgan & Co gebunden war." An der Gründung maßgeblich beteiligt waren Oberst Edward House, dessen Mitarbeiter in der Beratung Präsident Wilsons, der einflußreiche Journalist Walter Lippmann und die deutsch-stämmigen Bankiers Paul Warburg und Otto Hermann Kahn (Wikipedia). "Im CFR führend wurden alte Round-Table-Kontakte wie Shotwell, Coolidge, Lamont, John W. Davis, Norman H. Davis, Charles P. Howland, Paul D. Cravath, Bowman und Shepardson."

Die heute 4.500 Mitglieder setzen sich aus den einflußreichsten Eliten aus Politik, Finanzindustrie, Wirtschaft, Medien und Hochschulen zusammen. Präsidenten, Minister und Regierungsbeamte werden zu weiten Teilen aus dem CFR rekrutiert, das die Politik, insbesondere die Außenpolitik der USA weitgehend bestimmt.

"Die Aufgaben des CFR sind zum einen die Arbeit in den Diskussions- und Studiengruppen, zum zweiten Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, eine pro-internationalistische Außenpolitik der USA zu fördern und schließlich die Arbeit im Formulierungsprozeß US-amerikanischer Außenpolitik."

Auch für den CFR finanziert die Rockefeller-Stiftung wichtige Projekte, und eine seiner wichtigsten Säulen, das *David Rockefeller Studies Program*, trägt den Rockefeller-Namen. "Es beschäftigt 70 hauptberufliche sogenannte CFR-Fellows, die wirtschaftliche und politische Expertisen erarbeiten und über das bestehende Netzwerk an Entscheidungsträger übermitteln." (Wikipedia)

Die theoretische Grundlegung der Eliten-Herrschaft

Dem *kindlichen Glauben der Amerikaner an die Tugenden der Demokratie*, den die Round-Tabler Kerr und Curtis beklagt hatten, ging der ihren Ideen verbundene CFR-Mann Walter Lippmann gründlich zu Leibe. In seinem 1922 veröffentlichten Buch *Öffentliche Meinung*, einem der einflußreichsten Bücher seiner Zeit, zerlegte er die Vorstellung von der Mündigkeit und Urteilsfähigkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie. Er hielt es für unhaltbar,

daß jeder Durchschnittsbürger nach Studium der Tatsachen ein zutreffendes Urteil über politische und gesellschaftliche Fragen fällen könne.

"Stark beeinflusst von der philosophischen Richtung des Pragmatismus, die sein akademischer Lehrer in Harvard, der Philosoph William James, mitbegründet hatte, stritt Lippmann ab, daß der Mensch kraft seines Denkens zu einer realitäts- und wahrheitsgemäßen Erkenntnis gelangen könne. Der handelnde Mensch könne das Denken nur als eine Art Hilfe benutzen, um Tatsachen und Informationen der äußeren Welt zu sammeln, zu kombinieren und zu Ideen zusammenzufassen."

Abgesehen davon, daß diese Erkenntnistheorie, auf sich selbst angewendet, dann ebenfalls keine *realitäts- und wahrheitsgemäße Erkenntnis* sein kann und so in sich zusammenfällt, verfiel Lippmann dann im weiteren in die Inkonsequenz, die Experten von diesem behaupteten allgemeinen menschlichen Unvermögen auszunehmen und sie nur auf den Durchschnittsmenschen zu beziehen.

Bei diesem komme ein weiterer Mangel hinzu. Der Mensch verzerre die Wahrnehmung von Realität notwendigerweise durch Emotionen, Gewohnheiten und Vorurteile. Er sehe nur, was er suche, zu was er durch Erziehung und Erfahrung geführt werde. Sein Urteil erfolge gemäß den Stereotypen, die ihm sein kulturelles Umfeld auferlege. Für den Durchschnittsbürger sei die Welt viel zu groß und zu kompliziert für sein Verständnisvermögen. Man dürfe dem Urdogma der Demokratie nicht mehr glauben:

"Das Wissen, das man zur Bewältigung der menschlichen Angelegenheiten braucht, entspringt spontan dem menschlichen Herzen." Man müsse sich von "der unerträglichen und undurchführbaren Fiktion" verabschieden, "daß jeder von uns eine kompetente Meinung über öffentliche Angelegenheiten erwerben müsse." Das sei eben grundsätzlich nicht möglich.

Politische und soziale Themen sollten besonderen Experten vorbehalten bleiben, die sich in eigens geschaffenen Instituten und Einrichtungen durch ihre wissenschaftlichen Methoden über die gesellschaftlichen "Stereotypen" hinwegsetzen könnten. "Ihr Rat solle das Urteil der Regierenden vorformen, und die Regierung solle das Urteil der Öffentlichkeit zur Zustimmung oder Ablehnung vorlegen." Was auch wieder inkonsequent und wohl als eine Konzession gedacht ist. Denn, so Lippmann wörtlich:

"Das allgemeine Interesse entzieht sich zum größten Teil vollständig der öffentlichen Meinung und kann nur von einer spezialisierten Klasse gehandhabt werden." Dem Außenstehenden stehe ein eigenes Urteil über die ausschlaggebenden Tatsachen nicht zu. Aufgabe der Medien sei es, wie ein Scheinwerfer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema zu lenken. "Wahrheit" könnten die Medien aber nicht vermitteln.

In seinem 1925 veröffentlichten Folgeband *Die Phantomöffentlichkeit* wurde Lippmann noch drastischer. "Der Durchschnittsbürger besitze weder die Fähigkeit noch das Interesse, das gesellschaftliche Leben zu gestalten. Die Theorie der direkten Demokratie sei schlichtweg falsch, sie gehe von einer Abstraktion, eben einer 'Phantomöffentlichkeit' aus. Man müsse vielmehr zwischen Insiders und Outsiders unterscheiden - zwischen jenen, die Zugang zu Informationen besäßen, und jenen, die keinen Zugang hätten."

Ein Kritiker schrieb dazu, Lippmann wolle "eine Aristokratie des Geistes und des Charakters verwirklichen, deren Mitglieder sich der Aufgabe widmen, die Demokratie zum Besten zu gestalten, ob es der Pöbel will oder nicht."

In der Tat ist es ein zentraler Angriff auf die Früchte der gesamten europäischen Geistesentwicklung, die in den wachsenden Fähigkeiten und dem tiefen Streben nach Selbstbestimmung und Freiheit jeder menschlichen Individualität bestehen. Lippmann lieferte den theoretischen Rahmen, in dem aus "Think-Tanks" genannten Hintergrund-Instituten eine neue Aristokratie in arroganter Selbstgewißheit das öffentliche Leben über die Köpfe der betroffenen Menschen hinweg gestaltet.

Das bedeutet ein reaktionäres Zurückführen der Entwicklung in die Zeit der Adelherrschaft vor der Französischen Revolution. Dabei dient die ganze Theorie einer prinzipiell notwendigen Elitenherrschaft nur als Fassade, hinter der die gruppenegoistischen Interessen dieser Eliten verfolgt werden. *Chatham House* und *Council on Foreign Relations* bilden mit ihren Ablegern in vielen Ländern die einflußreichsten dieser Machtschmieden, von denen die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entscheidungen des anglo-amerikanischen Imperialismus vorbereitet und gesteuert werden.

... Markus Osterrieder: Welt im Umbruch, Stuttgart 2014 ...<<

10.01.2015

Rußland: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (3/2015) berichtet am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**

Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.

"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."

Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.

"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.

In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.

"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"

Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.

Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.

"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.

Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.

"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<

24.01.2015

BRD: Die Wochenzeitung "Gala" berichtet am 24. Januar 2015: >>**Joachim Gauck.**

Der Bundespräsident und die Frauen in seinem Leben

Joachim Gauck wird 75. Mit der First Lady wird er wohl nicht feiern - eher mit der "First Freundin", wie Daniela Schadt schon genannt wurde.

Wenn Bundespräsident Joachim Gauck heute seinen 75. Geburtstag feiert, wird die First Lady nicht an seiner Seite sein. Eher die Second Lady.

Die First Lady heißt Gerhild Gauck, genannt Hansi, und sie ist seit 56 Jahren mit Joachim Gauck verheiratet. Hansi ist 74 Jahre alt, sie hat vom amtierenden Bundespräsidenten vier Kinder, die mittlerweile erwachsen sind.

Trennung 1991

Seit 1991 ist die First Lady von ihrem Mann getrennt. Eine Scheidung hat sie bislang abgelehnt. Der Frankfurter Rundschau sagte sie: "Mein Mann und ich kennen uns, seitdem wir 14 Jahre alt waren. Wir waren 19, als wir geheiratet haben. Ich denke, das wird auch so bleiben." Auch Joachim Gauck hat eine Scheidung nicht in Erwägung gezogen. Wie auch? Der Bundespräsident ist im Hauptberuf evangelischer Geistlicher, das Gelöbnis eines lebenslangen Bundes ist für ihn als Kirchenmann "eine selbstverständliche Verpflichtung".

Die "First Freundin"

Die Second Lady heißt Daniela Schadt. Die politische Journalistin ist 55 Jahre alt und lebt mit Gauck in der Dienstvilla des Bundespräsidenten im Berliner Nobelvorort Dahlem. Kinder hat das Paar nicht.

Eigentlich ist Daniela Schadt auch keine Second Lady, sondern eine "First Freundin", wie die "Welt" sie bezeichnet hat. Denn wie gesagt: Gauck ist ja immer noch mit Hansi verheiratet.

So hat "Deutschland einen Präsidenten, in dessen bewegender privater Lebensgeschichte die Tragik, Euphorie, Hoffnung und die Versäumnisse eines ganzen Landes komprimiert scheinen", schreibt die "Rheinische Post".

"Große romantische Liebe"

Joachim und Hansi Gauck stammen aus Rostock. Beide haben einen tragischen Familienhintergrund. Sein Vater, ein Kapitän und Werft-Inspektor, wird von der kommunistischen Führung der Spionage und "antisowjetischen Hetze" bezichtigt und nach Sibirien verbannt. Er kommt als völlig gebrochener Mann zurück. Und Hansis Mutter begeht Selbstmord, als das Kind zehn Jahre alt ist.

Die beiden klammern sich aneinander. Er sei "berufen", erzählt Gauck später, "sie vor kommandem Unheil zu schützen". Die Liebe zur Literatur habe sie zum Paar werden lassen. "Du bist für mich, ich bin für dich erwählt", lautet das Dichterwort, mit dem er ihr seine Liebe versichert. "Wir waren arm und reich, denn wir beschenkten uns beständig mit Zutrauen, Zärtlichkeit und schließlich einer großen romantischen Liebe."

Sparen für die Ringe

Hansis Rückblick ist etwas prosaischer: "Als mein Mann und ich mit 18 Jahren beschlossen, daß wir heiraten wollen, hatten wir kein Geld. Wir waren ja noch Oberschüler", sagte sie der Zeitschrift "Bunte". "Also haben wir angefangen, jeden Monat fünf Mark für die Eheringe zu sparen. Das haben wir auch lange gemacht. Dennoch reichte unser Geld nicht. Eine Freundin hat uns dann noch etwas dazugegeben. Als wir 19 waren, konnten wir uns die Ringe endlich leisten. Deshalb hänge ich so an diesem Schmuckstück. Wir haben uns den Ring sprichwörtlich vom Mund abgespart."

Doch dann, 1991, die Trennung. Die DDR existiert nicht mehr, das Land ist wiedervereint und Gauck aufgestiegen. Erst Volkskammer-Abgeordneter, dann, ab 1990, Beauftragter für die Stasi-Unterlagen, Chef der nach ihm benannten Gauck-Behörde, einer der populärsten Männer in Ostdeutschland. Die Trennung fällt ihr offenbar schwerer als ihm. "Ich mußte erst lernen, daß er weg ist."

Der Grund für die Trennung

Warum hat er sich nach über drei Jahrzehnten von Hansi getrennt? "Mit relativ gutem Gewissen habe ich die Familie dem Beruf nachgeordnet", sagt Gauck später. Er sei in seinem Rostocker Pastorenamt vollends aufgegangen, der "Vorrat an Gemeinsamkeiten" habe gefehlt, "das notwendige Maß an Auseinandersetzung".

Etwas konkreter wird Mario Frank. Der ehemalige Geschäftsführer des "Spiegel"-Verlags hat die erste umfassende Gauck-Biographie geschrieben, die 2013 bei Suhrkamp erschienen ist. Etwa zehn Mal traf sich Frank zu Gesprächen mit Gauck, der auch an das Manuskript selbst mit Hand anlegte.

Gauck und die Frauen

Das Buch beschreibt ausführlich Gaucks besondere Beziehung zu Frauen. "Er kann unheimlich flirten. Und dabei ist es ihm ganz egal, in welchem Alter die Frau ist", so zitiert Mario Frank eine Jugendfreundin.

Gauck selbst hat unumwunden zugegeben, daß er sich bei seinen Touren in das vor dem Mauerbau noch offene West-Berlin von einer jungen Studentin angezogen fühlte - von der Schwägerin des Schriftstellers Uwe Johnson. "Verführerisch", sei sie gewesen, doch erlegen sei er ihr nicht.

Neu verliebt

1990 verliebte sich Joachim Gauck in die Journalistin Helga Hirsch, 66. Die Warschauer Korrespondentin der Wochenzeitung "Die Zeit" war wohl der wahre Grund für die Trennung von Hansi. Nach acht Jahren trennte sich Hirsch von Gauck. Franks Biographie zitiert sie so: "Es war mir zu viel Nähe, das hat mich in Panik versetzt." Der Autor glaubt allerdings, Helga Hirsch habe es nicht ertragen, daß Gauck sich nicht von seiner Ehefrau scheiden ließ.

Aus dem Leben des Joachim Gauck ist die Journalistin allerdings nicht verschwunden. Laut Mario Frank arbeite sie stundenweise "als Beraterin" des Bundespräsidenten, offensichtlich eine Vertraute, die er nicht missen mag. Da lassen sich Kontakte zu Daniela Schadt kaum vermeiden, muß ja auch nicht sein.

Daniela Schadt

Schadt entstammt einer Familie von Hanauer Lackfabrikanten. Nach dem Studium in Frankfurt/Main wurde sie Journalistin bei der "Nürnberger Zeitung", wo sie als Chefin das Ressort Innenpolitik betreute. Gauck lernte die unprätentiöse Redakteurin, der ein trockener Humor nachgesagt wird, 2000 bei einem Vortrag in Nürnberg kennen. Sie wurden ziemlich rasch ein Paar.

Nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gab Daniela Schadt ihren Zeitungsjob in Nürnberg auf und zog zu "meinem Mann" nach Berlin. Der "Spiegel" schilderte eine Episode, wie bestimmt, aber unaufgeregt die Lebensgefährtin des Bundespräsidenten im Hintergrund agiert.

Schiller oder Goethe?

Bei einem Staatsbesuch in den Niederlanden habe man mit Journalisten im Gästehaus der Deutschen Botschaft in Den Haag beisammen gesessen: "Gauck wurde gefragt, ob er, der als Bürger der DDR eng mit den Freiheitsbewegungen Osteuropas vertraut sei, überhaupt einen Bezug zu den Niederlanden habe. Na und ob die Niederlande ihm nahe gewesen sei, antwortete Gauck, gerade wegen ihres mutigen Freiheitskampfes. "Sie müssen sich den 13-jährigen Gauck vorstellen, wie er abends im Bett seinen Egmont las." Er meinte das große Trauerspiel über den niederländischen Freiheitskämpfer Lamoraal Graf von Egmont. "Ja, ja, ich habe überhaupt viel Schiller gelesen, damals", schob Gauck noch hinterher.

Schadt sah ihren Mann irritiert an. "Ähm, Jochen, der Egmont ist aber von Goethe." - "Was?" - "Der ist von Goethe, der Egmont. Nicht von Schiller."

Ein kurzer Moment der Stille. "Ja, ja, klar", sagte der Präsident schließlich. "Ich meinte die anderen Sachen von Schiller."

Hansi Gauck in Rostock

Während Daniel Schadt und Joachim Gauck nun in Berlin wohnen, lebt Hansi Gauck, die wahre First Lady, allein in Rostock. Seit 24 Jahren. "Das mußte ich mir hart erkämpfen", sagte sie "Bunte".

Manchmal sieht sie im Fernsehen ihren Mann und seine "First Freundin", beispielsweise bei der Eröffnung des Bundespresseballs. Es scheint ihr nicht viel auszumachen. "Er muß halt tanzen, das gehört zum Amt einfach dazu."<<

05.05.2015

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 5. Mai 2015: >>Zweiter Welt-

krieg: So grausam wüteten die Amerikaner

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten

Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harlfinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

24.05.2015

BRD: Der deutsche Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN) erklärt in einem Online-Video vom 24. Mai 2015 (x354/82): >>... Jedes Jahr sterben mehr Deutsche, als geboren werden. Das liegt zum Glück daran, daß die Nazis sich auch nicht besonders vervielfältigen und deshalb sind wir auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen.<<

29.06.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 29. Juni 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über den Islam (x947/...): >>Islam und Gewalt - Gehört der Islamismus zum Islam?

Innenminister Thomas de Maizière äußerte am 17.5.2010 gegenüber der Süddeutschen Zeitung, der Islam sei im Gegensatz zum Islamismus bei uns willkommen. Die Zeitung "Die Welt" faßte am 31.1.2015 Angela Merkels im Interview gemachte Aussage über Islam und Islamismus in der Schlagzeile zusammen: *"Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht."*

Gewalt und Terror, durch die radikale Strömungen im Namen des Islam die Errichtung einer religiös legitimierten Gesellschafts- und Staatsordnung anstreben, werden vom eigentlichen Islam getrennt, der als friedliche Religion damit nichts zu tun habe, sondern ideologisch mißbraucht werde. Der Islam gehöre wie Judentum und Christentum inzwischen auch zu Europa und Deutschland und sei eine Bereicherung für die Kultur des Landes.

Dies ist die Sprachregelung der politischen Klasse und ihrer medialen Lautsprecher. Wer Kritik am Islam selbst übt, mit dem auch Gewalt verbunden sei, und Sorgen vor einer Überfremdung äußert, gegen den werden die Diskriminierungs-Keulen Islamfeindlichkeit, Islamphobie

oder gar Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geschleudert. Doch begeben wir uns in das verminte Feld, um Klarheit zu suchen. ...

Der Islam hat keine einheitliche, geschlossene Kirchenorganisation, sondern stellt sich als eine Vielheit von Strömungen und Sekten dar, die unverbunden nebeneinander bestehen und sich zum Teil mit Worten und Waffen bekämpfen.

Es gibt die große Masse der frommen Muslime, die still und friedlich ihren Glauben und ihre religiösen Übungen leben, und es gibt starke militante Strömungen, die einer gewaltsamen Ausbreitung des Islam das Wort reden. Aber alle berufen sich auf Mohammed und das durch ihn geoffenbarte Gotteswort Allahs im Koran. Ist hier die Gewalt von vorneherein veranlagt, und es hängt nur jeweils vom Charakter, der Volks- oder Stammeszugehörigkeit und dem inneren Skrupel der Muslime ab, ob sie sich zur Gewalt entschließen oder nicht?

Die Entwicklung der Gewalterlaubnis im Koran

Ein Zusammenhang zwischen Gewalt, Terrorismus und Islam wird von vielen Muslimen nicht bestritten. *"So merkt etwa die islamische Theologin Hamideh Mohagheghi an: 'Wiederholt zu sagen, daß dies alles nichts mit dem Islam' zu tun habe, führt nicht weit und verkommt zu einer unglaublichen Parole."*

Der Koran steckt allerdings voller Widersprüche. In ihm stehen z.B. Verse, die zu Freundlichkeit gegen Christen aufrufen und andere, in denen Christen zur Hölle verdammt werden. Verse appellieren an ein friedliches Zusammenleben, andere an eine gewaltsamen Unterwerfung Andersgläubiger.

Mark A. Gabriel, früherer Professor für Islamische Geschichte an der Azhar-Universität in Kairo, der angesehensten Universität des Nahen Ostens, macht darauf aufmerksam, daß der Koran im Laufe von 22 Jahren entstanden ist, in denen Mohammed, seine Anhänger und der Islam sich von einer friedlichen Religionsgemeinschaft zu einer religiös-politischen Kampf-gemeinschaft entwickelt haben.

"Es gibt im Koran mindestens 114 Verse, die von Liebe, Frieden und Vergebung sprechen, besonders in der Sure mit dem Titel "Die Kuh" (Sure 2,62; 109)."

Dem steht die Sure 9 Vers 5 gegenüber: "Tötet die Götzendiener, wo immer ihr sie findet, und ergreift sie und belagert sie und lauert ihnen aus jedem Hinterhalt auf. Wenn sie jedoch in Reue umkehren und das Gebet verrichten und die Steuer zahlen, laßt sie ihres Weges ziehen. Siehe, Allah ist verzeihend und barmherzig."

"Dies ist als der "Vers des Schwertes" bekannt, und der erklärt, daß Muslime jeden bekämpfen müssen, der sich nicht zum Islam bekehren will, ob innerhalb oder Außerhalb von Arabien. Darin sieht man die endgültige Entwicklung des Dihad im Islam."

Um die Widersprüche aufzulösen, mußten die islamischen Gelehrten entscheiden, welche Verse im Falle eines Widerspruches zu befolgen seien, und sie beschlossen, daß neuere Offenbarungen die älteren Offenbarungen aufheben. Die Suren stehen, zusätzlich verwirrend, im Koran nur leider nicht in der zeitlichen Reihenfolge ihrer Offenbarung. Entscheidend ist also nicht die Reihenfolge im Koran, sondern daß in einem konkreten Fall später entstandene die ihnen widersprechenden früheren aufheben, also an ihre Stelle treten.

Anfangs waren die Botschaften, die Mohammed geoffenbart wurden, friedlich und freundlich, um Menschen anzuziehen. Er mahnte zur Missionierung und zum Ertragen der Feindseligkeiten. *"In dieser Phase unterschied sich der in der Entstehung begriffene Islam mit den in Mekka verkündeten moralischen Prinzipien nicht allzu sehr vom Juden- und Christentum, von denen er vieles übernommen hatte."*

Mohammed war in dieser Zeit *"Sprecher einer geläuterten, monotheistischen Gotteserkenntnis und Vertreter eines echten religiösen Ethos, was zu dieser Zeit etwas ganz Neuartiges, Einmaliges und Unabdingbares darstellte."*

Doch die Umstände veränderten sich. Mohammed traf in Mekka, der Stadt, wo er seine Bot-

schaft erstmals predigte, auf viel Widerstand, so daß er sie im Jahre 622 verließ. Er ging nach Yathrib, in eine Stadt, die heute Medina heißt, wo er eine Militärmacht aufbaute und die Zahl seiner Anhänger vergrößerte.

Nachdem sich 624 aus dem vorgesehenen Überfall Mohammeds auf eine mekkanische Karawane eine regelrechte Schlacht entwickelte, in der die zahlenmäßig unterlegenen Anhänger Mohammeds nach Aussage des Korans mit Hilfe des Engels Gabriel und 5.000 seiner Engel siegten, wurde es den Muslimen nun geboten, die Feinde aktiv zu bekämpfen. Da die in Medina ansässigen Juden den Islam und Mohammed in der Nachfolge biblischer Propheten nicht anerkannten, ging er schließlich kriegerisch gegen sie vor.

"Besonders hart war das Los der Banu Koreiza, eines jüdischen Stammes, der mit Mohammeds mekkanischen Gegnern konspiriert hatte. Die 700 Männer dieser Volksgruppe mußten in Medina in ein für sie ausgeschachtetes Massengrab hinabsteigen, die Hinrichtung währte den ganzen Tag über, ging noch am Abend mit Fackelschein weiter. Die Frauen und Kinder verfielen der Sklaverei."

In Medina stieg Mohammed auch zum unumschränkten politischen Herrscher auf und legte den Grund für eine in dieser Form bisher unbekannte Glaubens- und Kampfgemeinschaft, eine Symbiose eines sozialreligiösen und politischen Systems.

Als Mohammed diese Macht erlangt hatte, *"war er in der Lage, zurückzukehren und Mekka und die umliegenden Gebiete zu erobern. Der Islam wandelte sich von einer geistlichen Religion in eine politische Revolution."*

Nach der Einnahme von Mekka 630 wurden die Juden und die Christen zu Feinden des "wahren Glaubens" erklärt, die man bekriegen müsse, bis sich jeder Einzelne in demütigender Haltung dem Machtbereich des Islam unterwerfe und den muslimischen Siegern den Tribut entrichte. Die eigentlichen "Heiden" dagegen haben nur die Wahl zwischen der Annahme des Islam oder dem Tod. Vollwertige Mitglieder der islamischen Gesellschaft konnten nur männliche Muslime sein; Sklaven, Frauen und Ungläubige galten als nicht gleichwertig.

Man muß also festhalten, daß Gewalt im Koran nicht verboten, sondern erlaubt und sogar geboten wird. Auch der meist unvollständig zitierte Vers 32 der 5. Sure *"enthält nur ein Tötungsverbot der Muslime untereinander, das nicht gilt, wenn jemand einen Mord begeht oder Krieg gegen Allah und seinen Gesandten führt und Verderben im Land stiftet."*

Zugleich gebietet Allah auch die gewaltsame Ausbreitung des Islam, die durch den Dschihad geschieht, der gemeinhin "Heiliger Krieg" genannt wird.

"Sechzig Prozent der Koranverse handeln von Djihad. ... Der Djihad wurde zur grundlegenden Triebkraft des Islam."

"Der Djihad ist die Motivation hinter fast jedem terroristischen Akt, der im Namen des Islam verübt wird."

"Den Djihad finden wir im Koran als einen zwingenden Befehl an alle Muslime vor. Im Djihad geht es darum, Menschen, die den Islam nicht annehmen, zu unterwerfen. Zur Zeit Mohammeds wurde daher der Djihad regelmäßig gegen Christen und Juden praktiziert, wie auch gegen Menschen, die Götzen verehrten - gegen jeden, der sich nicht zum Islam bekehrte. Jene, die den Islam ablehnen, müssen getötet werden. Wenn sie sich (vom Islam) abkehren, ergreift sie, tötet sie, wo immer ihr sie findet (Sure 4,89)".

Das Endziel ist erst erreicht, *"wenn auch das Gebiet der Feinde dem Gebiet des Islam angegliedert wird, wenn der Unglaube endgültig ausgerottet ist und wenn sich die Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islam unterworfen haben."*

"Der Djihad wird geführt, um das letzte Ziel des Islam zu erreichen - eine islamische Herrschaft über die ganze Welt zu errichten. Der Islam ist nicht einfach nur eine Religion; er ist auch eine Staatsform."

Die Gewalt im islamischen Recht

Da der Islam nicht nur eine Religion ist, sondern eine die ganze Existenz des Menschen, auch das gesellschaftliche und staatliche Leben überformende Handlungsanleitung, gerinnen die religiösen Vorschriften prägend in das islamische Recht (Scharia), dem neben dem Koran auch die Sunnah, der Brauch, die Tradition, zugrunde liegen.

Allah hat den Menschen unter bestimmten Umständen das Recht übertragen zu töten, so den Kämpfern im Dschihad, die das Recht haben, ihre Feinde zu eliminieren. Die Mudschahedin (die den Dschihad Ausübenden) wurden dabei zur treibenden Kraft der islamischen Glaubens- und Kampfgemeinschaft. Ihnen steht für ihren Einsatz im Dschihad das Recht auf vier Fünftel der Kriegsbeute zu, und sie haben als Einzige die Gewißheit, beim Tod im Dschihad als Shahid sofort den Eintritt ins Paradies zu erhalten, da sie als "Gläubige" einen Vertrag mit Allah geschlossen haben.

Der Dschihad *"als Gemeinschaftsaufgabe bedeutete damit eine ständige Einlösung des Prinzips 'Teilhabe durch Unterwerfung' - Teilhabe am Sieg und an der Beute, deren Verteilung das im Kern von Mohammed geschaffene Beuterecht regelt, und damit Teilhabe an dem Gefühl religiöser Mächtigkeit (Sure 8:17), Teilhabe am Rausch des Todes (50:19), an der Märtyrerehre und am direkten Eintritt ins Paradies, der einem die sonst drohende Folter im Grab ersparte."*

Wesentlicher Bestandteil der Scharia ist auch das Wirken Mohammeds als übergeschichtliche Wahrheit und nachzueiferndes Ideal des irdischen und religiösen Lebens, das in den sogenannten Ahadith-Sammlungen rund 200 Jahre nach seinem Tod wirksam wurde.

"Mitte des 9. Jahrhunderts war die Zusammenstellung und systematische Ordnung der als authentisch angesehenen Überlieferungen abgeschlossen. Das ... normgebende Verhalten und Vorbild Mohammeds wurde als Sunnah neben dem Koran zur verbindlichen Grundlage des islamischen Rechtes ... erhoben" und damit viele Aspekte des sozialen islamischen Lebens geregelt.

Die geschichtlichen Eroberungen

Bereits unmittelbar nach Mohammeds Tod setzte unter den Kalifen (= Nachfolgern des Gottgesandten), den religiös-politischen Führern, eine gewaltige Expansion ein, um dem Gebot des Koran zu folgen, die Welt durch den Dschihad zum Islam zu bekehren. In fanatischer religiöser Begeisterung eroberten ihre Reiterheere in kurzer Zeit Palästina, Syrien, das mesopotamische Tiefland, das iranische Hochland, das heutige Pakistan und Afghanistan, dann Ägypten und ganz Nordafrika, sowie schließlich ganz Spanien, bis ihr weiteres Vordringen nach Europa von einem europäischen Heer unter Karl Martell in Südfrankreich gestoppt wurde. Einzigartig ist *"die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren (vom 7.-8. Jahrhundert) ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte."*

Es war der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte. *"Die islamische Geschichte, die mein besonderes Fachgebiet war, war nur als ein einziger blutiger Strom zu charakterisieren."*

"Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich. ... 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berüchtigte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).

Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt. Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze

armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: "Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen."

Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam."

"Seit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das "Haus des Islam" und das "Haus des Krieges". ... Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen."

Der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert sagte daher kategorisch: *"Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren."*

Das Ziel war zugleich die universelle Geltung der politischen Ordnung des Islam, die Herren und Unterworfenen streng absondert und die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht.

"In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, "Dhimmi. ... Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer.

Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als "Dhimmi" kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein "Dhimmi" zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet."

Der Wille zur Welteroberung besteht vielfach fort

Thomas Tartsch weist auf zwei Vordenker des modernen Dschihad hin, den außerordentlich einflußreichen Pakistaner Sayyid Abul Ala Maududi (1903-79) sowie in dessen Folge den Ägypter Sayyid Qutb (1906-66), Theoretiker der 1928 gegründeten arabisch-sunnitischen Muslim-Bruderschaft.

Maududi propagierte unter Berufung auf den Koran und Mohammed, daß global die vollständige Unterwerfung jedes einzelnen Menschen unter den Willen Allahs erreicht werden müsse. Durch die ausnahmslose Hinwendung aller Menschen zu Allahs irdischer Weltordnung *Scharia* werde das Böse insgesamt und damit jegliches Unrecht endgültig überwunden. Diesen islamischen Idealstaat unter dem Gesetz der *Scharia* gelte es anzustreben. Das sei Allahs Auftrag an die Muslime.

Der *Dschihad* müsse selbstredend auch gewalttätig sein. Wenn für die rechte Führung der Menschheit und die Errichtung des islamischen Idealstaates die Ausübung von Gewalt vonnöten sei, werde sie angewendet. Schuld daran seien die verblendeten Ungläubigen.

Diese Doktrin Maududis vom Dschihad als legitimem Krieg gegen jene Regierungen, die die Unterrichtung des Volkes im wahren Islam verhindern, hatte bedeutende Auswirkungen auf die politischen Bewegungen im Islam, vor allem aber auf Sayyid Qutb. Dieser entwickelte in

seiner Schrift "Zeichen auf dem Wege" die Theorie einer Avantgarde von entschlossenen Muslimen, die dem Beispiel Mohammeds und seiner Gefährten folgend alles unternehmen, um die uneingeschränkte Souveränität Allahs auf Erden zu errichten.

So formulierte, wie Egon Flaig aufmerksam macht, der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna konsequent:

"Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden."

Das sind die nächsten Schritte der Welteroberung. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in über 70 Ländern, auch in Europa und den USA. Sie "hatte in Deutschland im Jahr 2005 nach Angaben des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1800 Mitglieder." (Wikipedia)

Sie nutzt hier eine Vielzahl 'Islamischer Zentren' für ihre Aktivitäten mit dem vorrangigen Ziel, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen und für die konsequente Anwendung des Koran und der Sunnah zu gewinnen.

Islam und Islamismus sind nicht zu trennen

Das Vorstehende zeigt, daß Islam und Islamismus nicht zu trennen sind. Der Islamismus greift nur konsequent den Eroberungs- und Unterwerfungsanspruch des Islam auf, dessen gewaltsame Realisierung die Geschichte durchzieht und die im Koran wie in der Sunna, also auch im Vorbild Mohammeds ihre Legitimation findet.

Der Islamwissenschaftler Tilman Nagel macht daher geltend, eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus sei "ohne Erkenntniswert".

"Islam und Islamismus sind so lange nicht voneinander zu trennen, wie Koran und Sunna als absolut und für alle Zeiten wahr ausgegeben werden." Der Islam sei von Hause aus - mit Ausnahme der philosophisch-theologischen Richtung der Mu'tazila - fundamentalistisch.

"Auch wenn es die meisten Muslime nicht wahrhaben wollen, der Terror kommt aus dem Herzen des Islam, er kommt direkt aus dem Koran." (Zafer Senocak, türkischer Schriftsteller) Und der Journalist Henryk Broder zieht den Vergleich, der Unterschied zwischen Islam und Islamismus sei so wie der zwischen Alkohol und Alkoholismus.

Es ist richtig, daß die meisten Muslime, auch in Deutschland, still und friedlich ihre Religion ausüben. Sie schöpfen das Potential von Expansion, Gewalt und totaler Gottesherrschaft für ihr Lebensumfeld nicht aus. Aber es kann jederzeit in geeigneten Situationen durch geschulte fanatische Islamisten in ihnen geweckt werden. Das Netz der von Saudi-Arabien und der Türkei finanzierten Moscheen bietet dazu die Möglichkeit und wird ja auch in gewissem Maße bereits genutzt.

Sicher, auch Christen üben Gewalt aus, und in der Geschichte ist im Namen des Christentums viel Leid, Not und Tod verbreitet worden. Doch im Unterschied zum Islam ist im ursprünglichen Christentum die Gewalt nicht veranlagt, und ihre Anwendung bedeutet einen Abfall von der Lehre und dem Vorbild Christi.

Der französische Philosoph Blaise Pascal (1623-1662) schrieb dazu: *"Mohammed hat eine Herrschaft begründet, indem er mordete, Christus, indem er sich morden ließ. Mohammed hat Mittel und Wege gewählt, um nach menschlicher Auffassung zu siegen, Christus, um nach menschlicher Auffassung zu unterliegen."*

Egon Flaig schließt seinen Artikel in der FAZ mit folgender Perspektive:

"Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuel-

len, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die 'Religion der Erhabenheit'. Dazu könnte er werden." ...<<

02.09.2015

Schweiz: Der deutsche Autor Thilo Sarrazin (Volkswirt und ehemaliger SPD-Politiker, von 2002-2009 Finanzsenator im Berliner Senat) berichtet am 2. September 2015 in der schweizerischen Wochenzeitung "DIE WELTWOCHEN" über die kulturelle und ethnische Umwandlung Europas (x884/...): >>>Europa schafft sich ab

Als vor fünf Jahren mein Buch "**Deutschland schafft sich ab**" erschien, waren die Analysen und Schlußfolgerungen darin für viele Politiker und Journalisten ein Skandal. Ich mußte viele persönliche, auch ehrverletzende Angriffe erdulden. Die in dem Buch beschriebenen Fakten und Zusammenhänge wurden jedoch konkret nie widerlegt. Die meisten Kritiker scheuten davor zurück, sich mit ihnen näher zu befassen. Die Fakten und Trends, die ich beschrieb, waren nicht neu. Neu war der Zusammenhang, in den ich sie stellte.

1 - Die seit 45 Jahren stabile Geburtenzahl von rund 1,3 Kindern pro Frau bedeutet, daß jede Generation um ein Drittel kleiner ist als die vorhergehende. Das deutsche Volk altert nicht nur. Ein Anhalten dieses Trends bedeutet vielmehr, daß es sich quasi aus der Geschichte weg-schrumpft.

2 - Die Kinderzahl in Deutschland ist um so niedriger, je einkommensstärker, gebildeter und intelligenter die Eltern sind. Deshalb sinken das intellektuelle Potential und die potentielle Bildungsleistung noch schneller als die Zahl der Geburten. Für diese schiefe Geburtenstruktur ist die spezifische Konstruktion des deutschen Sozialstaats einschließlich des Familienlastenausgleichs wesentlich mitverantwortlich.

3 - Die demografische Alterung und das Absinken des intellektuellen Potentials in Deutschland bedrohen langfristig die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Aufrechterhaltung des Lebensstandards in Deutschland.

4 - Einwanderung wäre nur dann eine Hilfe, wenn Bildungsleistung und Qualifikationen der Einwanderer durchschnittlich über dem deutschen Mittelwert lägen. Wegen der spezifischen Struktur der Einwanderung in Deutschland - vorwiegend aus Nah- und Mittelost sowie Afrika - ist dies aber nicht der Fall. Vielmehr senkt diese Struktur der Einwanderung das durchschnittliche Niveau der Bildungsleistung in Deutschland.

5 - Weltweit gibt es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Einwanderern signifikante gruppenbezogene Unterschiede, die sich auch in den nachfolgenden Generationen nur langsam abbauen, wenn überhaupt. Generell gilt: Einwanderung aus Fernost erhöht die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft. Einwanderung aus der Türkei, Afrika, Nah- und Mittelost senkt die durchschnittliche Bildungsleistung und das Qualifikationsniveau der aufnehmenden Gesellschaft.

6 - Maßgeblich für Qualifikationsniveau und Bildungsleistung von Einwanderern ist ihre Herkunftskultur. Deren Prägung hält über Generationen hinweg an und wird quasi kulturell vererbt. Muslimische Prägung von Kulturen wirkt sich negativ auf das durchschnittliche Qualifikationsniveau und die durchschnittliche Bildungsleistung von Einwanderern und ihrer Nachkommen aus. Dies ist bedeutsam, weil der Anteil dieser Gruppen an den Geburten in Deutschland stark anwächst.

7 - Die Geburtenraten der muslimischen Einwanderer sinken zwar mit der Zeit, bleiben aber tendenziell höher als jene der aufnehmenden Gesellschaft. Die dadurch bewirkte Dynamik in

der ethnischen Zusammensetzung und kulturellen Ausrichtung der Bevölkerung in Deutschland wird weit unterschätzt. Diese Art von Einwanderung hält die Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland nur um den Preis einer tiefgreifenden und unwiderruflichen kulturellen Veränderung auf.

Auf meine Thesen reagierten die einen mit Bestürzung, die anderen mit Empörung, viele aber auch mit Unglauben und vagem Optimismus. Fünf Jahre später stellen sich die damaligen Analysen und Projektionen leider als richtig heraus. Wo es Abweichungen gab, kam es eher noch schlimmer als von mir befürchtet.

- Die überdurchschnittliche Kriminalität muslimischer junger Männer hält an, ebenso tun es die Unterschiede in der Bildungsleistung, bei der Transferabhängigkeit und der Arbeitsmarkt-beteiligung.

- Überdurchschnittlich bleiben auch die Geburtenzahlen. Die Segregation in bestimmten Stadtteilen wächst weiter, der Fundamentalismus unter jungen Muslimen nimmt zu.

- Gleichzeitig wachsen radikale Tendenzen in der muslimischen Minderheit, wie die Ausbreitung des Salafismus zeigt. So wurde das Potential herangezüchtet, das Tausende in Deutschland lebende junge Muslime dazu bewog, sich in Syrien und im Irak dem Terrorregime des IS zur Verfügung zu stellen.

Vor fünf Jahren hatte ich in meinen Berechnungen nur sehr vorsichtige Annahmen für die künftige Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis unterstellt. Ich nahm an, daß durchschnittlich jährlich 100.000 Muslime nach Deutschland einwandern würden. Zusammen mit dem veränderten Altersaufbau - mehr Junge - und der höheren Geburtenrate der bereits in Deutschland lebenden Muslime reicht das aber aus, um die deutsche Bevölkerungsstruktur innerhalb weniger Generationen zum Kippen zu bringen. Hätte ich Einwanderungszahlen unterstellt, wie wir sie gegenwärtig erleben, wäre ich der Fantasterei und der unseriösen Schwarzmalerei bezichtigt worden.

In allen europäischen Ländern mit muslimischen Minderheiten beobachten wir parallele Entwicklungen. Es ist offenbar gleichgültig, ob die Muslime vor allem aus der Türkei und Nahost stammen wie in Deutschland, aus Nordafrika wie in Frankreich oder aus Pakistan und Bangladesch wie in Großbritannien. Unterschiedlich sind die Reaktionen der nationalen Politik.

- Sehr früh - angestoßen durch die Morde an Theo van Gogh und Pim Fortuyn - ist die Stimmung in den Niederlanden umgeschlagen. Die etablierten Parteien versuchen, durch eine robuste Politik möglichst viele Wähler von einer Unterstützung des fremdenfeindlichen Geert Wilders abzuhalten. Die jüngsten Manöver Angela Merkels wurden in den Niederlanden besonders kritisch kommentiert.

- In Großbritannien ist die Stimmung über alle Parteigrenzen hinweg mittlerweile einwanderungskritisch geworden, und das Land versucht mit Erfolg, sich von der gegenwärtigen Einwanderungswelle abzuschotten. Die Unterschiede in der Einwanderungspolitik könnten den entscheidenden Anstoß dafür geben, daß Großbritannien aus der EU ausscheidet.

- In Frankreich hat der Front national mittlerweile unter den jungen Erwachsenen den höchsten Stimmenanteil, manche sehen ihn schon bei vierzig Prozent. Die allgemeine Lähmung der französischen Politik zeigt sich besonders deutlich in der Einwanderungsfrage: Man möchte zu den Guten gehören, aber noch mehr Einwanderung aus Afrika und Nahost möchte man nicht.

- Italien und Griechenland üben sich in der Kunst des Durchwinkens nach Norden, und je besser ihnen das gelingt, um so mehr Flüchtlinge brechen zu ihren Küsten auf.

- (In) Dänemark hat die einwanderungskritische Dänische Volkspartei mittlerweile alle anderen Parteien überflügelt. Dänemark versucht seine Grenzen jetzt dicht zu halten, und das Zähneknirschen in der Bevölkerung wegen der gewaltigen Probleme mit den bereits eingewanderten Arabern ist überall vernehmlich zu hören.

- Schweden versucht unbeirrt, seine Art von Willkommenskultur zu leben. Da stört es nicht, daß sich die Einwanderungspolitik des Landes schon in schlechteren Pisa-Ergebnissen niederschlägt und Asylbewerber durchschnittlich sieben Jahre brauchen, bis sie in den Arbeitsmarkt integriert sind. Mittlerweile stehen die einwanderungskritischen Schwedendemokraten in den Umfragen bei zwanzig Prozent, aber sie finden keine Verbündeten, weil die Einwanderungsfrage zur Wahl zwischen Gut und Böse stilisiert wird.

- Angela Merkel versucht gegenwärtig offenbar, Deutschland in der Einwanderungsfrage zu einem großen Schweden zu machen. Mich beängstigt es, daß ich in ihrer Einwanderungspolitik keine Ratio erkenne. Und ich weiß gar nicht, was ich schlimmer finden soll: daß sie vielleicht gar nicht weiß, was sie da tut, oder daß sie es mit Wissen und Bedacht gegen die Interessen des deutschen Volkes tut. Angela Merkel scheint hier in einer ganz eigenen Welt zu leben. Vor einigen Tagen wies sie in einer Podiumsdiskussion die Mitverantwortung für den Terror des IS den Deutschen zu, weil von deutschem Boden so viele islamistische Terroristen nach Syrien aufgebrochen seien.

Die naheliegende Folgerung, daß es ohne vorherige muslimische Einwanderung nach Deutschland auch keine muslimischen Terroristen aus Deutschland geben könnte, kam ihr offenbar nicht in den Sinn.

- ... In der Schweiz ist die einwanderungskritische SVP schon seit längerem recht stark, in Österreich wird die von vielen als rechtspolitisch kritisierte ÖVP bei den nächsten Wahlen wohl stärkste Partei werden.

- Das an der Außengrenze des Schengenraums gelegene Ungarn versucht die Kontrolle über seine Grenzen wiederzugewinnen. Es rollt zu diesem Zweck Stacheldraht aus und setzt Wasserwerfer ein. Dafür muß sich sein Regierungschef Viktor Orbán viele Beschimpfungen anhören. Aber er gehört in der Flüchtlings- und Einwanderungsfrage gegenwärtig zu den wenigen europäischen Politikern, die sich nicht scheuen, logisch zu denken und gemäß ihren Einsichten auch zu handeln.

Zur Einordnung der derzeitigen Situation und zur Frage der künftig richtigen Politik scheinen mir vier Gedanken zentral zu sein.

1. Spontane Hilfsbereitschaft, Empathie und Barmherzigkeit sind grundsätzlich positive Antriebe. Menschen, die ihnen folgen, sollten stets gelobt und dürfen nie getadelt werden. Das bringt aber jene, die vernünftige und begründete Einwände erheben und eine andere, restriktivere Politik wollen, von Anfang an in eine moralische Schieflage.

Man muß es leider so sagen: Die emotionale Macht der Bilder erstickt die Betätigung der kritischen Vernunft, und dagegen ist offenbar kein Kraut gewachsen. Die einzige denkbare Heilung davon mag ich mir gar nicht wünschen: nämlich daß negative Erlebnisse und Erfahrungen mit den Folgen der Hilfsbereitschaft diese in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Das wäre mit sehr unschönen Begleiterscheinungen verbunden, niemand kann das ernsthaft wollen.

2. Spontan finden die vielen guten Menschen mit der Bundeskanzlerin an der Spitze den Gedanken abscheulich, Menschen durch Mauern und Zäune von ihrem Streben nach Glück abzuhalten. Darum sollen grundsätzlich alle nach Europa kommen dürfen, die einen Asylgrund haben, also achtzig Prozent der Menschheit. Der einzige legitime Weg, sie davon abzuhalten, besteht aus dieser Sicht darin, in ihren Heimatländern die Gründe für ihren Wunsch zur Flucht und zur Auswanderung zu beseitigen.

Dies aber wiederum ist unreal: Politische, soziale und wirtschaftliche Probleme können immer nur in den betreffenden Ländern selbst, niemals aber von außerhalb gelöst werden. Für Europa ist es aussichtslos, überall in der Welt die Ursachen von Flucht- und Auswanderungswünschen zu bekämpfen. Aussichtsreich ist es allein, sich vor den Folgen dieser Wünsche durch Abschirmung zu schützen.

Holland zum Beispiel liegt seit Jahrhunderten zu siebzig Prozent unter dem Meeresspiegel.

"Ursachenbekämpfung" bestünde darin, den Spiegel der Nordsee abzusenken. Das ist aber unreal, deshalb ist Holland von Deichen umgeben. Kleinere Undichtigkeiten dort gibt es immer, mit ihnen kann man umgehen. Größere Risse reißen um so mehr auf - bis hin zum Deichbruch - und setzen einen um so größeren Strom in Gang, je weniger man den Anfängen wehrt. Deshalb müssen die Grenzen Europas umfassend gesichert sein, nur so bleiben Einwanderungsströme beherrschbar. Deren Potential ist übrigens ungeheuerlich, wenn die Grenzen offen sind: Allein in Subsahara-Afrika wächst die Bevölkerung jedes Jahr um 29 Millionen. Sie hat sich dort seit dem Ende des Kolonialzeitalters vor fünfzig Jahren auf knapp eine Milliarde vervierfacht und wird sich gemäß der Uno-Prognose bis zum Ende des Jahrhunderts erneut auf dann zumal vier Milliarden vervierfachen.

3. Die Zuwanderung im Rahmen der jetzigen Flüchtlingswelle hat einen ganz anderen Charakter als die erste Zuwanderungswelle im Rahmen des Gastarbeiterzuzugs: Damals wanderten ausgewählte Arbeitskräfte auf sichere Arbeitsplätze ein - für vorwiegend einfache Tätigkeiten in der Industrie, die es heute so gar nicht mehr gibt.

Die Probleme entstanden, als die meisten dieser Arbeitsplätze durch den Strukturwandel entfielen, und sie entstanden durch den Familiennachzug. So wurden aus 700.000 türkischen Gastarbeitern in Deutschland nach dem Anwerbestopp 3,5 Millionen türkischstämmige Einwohner in Deutschland. Und aus höchstens 100.000 Arabern in Deutschland in den siebziger Jahren wurden bis heute eine Million.

Jeder junge Mann aus Nahost und Afrika, der jetzt einwandert, bedeutet über Kettenwanderung, Familiennachzug und natürliche Fruchtbarkeit mindestens fünf Einwohner dieser ethnischen und religiösen Gruppe in zwanzig Jahren. Die eine Million, die voraussichtlich in diesem Jahr nach Deutschland aus dem Nahen Osten und Afrika einwandert, ist also tatsächlich die Vorentscheidung für fünf Millionen. Und die 500.000 Einwanderer jährlich ab dem nächsten Jahr, über die Sigmar Gabriel so leichtsinnig sprach, bedeuteten nach dieser Formel tatsächlich 2,5 Millionen.

Die Prognosen aus "Deutschland schafft sich ab" werden sich so um Jahrzehnte eher erfüllen, als ich das vorausgesehen hatte, und sie werden analog für alle europäischen Länder gelten, die eine ähnliche Einwanderung zulassen. Das würde in nur wenigen Jahrzehnten eine kulturelle und ethnische Transformation des abendländischen Europa bedeuten, die seinem Untergang gleichkommt (ähnlich, wie das Oströmische Reich im Osmanischen Reich unterging).

4. Der größte Teil der Zuwanderer aus der Flüchtlingswelle und ihres Familiennachzugs wird für lange Zeit auf Transferzahlungen angewiesen sein und als Gruppe (genau wie die heute bei uns lebenden Türken und Araber) Jahr für Jahr weitaus mehr staatliche Leistungen kosten, als er für die öffentlichen Kassen erbringt. Die aufnehmenden Gesellschaften werden dadurch ärmer und nicht reicher. Die Bewältigung künftiger demografischer Lasten aus der europäischen Geburtenarmut wird dadurch erschwert und nicht erleichtert.

Die offene Debatte über diese Fragen wird überall in Europa von den politischen Parteien der sogenannten Mitte mit Bedacht verweigert und verschleppt. Durch ProbleMLEUGNUNG will man verhindern, daß Parteien rechts von der Mitte oder am sogenannten rechten Rand Auftrieb bekommen und den traditionellen Machthabern das Wasser abgraben. Es ist sehr zu hoffen, daß zumindest diese Taktik bald an der durch krasse Fehlentscheidungen geschaffenen kruden Wirklichkeit zerbricht.<<